

Landesbank Berlin AG | Berliner Sparkasse

# 2017

Jahresabschluss und Lagebericht





**Landesbank Berlin AG**

# **Jahresabschluss und Lagebericht 2017**



# Inhalt

## LAGEBERICHT

<b>A. GRUNDLAGEN</b>	<b>6</b>
<b>B. WIRTSCHAFTSBERICHT</b>	<b>13</b>
<b>C. RECHNUNGSLEGUNGSBEZOGENES INTERNES KONTROLL- UND RISIKOMANAGEMENTSYSTEM</b>	<b>24</b>
<b>D. RISIKOBERICHT</b>	<b>26</b>
<b>E. CHANCEN UND PROGNOSEBERICHT</b>	<b>50</b>

<b>BILANZ</b>	<b>54</b>
---------------	-----------

<b>GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG</b>	<b>57</b>
------------------------------------	-----------

<b>EIGENKAPITALSPIEGEL</b>	<b>59</b>
----------------------------	-----------

<b>KAPITALFLUSSRECHNUNG</b>	<b>59</b>
-----------------------------	-----------

<b>ANHANG</b>	<b>62</b>
---------------	-----------

<b>VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER</b>	<b>104</b>
--	------------

<b>ANLAGEN ZUM ANHANG</b>	<b>105</b>
---------------------------	------------

<b>BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS</b>	<b>107</b>
--	------------

<b>BERICHT DES AUFSICHTSRATS DER LANDESBANK BERLIN AG</b>	<b>114</b>
---	------------

# Lagebericht

## A. Grundlagen

### 1. Organisation und Struktur

Die Landesbank Berlin AG (LBB) ist eine nicht börsennotierte Aktiengesellschaft und ein Kreditinstitut im Sinne des Kreditwesengesetzes (KWG). Sie ist Trägerin der Berliner Sparkasse (BSK) und gilt gemäß Berliner Sparkassengesetz als eigener Sparkassenverband. Der Sparkassenverband Berlin ist Mitglied im Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) und damit einer von 12 regionalen Sparkassenverbänden. Er vertritt die Interessen der LBB/BSK innerhalb der Sparkassenfinanzgruppe und gegenüber dem Land Berlin. Die BSK ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts und wird als Zweigniederlassung der LBB geführt. Dieser Lagebericht bezieht sich auf die Landesbank Berlin AG einschließlich der Berliner Sparkasse, so dass im Folgenden die Bezeichnung Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet wird.

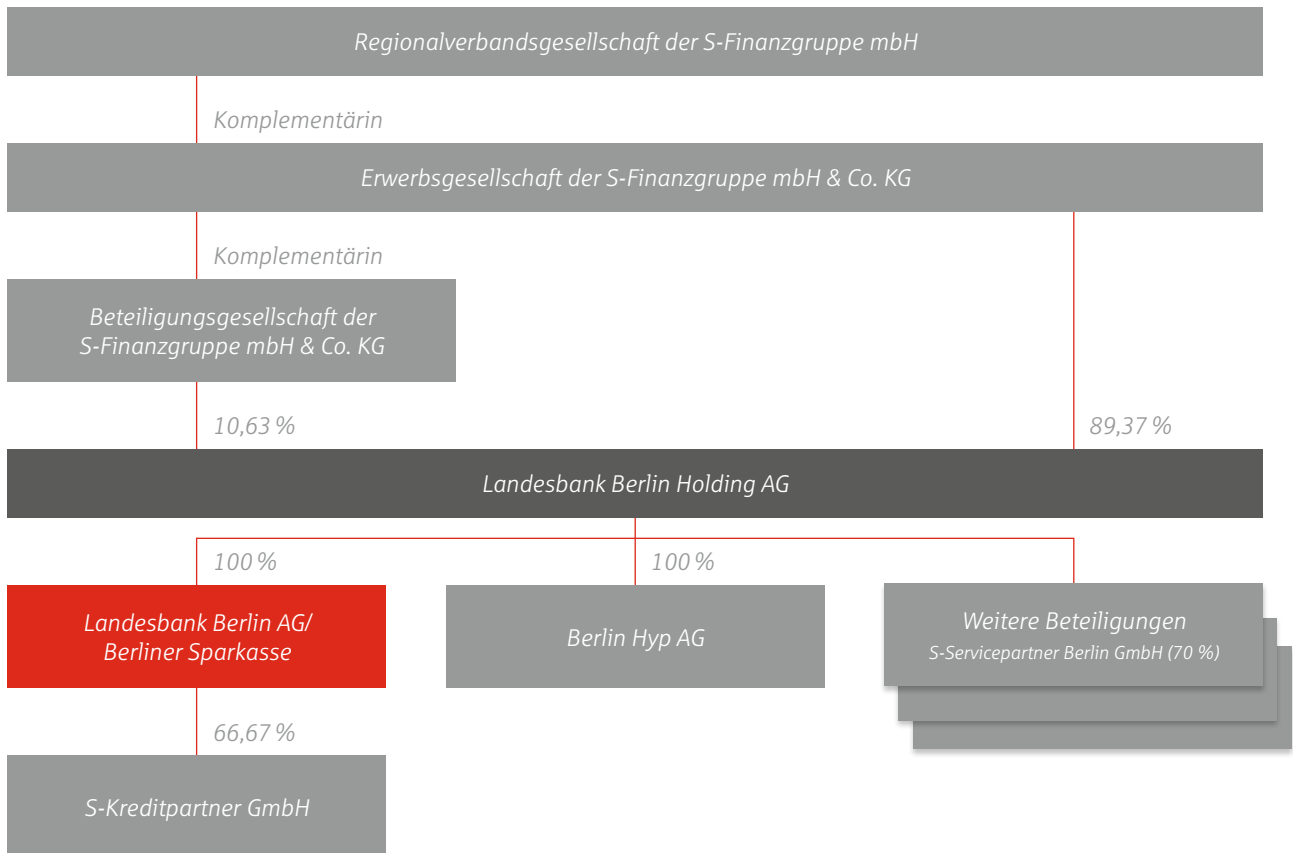
Die Aufgaben zur Erfüllung des öffentlichen Auftrags der im Jahre 1818 gegründeten Berliner Sparkasse sind zum einen in § 2 Abs. 1 Berliner Sparkassengesetz definiert: „Der Berliner Sparkasse obliegt die Förderung des Sparens und die Befriedigung des örtlichen Kreditbedarfs, insbesondere des Mittelstands und der wirtschaftlich schwächeren Bevölkerungskreise.“ Zum anderen sind die Grundsätze der Geschäftspolitik gemäß § 4 Berliner Sparkassengesetz maßgebend: „Die Geschäfte der Berliner Sparkasse sind nach kaufmännischen Grundsätzen unter Beachtung allgemeiner wirtschaftlicher Gesichtspunkte zu führen.“ In diesem Sinn agiert die Berliner Sparkasse und richtet ihre Arbeit darauf aus, ihrem öffentlichen Auftrag zu jeder Zeit gerecht zu werden. Die Bedürfnisse der Kunden stehen im Mittelpunkt ihrer Geschäftstätigkeit. Produkte und Leistungen passt die Berliner Sparkasse regelmäßig den aktuellen Marktbedingungen an.

Organisatorisch gliedert sich die LBB/BSK in die drei Geschäftsfelder Private Kunden, Firmenkunden und Treasury. Zum Geschäftsfeld Private Kunden zählen das Geschäft mit Privaten Kunden in Berlin und der DirektBankService als bundesweiter Emittent von Kreditkarten unter der Marke LBB. Zum Geschäftsfeld Firmenkunden gehören neben dem Firmenkundengeschäft in Berlin mit kleinen, mittelständischen und großen Unternehmen das ausgewählte überregionale Geschäft mit großen Firmenkunden sowie die regionale Gewerbliche Immobilienfinanzierung. Das Geschäftsfeld Treasury erfüllt die klassischen Funktionen der Liquiditätssteuerung, um eine ausreichende Liquidität

zu gewährleisten, der Eigenanlage (Depot-A) und der strategischen Fristentransformation. Darüber hinaus erbringen Corporate Center und Marktfolgeeinheiten Leistungen wie zum Beispiel Kredit- und Risikobetreuung, Finanzen, Risikocontrolling, Organisations- und Produktivitätsmanagement, Unternehmensentwicklung, Recht und Revision.

Die LBB/BSK ist dem Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe angeschlossen. Es gewährleistet die Liquidität und Solvenz der beteiligten Institute und ermöglicht es ihnen, jederzeit die Forderungen ihrer Kunden zu erfüllen.

**Die LBB/BSK im Konzernverbund zum 31. Dezember 2017\***



\* Die Darstellung beschränkt sich auf die wesentlichen Beteiligungen.

## 2. Aufsicht und Regulatorik

Die LBB/BSK untersteht – wie die Gruppe der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (S-Erwerbsgesellschafts-Gruppe) insgesamt – der direkten Aufsicht durch die Europäische Zentralbank (EZB). Die laufende Aufsicht wird dabei vom sogenannten „Joint Supervisory Team“ gewährleistet, das aus Mitarbeitern der EZB, der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) und der Deutschen Bundesbank besteht und von der EZB koordiniert wird.

Per 31. Dezember 2017 betrug die harte Kernkapitalquote in der LBB/BSK 17,8 %. Die Kapitalquote der LBB/BSK profitiert

vom Einsatz aufsichtsrechtlich anerkannter interner Modelle (IRBA-internal ratings based approach, AMA – advanced measurement approach). Zukünftig ist damit zu rechnen, dass die Kapitalvorteile aus der Anwendung interner Modelle begrenzt werden oder vollständig wegfallen; dies würde nach heutigem Erkenntnisstand zu einem Rückgang der Kapitalquoten von ca. 1 – 2 Prozentpunkten führen. Die LBB/BSK wird weiterhin rechtzeitig geeignete Maßnahmen zum Erhalt der Kapitalquoten vornehmen, um diesem Effekt entgegenzusteuern.

## 3. Geschäftstätigkeit

Als moderne Universalbank berät die LBB/BSK ihre Kunden in allen Finanzfragen. Der Schwerpunkt liegt dabei auf dem Retail-Geschäft mit Privat- und Firmenkunden sowie der regionalen Gewerblichen Immobilienfinanzierung. Das Angebot reicht vom täglichen Zahlungsverkehr und der klassischen Geldanlage über die Finanzierung privater oder geschäftlicher Investitionen, die Beratung beim Vermögensaufbau, der Altersvorsorge und in Versicherungsfragen bis hin zur privaten und gewerblichen Immobilienfinanzierung.

Im Geschäft mit Privaten Kunden steht ein Vertriebswegemix zur Verfügung. Dieser besteht aus dem klassischen Filialgeschäft mit persönlicher Beratung in einer der Vertriebsstellen und wird ergänzt durch die durchgehende telefonische Erreichbarkeit sowie ein umfassendes Online-Banking-Angebot. Ihre Immobilienkompetenz für Private Kunden hat die LBB/BSK in fünf Immobilien-Centern und der BSK Immobilien GmbH, die als Objektvermittler tätig ist, gebün-

delt. Ergänzend kommen das Private Banking für hochvermögende Kunden und die Mobile Beratung, bei der der Berater zum Kunden kommt, hinzu. Zudem stehen den Kunden flächendeckend Selbstbedienungsautomaten im Berliner Stadtgebiet zur Verfügung. Im Jahr 2017 hat die LBB/BSK ihr Angebot durch das „Beratungsteam im Kiez“ erweitert. Dieses Team steht den Kunden in den Räumlichkeiten von Kooperationspartnern und mit einer mobilen Filiale an ausgewählten regionalen Kontaktpunkten zur Verfügung.

Im Kooperationsgeschäft, das unter der Marke LBB betrieben wird, ist die LBB/BSK mit 2,7 Mio. ausgegebenen Kreditkarten seit Jahren größter Anbieter kostenpflichtiger Co-Branding-Karten in Deutschland. Das Kartengeschäft, welches sich insbesondere aus den Portfolios mit den Kooperationspartnern Amazon und ADAC zusammensetzt, wird durch die ADAC Autokredite ergänzt, die ADAC-Mitgliedern die Finanzierung von Neu- und Gebrauchtfahrzeugen ermöglichen.



Im Geschäft mit Firmenkunden ist die LBB/BSK Partner und Dienstleister für Unternehmen aller Größenklassen und Branchen in der Region Berlin. Dazu zählen mittelständische Unternehmen ebenso wie Gewerbe- und Geschäftskunden. Auch Unternehmensgründungen und innovative Start-ups, die sich in der Region ansiedeln, Verbände und Stiftungen sowie öffentliche Unternehmen und Gebietskörperschaften finden in der LBB/BSK einen verlässlichen Finanzdienstleister. Geschäftskunden werden von qualifizierten Beratern der BusinessLine telefonisch betreut. Für größere Gewerbekunden stehen zwölf dezentrale FirmenCenter zur Verfügung. Mittelständische und große Firmenkunden erhalten in vier zentralen FirmenCentern eine individuelle Betreuung.

Darüber hinaus stehen in den FirmenCentern „Gründung und Nachfolge“ sowie „Zukunftsbranchen“ Experten zur Verfügung. Weiteres Spezial-Know-how bietet die LBB/BSK zudem in den KompetenzCentern „Leasing und Factoring“, „Fördermittel“, „Electronic Business“ sowie in der Abteilung „Ausland“ an. Im Rahmen des digitalen Wandels wird das Angebot an Kanälen und Zugangswegen für Kunden zur LBB/BSK konsequent ausgebaut. Hierfür werden sowohl Kundenbedürfnisse als auch Markttrends berücksichtigt.

Mit langjähriger Expertise ist die LBB/BSK mit regionalem Fokus auf dem Berliner Markt als Immobilienfinanzierer aktiv und begleitet alle Kunden mit Finanzierungsbedarf – von Investoren über Wohnungsunternehmen bis hin zu vermögenden Privatkunden. Finanziert werden Gewerbeimmobilien in einer Größenordnung zwischen 2,5 und 50 Mio. €. Darüber hinausgehende Finanzierungen von Großprojekten werden gemeinsam mit Konsortialpartnern aus der Sparkassen-Finanzgruppe oder der Schwestergesellschaft Berlin Hyp AG (Berlin Hyp) finanziert.

Die LBB/BSK ist darüber hinaus in ein enges Netz mit spezialisierten Verbundpartnern eingebunden.

Die **S-Kreditpartner GmbH (SKP)** ist ein verbundenes Unternehmen der LBB/BSK und der spezialisierte Verbundpartner für das Auto- und Konsumentenkreditgeschäft in der Sparkassen-Finanzgruppe. Ziel der SKP ist es, die Position der Sparkassen in diesem strategisch wichtigen Geschäft gemeinsam zu stärken.

Dafür stellt die SKP den Partnersparkassen die passenden Produkte bereit und sorgt für eine bestmögliche Beratungsunterstützung. Alle technischen Prozesse sowie die persönliche Betreuung durch die SKP sind darauf ausgerichtet, dem Sparkassenberater vor Ort jene Freiräume zu schaffen, die er für die optimale Beratung seiner Kunden zum S-Privatkredit und S-Autokredit benötigt. Speziell für das Onlinegeschäft bietet die SKP ihren Partnersparkassen zusätzlich ein Leistungsangebot unter der Marke S Kreditper-Klick an. Darüber hinaus stellt die SKP Lösungen für Firmenkunden aus der Fahrzeugbranche bereit. Die Angebote für die Einkaufs- und Absatzfinanzierung stärken gleichzeitig die Beziehung zwischen Sparkasse und regionalem Autohandel.

Die **S-Servicepartner Berlin GmbH (S-Servicepartner)** ist ein Verbundpartner in der Marktfolge, der die Berliner Sparkasse dabei unterstützt, sich auf den Vertrieb zu konzentrieren und damit konsequent den strategischen Vorgaben der Sparkassen-Finanzgruppe folgt. Der S-Servicepartner bietet ein breites und ausgewogenes Marktfolgeangebot in den Bereichen Kreditbearbeitung, Kontoführung, Zahlungsverkehr und Treasury.

## 4. Strategische Ausrichtung

In ihrer strategischen Ausrichtung orientiert sich die LBB/BSK im Wesentlichen an der gemeinsamen Geschäftsstrategie der deutschen Sparkassen. Daraus ergeben sich die strategischen Ziele der Erfüllung des öffentlichen Auftrags, einer möglichst hohen Marktausschöpfung, einer stabilen Risikolage und einer möglichst hohen Effizienz, d. h. eines niedrigen Aufwands-Ertrags-Verhältnisses.

Die LBB/BSK folgt in ihrem Geschäft einer Strategie, die sich in **vier strategische Leitsätzen** verdichten lässt:

1. **„Wir sind Berlin“**  
Die Berliner Sparkasse richtet ihr Geschäft auf die Region aus.
2. **„Wir machen Kundengeschäft oder kein Geschäft“**  
Die Berliner Sparkasse konzentriert sich auf das Geschäft mit ihren Kunden.
3. **„Was wir machen, ist gut und einfach“**  
Die Berliner Sparkasse steht für Qualität und meidet Komplexität.
4. **„Wir sind ein Teil der Sparkassenfamilie“**  
Die Berliner Sparkasse ist fest in den Verbund der Sparkassen-Finanzgruppe integriert.

Im originären Kundengeschäft hat die LBB/BSK den Anspruch, die beste Bank in Berlin zu sein und sich im Vergleich mit den 25 größten Sparkassen stetig zu verbessern.

Für Private Kunden soll die LBB/BSK die erste Adresse in Berlin sein. Die LBB/BSK verfolgt dabei einen Vertriebsansatz, bei dem alle Vertriebskanäle miteinander verknüpft sind. An die Stelle des traditionellen Netzes von Filialen wird zunehmend ein Mix aus Beratungsstandorten mit einem umfassenden Angebot und zahlreichen flexiblen Kontaktpunkten (medial, mobil) treten.

Da Kunden Serviceleistungen und einfache Finanzprodukte zunehmend online und mobil nachfragen, wird die LBB/BSK moderne Beratungs- und Serviceprozesse unter Wahrung der emotionalen Nähe zum Kunden pilotieren.

Daneben plant die LBB/BSK, die Erhöhung des Anteils persönlich betreuter Kunden und die Forcierung strukturierter Beratungsgespräche.

Der unter der Marke LBB operierende Direktbankservice soll Marktführer bei bezahlten Co-Branding-Kreditkarten in Deutschland bleiben.

Im Geschäft mit Firmenkunden will die LBB/BSK ihre Marktposition ausbauen. Als Qualitätsanbieter verfolgt sie den Anspruch, die beste Bank für Firmenkunden in Berlin zu sein. Für ein auch künftig erfolgreiches Firmenkundengeschäft sollen die Kundenbindung und Neukundengewinnung intensiviert werden. Die weiterhin positive Entwicklung am Immobilienmarkt dürfte zu einem steigenden Finanzierungsvolumen führen. Zusätzliche Ertragschancen für die LBB/BSK ergeben sich aus der anhaltenden Konjunkturdynamik der Berliner Wirtschaft.

Das Treasury ist sparkassentypisch ausgerichtet, seine Kernfunktionen umfassen die Absicherung und Refinanzierung des Kundengeschäfts, das Liquiditätsmanagement, das Depot-A mit Kreditsatzgeschäft im Rahmen klassischer Asset-Allokation und die strategische Fristentransformation.

Die S-Kreditpartner GmbH (SKP), ein Tochterunternehmen der LBB/BSK und der Deutschen Leasing, hat sich als Konsumentenkreditspezialist innerhalb der Sparkassen-Finanzgruppe etabliert. Die SKP strebt den Ausbau der Kooperationen mit weiteren Sparkassen an.

## 5. Steuerung

Im Geschäftsjahr 2017 ergaben sich keine methodischen Veränderungen bei den relevanten Größen für die Banksteuerung.

Somit gelten für die LBB/BSK folgende **finanzielle Leistungsindikatoren**:

- Ergebnisabführung an die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH)
- Verwaltungsaufwendungen
- Harte Kernkapitalquote: Verhältnis des aufsichtsrechtlich anrechenbaren harten Kernkapitals zum Gesamtrisikobetrag
- Bilanzsumme
- Forderungen an Kunden
- Verbindlichkeiten gegenüber Kunden
- Cost-Income-Ratio (CIR): Quotient aus den Verwaltungsaufwendungen und den Erträgen (Zinsüberschuss, Provisionsüberschuss und sonstiges betriebliches Ergebnis)
- Eigenkapitalrentabilität: Quotient aus dem „Ergebnis vor Ertragsteuern und Gewinnabführung“ zuzüglich der Veränderung des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB und dem durchschnittlichen bilanziellen Eigenkapital einschließlich des Sonderpostens für allgemeine Bankrisiken nach § 340g HGB

Zudem besteht folgender **nicht-finanzieller Leistungsindikator**:

- Mitarbeiterkapazitäten

Die LBB/BSK hat für das Geschäftsjahr 2017 einen gesonderten nichtfinanziellen Bericht gemäß §§ 289 b und c HGB (Nachhaltigkeitsbericht) erstellt. Dieser wird zusammen mit dem Lagebericht offengelegt. Ergänzend wird die LBB/BSK den Nachhaltigkeitsbericht auf ihrer Internetseite unter [www.berliner-sparkasse.de/nachhaltigkeitsbericht](http://www.berliner-sparkasse.de/nachhaltigkeitsbericht) veröffentlichen.

## 6. Gesellschaftliches Engagement

Neben der Versorgung der Bevölkerung mit Finanzdienstleistungen und der Förderung des Sparens und des Gewerbes steht die Förderung des Gemeinwohls im Mittelpunkt des Handelns der Berliner Sparkasse. Das Engagement in der Stadt und für die Stadt hat sie im vergangenen Jahr weiter ausgebaut.

Die drei Stiftungen der Berliner Sparkasse bilden einen wichtigen Baustein des gesellschaftlichen Engagements des Hauses. So schüttete etwa die Stiftung Berliner Sparkasse zur Förderung des Gemeinwohls seit ihrer Gründung im Jahr 2010 rund 1,3 Mio. € an mehr als 270 Projekte in Berlin aus.

Aus dem „PS-Sparen und Gewinnen“ wurden 2017 unter anderem Kinder- und Jugendprojekte sowie Einrichtungen der Behinderten- und Altenpflege in Höhe von mehr als 1,4 Mio. € unterstützt. Die Berliner Sparkasse vergab diese Mittel gemeinsam mit dem Senat von Berlin.

Ein breit gestreutes Kiezförderungsprogramm unterstützt eine Vielzahl von kleinen Projekten in Schulen, Sportvereinen, sozialen und kulturellen Einrichtungen in ganz Berlin. Neben finanziellen Zuwendungen engagieren sich viele Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ehrenamtlich in Kiez-Projekten. Im September 2017, dem sogenannten Ehrenamtsmonat der Berliner Sparkasse, waren zahlreiche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für einen guten Zweck im Einsatz.

Die Berliner Sparkasse tritt als Sponsor in den Bereichen Sport, Kultur und Soziales sowie bei wichtigen gesellschaftlichen Ereignissen in Erscheinung. Als offizieller Premiumpartner unterstützt sie die Nachwuchsarbeit des Handball-

vereins Füchse Berlin. Zudem ist sie Sponsor des Landessportbunds und des Olympiastützpunkts Berlin.

Die Berliner Sparkasse ist – gemeinsam mit dem DSGV und der Feuerversicherung Berlin Brandenburg – Hauptförderer der Staatlichen Museen zu Berlin. Die Kooperation besteht seit dem Jahr 2011. Schwerpunkte des Engagements sind neben großen Ausstellungen Vermittlungsprojekte mit Studierenden.

Eine weitere Kooperation besteht seit Sommer 2016 mit der Komischen Oper Berlin. Motto aller geförderten Aufführungen und Projekte ist das Thema Vielfalt und Einbeziehung aller sozialen Schichten in das kulturelle Opernangebot. Für das Mitsingprojekt „Sing Along“ der Komischen Oper für Berliner Schulen konnte die Berliner Senatorin Dilek Kolat als Schirmherrin gewonnen werden.

Jüngstes Projekt ist eine Kooperation mit dem Zoo Berlin zur Unterstützung der Zooschule, das sich an Kinder und Erwachsene, besonders aber an Kinder aus Schulen und Kitas in ganz Berlin richtet.

Zum dritten Mal engagierte sich die Berliner Sparkasse im Jahr 2017 für den „Karneval der Kulturen“ und trägt dazu bei, dass die beliebte Veranstaltung für Toleranz und kulturelle Vielfalt in Berlin fortbestehen kann.

Eine Herausforderung stellt weiterhin die Unterstützung von Geflüchteten mit Bankdienstleistungen dar. Das zu diesem Zweck eingerichtete KundenCenter der Berliner Sparkasse ist speziell auf die Bedürfnisse von geflüchteten Menschen zugeschnitten.

## B. Wirtschaftsbericht

### 1. Wirtschaftliche Rahmenbedingungen

Die zahlreichen politischen Unsicherheiten haben sich nicht störend auf das wirtschaftliche Geschehen ausgewirkt. In Deutschland beschleunigte sich das reale Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) trotz eines negativen Kalendereffekts von einem Viertelprozentpunkt nach 1,9 % im Vorjahr sogar auf 2,2 %. Diese Rate lag oberhalb des mittelfristigen Expansionspfads und stützte sich angebotsseitig auf einen ungewöhnlich starken Beschäftigtenzuwachs von 1,5 % auf nunmehr knapp 44,3 Millionen. Die Verteilung des Wachstums auf die einzelnen Nachfragekomponenten war hingegen wenig auffällig. Die vormals konstatierte Investitionsschwäche löste sich also. Die hohe Nettoausfuhr konnte bestätigt werden, wenngleich der Leistungsbilanzüberschuss bei nicht mehr ganz so günstigen Einfuhrpreisen von 8,2 % auf 7,9 % des BIP sank.

Die Berliner Wirtschaft bestätigte den in den Vorjahren ausgewiesenen Wachstumsvorsprung gegenüber dem Bundesdurchschnitt im ersten Halbjahr 2017 nicht. Die Steigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts betrug in diesem Zeitraum 1,6 % und lag damit unter dem Wert für das Bundesgebiet von 2,0 % (Basis: Statistische Ämter des Bundes und der Länder). Spätere Konjunkturmeldungen zeichneten ein vorteilhafteres Bild. Das Wachstum könnte in der Zwölfmonats-Betrachtung wieder leicht über dem Gesamtdeutschlands gelegen haben. Die Konjunkturlage in der Hauptstadt blieb vom Anstieg der Beschäftigtenzahl geprägt, wobei Zuwächse im Dienstleistungssektor über Rückgänge im verarbeitenden Gewerbe hinausgingen. Von den damit steigenden Konsum-

möglichkeiten profitierte der Einzelhandel. Im Tourismus ließ die Dynamik nach Jahren regen Wachstums dagegen nach.

Gemessen an der nochmals gestiegenen Einwohnerzahl der Metropolregion wurden nach wie vor zu wenig neue Wohnungen errichtet. Der solide Arbeitsmarkt und vor allem das weiterhin günstige Zinsumfeld sorgten neben der Überschussnachfrage bei hohem Transaktionsvolumen für einen anhaltenden Aufwärtstrend bei den Immobilienpreisen.

Die Inflation zog deutschlandweit etwas an, blieb mit 1,8 % im Jahresdurchschnitt 2017 aber zielkonform und lag nur leicht höher als im Euroraum insgesamt (1,5 %). Am Arbeitsmarkt setzte sich die positive Entwicklung der Vorjahre fort. Die Arbeitslosenquote in Deutschland lag zum Jahresschluss bei 5,3 % und damit 0,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresstand. Im Geschäftsgebiet der LBB/BSK lag die Quote mit 8,4 % deutlich höher. Doch gegenüber dem Vorjahreswert ergab sich ein Rückgang um 0,8 Prozentpunkte, der somit stärker ausfiel als im Bundestrend.

Die geldpolitischen Entscheidungen der EZB trugen der zunehmend guten Wirtschaftslage nur sehr zögerlich Rechnung. Zum Herbst wurde das Anleihekaufprogramm nochmals um neun Monate bis in den September 2018 verlängert, die monatlichen Zukäufe werden künftig aber deutlich reduziert. Im Verlauf des Gesamtjahres veränderten sich die Kapitalmarktzinsen kaum. Mit zunehmender Dauer der Niedrigzinspolitik hielt die Tendenz zur Margenkompression an.

## 2. Geschäftsentwicklung

Der Geschäftsverlauf der LBB/BSK im Jahr 2017 war erfreulich. Trotz der anhaltenden Niedrigzinsphase und zusätzlicher Aufwendungen aufgrund der stetig steigenden regulatorischen Anforderungen wurde ein über unseren Erwartungen liegender Gewinn vor Ergebnisabführung erzielt. Dies ist hauptsächlich auf einen höheren Zinsüberschuss sowie – in vergleichsweise geringerem Umfang – einmalige Effekte im Finanzanlageergebnis zurückzuführen. Der Gewinn vor Ergebnisabführung wurde in Teilen zur Stärkung der Eigenkapitalbasis mittels Rücklagenbildung

nach § 340g HGB genutzt. Darüber hinaus konnte die LBB/BSK deutlich mehr als erwartet an das Mutterunternehmen Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) abführen.

Das operative Kundengeschäft entwickelte sich weiterhin positiv. Die Berliner Sparkasse konnte in der Folge ihre Position in dem wettbewerbsintensiven Berliner Bankenmarkt weiter ausbauen.

Die für die LBB/BSK maßgeblichen Leistungsindikatoren entwickelten sich im Geschäftsjahr 2017 wie folgt:

Leistungsindikatoren	IST	Prognose für 2017		IST
	31.12.2017	30.06.2017 <sup>1)</sup>	31.12.2016 <sup>1)</sup>	31.12.2016
Ergebnisabführung an LBB Holding (Mio. €)	86	54	54	181
Verwaltungsaufwendungen (Mio. €)	815	829	829	774
Mitarbeiterkapazitäten	3.233	3.125	3.098	3.255
Harte Kernkapitalquote in %	17,8 %	17,4 %	17,4 %	18,1 %
Bilanzsumme (Mio. €)	44.833	47.700	47.700	45.874
Forderungen an Kunden (Mio. €)	20.422	19.800	19.800	17.995
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden (Mio. €)	28.126	24.800	24.800	27.695
Cost-Income-Ratio in %	81,1 %	87,0 %	87,0 %	78,6 %
Eigenkapitalrentabilität in %	5,4 %	2,4 %	2,4 %	12,2 %

1) in der Berichterstattung zum jeweiligen Stichtag

Die LBB/BSK konnte im Berichtsjahr ein Ergebnis vor Ertragsteuern in Höhe von 86 Mio. € an die LBBH abführen. Dieses lag über den eigenen Erwartungen. Insbesondere Planüberschreitungen im Zinsergebnis und Einmalerträge aus Beteiligungsverkäufen wirkten sich positiv aus.

Die Verwaltungsaufwendungen betragen 815 Mio. € und lagen damit leicht unter dem Prognosewert. Neben zinsbedingt geringeren Zuführungen zu den Pensionsrückstellungen wirkte sich das weiterhin mit hoher Priorität verfolgte Kostensenkungsprogramm hier aus.

Die Maßnahmen zum umbaubedingten Stellenabbau kamen im Berichtsjahr weiter gut voran. Dennoch konnte der für das Jahresende erwartete Stand der Mitarbeiterkapazitäten von 3.125 nicht vollständig erreicht werden. Neben ungeplanten Stellenmehrungen aufgrund von Insourcing-Maßnahmen liegt das insbesondere daran, dass die zahlreichen auf Basis eines Sozialplans geschlossenen Vereinbarungen mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Austritte in den kommenden Jahren erst zeitversetzt wirksam werden. Der laufende Abbau der Kapazitäten wird weiter intensiv vorangetrieben.

Insbesondere aufgrund der nicht geplanten Zuführung zum Fonds für allgemeine Bankrisiken ist die harte Kernkapitalquote etwas höher als prognostiziert.

Obwohl die Kundenvolumina jeweils gestiegen sind, konnte die Bilanzsumme um 1,1 Mrd. € auf 44,8 Mrd. € weiter ver-

ringert werden. Der geplante Wert wurde deutlich unterschritten, weil der fortgesetzte aktive Abbau von nicht mehr strategiekonformen Beständen, insbesondere im Treasury, stärker als erwartet erfolgte. Der Bestandsabbau betraf insbesondere das Wertpapier- und Interbankengeschäft.

Forderungen an Kunden nach Produkten	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			absolut	in %
in Mio. €				
Hypothekendarlehen	7.747	6.711	1.036	15,4
Kommunalkredite	2.564	2.632	-68	-2,6
Andere Forderungen	10.111	8.652	1.459	16,9
<b>Gesamt</b>	<b>20.422</b>	<b>17.995</b>	<b>2.427</b>	<b>13,5</b>

Hauptsächlich durch ein wachsendes Neugeschäft bei Immobilienkrediten erhöhte sich 2017 das Volumen der Kundenforderungen. Damit wurde die

Prognose sogar leicht übertroffen. Diese Entwicklung schlägt sich sowohl bei den Hypothekendarlehen als auch bei den anderen Forderungen nieder.

Verbindlichkeiten gegenüber Kunden nach Produkten	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			absolut	in %
in Mio. €				
Täglich fällige Verbindlichkeiten	20.698	19.299	1.399	7,2
Termineinlagen	1.795	2.637	-842	-31,9
Spareinlagen	4.996	5.195	-199	-3,8
Namenspfandbriefe	583	481	102	21,2
Schuldscheindarlehen	54	83	-29	-34,9
<b>Gesamt</b>	<b>28.126</b>	<b>27.695</b>	<b>431</b>	<b>1,6</b>

Die Verbindlichkeiten gegenüber Kunden verzeichneten im Geschäftsjahr einen leichten Zuwachs. Der Rückgang bei den Spar- und Termineinlagen wurde insbesondere durch höhere, täglich fällige Verbindlichkeiten überkompensiert. Durch die erheblich stärker als erwartet gestiegenen Sichteinlagenbestände lag der Bestand an Kundeneinlagen insgesamt deutlich über dem geplanten.

Die Cost-Income-Ratio stieg im Vergleich zum 31. Dezember 2016 leicht von 78,6 % auf 81,1 %. Diese Entwicklung ist primär auf die gestiegenen Verwaltungsaufwendungen zurückzuführen. Insbesondere der über den Erwartungen liegende Zinsüberschuss führte zu einer unter dem Planwert liegenden Quote. Aufgrund des guten Ergebnisses ergibt sich eine über den Erwartungen liegende Eigenkapitalrentabilität von 5,4 %.

## 3. Ertragslage

Ergebnis in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			absolut	in %
<b>Zinsüberschuss</b>	749	763	-14	-1,8
<b>Provisionsüberschuss</b>	282	234	48	20,5
<b>Verwaltungsaufwendungen</b>	815	774	41	5,3
Personalaufwand	326	285	41	14,4
Andere Verwaltungsaufwendungen	471	468	3	0,6
Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen	18	21	-3	-14,3
<b>Sonstiges betriebliches Ergebnis</b>	-25	-11	-14	< -100,0
<b>Betriebsergebnis vor Risikovorsorge</b>	<b>191</b>	<b>212</b>	<b>-21</b>	<b>-9,9</b>
<b>Risikovorsorge</b>	99	18	81	>100,0
Risikovorsorge im Kreditgeschäft (netto)	92	17	75	>100,0
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve („-“, = Ertrag)	7	1	6	>100,0
<b>Betriebsergebnis</b>	<b>92</b>	<b>194</b>	<b>-102</b>	<b>-52,6</b>
<b>Ergebnis aus Finanzanlagen</b>	32	77	-45	-58,4
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>	-38	-90	52	57,8
<b>Ergebnis vor Ertragssteuern</b>	<b>86</b>	<b>181</b>	<b>-95</b>	<b>-52,5</b>
<b>Ertragsteuern</b>	0	0	0	0,0
<b>Ergebnisabführung</b>	86	181	-95	-52,5
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>-</b>

### Erfreuliches Ergebnis vor Steuern

Das Ergebnis vor Steuern lag mit 86 Mio. € erwartungsgemäß deutlich unter dem hohen Vorjahreswert von 181 Mio. €, welcher durch positive Sondereffekte aus verringerten Personalaufwendungen für Pensionszusagen und durch Erträge aufgrund von Beteiligungsveräußerungen gekennzeichnet war. Das erfreulich über unseren Erwartungen liegende Ergebnis wurde in Anwendung des Ergebnisabführungsvertrags an die LBBH abgeführt.

Im Folgenden werden die einzelnen **Ergebniskomponenten** dargestellt:

### Zinsüberschuss leicht rückläufig

Der Zinsüberschuss lag mit 749 Mio. € um 1,8 % leicht unter dem Vorjahreswert von 763 Mio. €. Ursächlich für den Rückgang waren vorrangig rückläufige Margen im Einlagengeschäft sowie geringere Ausschüttungen aus Beteiligungen. Gestiegene Zinserfolge aus dem Kredit- und Kreditkartengeschäft kompensierten diese Belastungen teilweise.



### **Provisionsüberschuss deutlich verbessert**

Der Provisionsüberschuss lag mit 282 Mio. € um 48 Mio. € über dem Vorjahreswert. Etwa zwei Drittel des Überschusses entfielen auf Zahlungsverkehr/Kontoführung und auf das Kreditkartengeschäft. Vor allem bei den Provisionen aus Kontoführung konnte eine deutliche Steigerung erreicht werden.

### **Verwaltungsaufwendungen und Sonstiges betriebliches Ergebnis durch Sondereffekte geprägt**

Die Verwaltungsaufwendungen lagen mit 815 Mio. € erwartungsgemäß erheblich über dem Vorjahresbetrag von 774 Mio. €. Der Anstieg hängt weitgehend mit der im Vorjahr erfolgten gesetzlichen Änderung zur Abzinsung von Pensionsrückstellungen zusammen, wodurch 2016 keine zinsbedingten Zuführungen erforderlich gewesen waren. In der Folge stieg der Personalaufwand im Jahresvergleich um 41 Mio. € auf 326 Mio. €. Die anderen Verwaltungsaufwendungen in Höhe von 471 Mio. € blieben nahezu konstant, obwohl hier gezielt in Zukunftssicherung investiert wurde.

Im Vorjahr war das Sonstige betriebliche Ergebnis durch verschiedene Einmaleffekte im Zusammenhang mit Pensionsrückstellungen, mit Erträgen aus Beteiligungsverkäufen und mit Rückstellungsaufösungen positiv geprägt gewesen. Im Berichtsjahr waren weniger Posten mit geringeren Effekten zu verzeichnen. Der Posten war darüber hinaus durch Aufwendungen für die Aufzinsung von Rückstellungen sowie Erträge aus der Konzernleistungsverrechnung geprägt.

### **Risikovorsorge gestärkt**

Die Risikovorsorge im Kreditgeschäft wies einen Nettoaufwand von 92 Mio. € aus. Im Vergleich zum Vorjahreszeitraum (17 Mio. €) entspricht dies einer Erhöhung um 75 Mio. €. Insgesamt standen Neubildungen in Höhe von 154 Mio. € (Vorjahr: 82 Mio. €) Auflösungen in Höhe von 62 Mio. € (Vorjahr: 65 Mio. €) gegenüber. Dabei ist ein signifikanter Teil auf die Bildung zusätzlicher Vorsorgereserven nach § 340f HGB zurückzuführen.

### **Finanzanlageergebnis unauffällig**

Das Ergebnis aus Finanzanlagen in Höhe von 32 Mio. € war geprägt durch Wertaufholungen für Wertpapiere und Fondsanteile sowie Veräußerungsgewinne. Daneben waren 14 Mio. € aus dem Verkauf einer Beteiligung hier auszuweisen. Im Vorjahr war dieser Posten durch Erfolge aus der Veräußerung der Beteiligung an VISA Europe Ltd. in Höhe von 76 Mio. € geprägt.

### **Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt**

Auch in 2017 konnte das Kernkapital durch eine Zuführung in den Fonds für allgemeine Bankrisiken gestärkt werden.

## 4. Vermögenslage

Aktiva in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016	Veränderung	
			absolut	in %
Forderungen an Kreditinstitute	10.907	12.713	-1.806	-14,2
Forderungen an Kunden	20.422	17.995	2.427	13,5
Schuldverschreibungen	9.897	11.271	-1.374	-12,2
Aktien und andere nicht festverz. Wertpapiere	277	272	5	1,8
Beteiligungen/Anteile an verb. Unternehmen	452	429	23	5,4
Sachanlagen	84	79	5	6,3
Übrige Aktiva	2.794	3.115	-321	-10,3
<b>Summe Aktiva</b>	<b>44.833</b>	<b>45.874</b>	<b>-1.041</b>	<b>-2,3</b>

Im Vergleich zum Vorjahresstichtag sank die **Bilanzsumme** per 31. Dezember 2017 um 1,0 Mrd. €, primär aufgrund der Verringerung der Geldhandelsbestände sowie der Schuldverschreibungen.

Die **Forderungen an Kreditinstitute** lagen mit 10,9 Mrd. € um 14,2 % unter dem Vorjahresniveau von 12,7 Mrd. €. Der Rückgang resultierte insbesondere aus der Verringerung von Geldmarktgeschäften wie Reverse Repos am Interbankenmarkt.

Die **Forderungen an Kunden** erhöhten sich gegenüber dem Vorjahresstichtag um 2,4 Mrd. € beziehungsweise 13,5 % und beliefen sich auf 20,4 Mrd. €. Diese Entwicklung ist primär auf das erfreulich gewachsene Neugeschäft bei Immobilienkrediten zurückzuführen.

Der Bestand der **Schuldverschreibungen und anderen festverzinslichen Wertpapiere** ging um 1,4 Mrd. € auf 9,9 Mrd. € (Vorjahr: 11,3 Mrd. €) zurück. Für die Verringerung war unverändert der strategiekonforme Abbau von Risikopositionen ausschlaggebend, wobei Fälligkeiten nur in geringerem Umfang durch Neugeschäft ersetzt wurden. Eigene Schuldverschreibungen waren zum Bilanzstichtag in Höhe von 11 Mio. € (Vorjahr: 11 Mio. €) im Bestand.

Die Position **Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere** enthielt überwiegend Anteile an Investmentfonds aus der Eigenanlage.

Der Anstieg bei **Beteiligungen/Anteilen an verbundenen Unternehmen** resultierte überwiegend aus dem Zugang bei der Beteiligung an der S-Kreditpartner GmbH durch eine Einzahlung in die Kapitalrücklage.

Passiva			Veränderung	
	31.12.2017	31.12.2016	absolut	in %
in Mio. €				
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	5.427	6.264	-837	-13,4
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	28.126	27.695	431	1,6
Verbriefte Verbindlichkeiten	4.632	5.097	-465	-9,1
Rückstellungen	1.516	1.482	34	2,3
Nachrangige Verbindlichkeiten	833	845	-12	-1,4
Eigenkapital	2.161	2.161	0	0,0
Grundkapital	1.200	1.200	0	0,0
Rücklagen	961	961	0	0,0
Übrige Passiva	2.138	2.330	-192	-8,2
<b>Summe Passiva</b>	<b>44.833</b>	<b>45.874</b>	<b>-1.041</b>	<b>-2,3</b>

Der Rückgang der **Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten** um 0,8 Mrd. € auf 5,4 Mrd. € war hauptsächlich auf verminderte Geschäfte im Geldhandel zurückzuführen.

Die **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erhöhten sich im Vergleich zum Vorjahresstichtag um 0,4 Mrd. € auf 28,1 Mrd. €. Dabei waren die befristeten Einlagen insgesamt rückläufig. Der Zuwachs entfiel auf täglich fällige Verbindlichkeiten.

Das Volumen der **verbrieften Verbindlichkeiten** reduzierte sich weiter um 0,5 Mrd. € auf 4,6 Mrd. €. Dabei wurden Fälligkeiten nur in geringerem Umfang durch Neuemissionen ersetzt.

Der Bestand an **Rückstellungen** war im Stichtagsvergleich zum Vorjahr nahezu unverändert und betrug 1,5 Mrd. €. Hierbei glichen sich Zuführungen und Auflösungen nahezu vollständig aus. Die Pensionsrückstellungen stiegen geringfügig auf 1,0 Mrd. €.

Das **Eigenkapital** der LBB/BSK war zum Bilanzstichtag mit 2,2 Mrd. € gegenüber dem Wert am Vorjahresstichtag unverändert. Ein Bilanzgewinn oder -verlust entstand aufgrund des Gewinnabführungsvertrags mit der LBBH nicht. Angaben zur Zusammensetzung des Eigenkapitals können dem Anhang entnommen werden.

## 5. Finanzlage

Die für Banken und Sparkassen relevante Liquiditätssteuerung beruht auf den in § 11 KWG festgelegten Grundsätzen, den Mindestanforderungen an das Risikomanagement (BA) („MaRisk“ in der novellierten Fassung vom 27. Oktober 2017) sowie auf den Regelungen der Capital Requirements Regulation (CRR) (Teil VI, Artikel 411 bis 428). Das Liquiditätsmanagement erfolgt durch den Bereich Treasury. Mit dem Ziel, die Zahlungsfähigkeit auch in Krisensituationen zu gewährleisten, wurden die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern im Berichtsjahr jederzeit eingehalten. Die Liquiditätskennziffer nach Liquiditätsverordnung (LiqV) lag ganzjährig oberhalb der Mindestgröße von 1,0 und betrug per 31. Dezember 2017 1,81. Gemäß Artikel 412 Absatz 5 in Verbindung mit Artikel 460 CRR erfolgte die Meldung der Kennziffer nach LiqV zum Stichtag 31. Dezember 2017 letztmalig. Die nach Artikel 460 Absatz 1 CRR ab 01. Januar 2018 verbindlich mit mindestens 100 % einzuhaltende Liquidity Coverage Ratio (LCR) löst die Kennziffer nach LiqV ab. Die LCR lag im Jahresverlauf 2017 stets oberhalb des Zielwerts von 100 %; per 31. Dezember 2017 betrug sie 184 %.

Die LBB/BSK betreibt eine vorausschauende Liquiditätsplanung und unterhält eine Liquiditätsreserve zur Sicherstellung der täglichen Zahlungsbereitschaft. Sie nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen Spar-, Sicht-

und Termineinlagen von Kunden, Pfandbriefe, andere verbrieftete Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Für Refinanzierungsgeschäfte mit der EZB unterhält die LBB/BSK dort entsprechende Sicherheiten, um diese dispositionsbedingt nutzen zu können. Zur Erfüllung der Mindestreservenvorschriften werden entsprechende Guthaben bei der Deutschen Bundesbank, Hauptverwaltung Berlin und Brandenburg, unterhalten.

Weitere und detailliertere Ausführungen zur Liquiditätslage sind dem Risikobericht zu entnehmen.

Das bilanzielle Eigenkapital betrug am 31. Dezember 2017 2,2 Mrd. € und lag damit bei 4,9 % der Bilanzsumme. Es umfasste das Grundkapital (1,2 Mrd. €) und die Rücklagen (1,0 Mrd. €).

Die bankaufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB/BSK gemäß CRR beliefen sich zum 31. Dezember 2017 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2,7 Mrd. € (Vorjahresstichtag: 2,8 Mrd. €). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote für die LBB/BSK von 21,0 % (Vorjahr: 22,5 %). Das harte Kernkapital betrug zum 31. Dezember 2017 nach Feststellung des Jahresabschlusses 2,3 Mrd. €. In Relation zu den gewichteten Risikopositionen errechnet sich eine harte Kernkapitalquote von 17,8 % (Vorjahresstichtag: 18,1 %).

## 6. Personal- und Sozialbereich

Die Mitarbeiterkapazitäten lagen bei der LBB/BSK per 31. Dezember 2017 mit 3.233 um 0,7 % unter Vorjahresniveau (Vorjahresstichtag: 3.255). Der Rückgang der Beschäftigtenzahl resultierte im Wesentlichen aus den Personalanpassungen im Nachgang des abgeschlossenen Umbaus der Bank zur Berliner Sparkasse. Als gegenläufigen Effekt gab es Insourcingmaßnahmen in Höhe von 27 Mitarbeiterkapazitäten, die erhöhend wirkten.

Der Anteil der weiblichen Beschäftigten erhöhte sich leicht von 60 % auf 62 % der Gesamtbelegschaft. Zum Stichtag arbeiteten 992 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Teilzeit, was einer Quote von etwa 28 % der Gesamtbelegschaft entspricht (Vorjahresstichtag: 27 %).

Unter den Beschäftigten waren am Jahresende 226 Auszubildende und Trainees. Damit lag die Ausbildungsquote bei 6,0 % (Vorjahresstichtag: 6,3 %). Die LBB/BSK ist einer der größten Ausbildungsbetriebe in Berlin mit vielfältigen Möglichkeiten für Schulabgänger und Hochschulabsolventen. Im Geschäftsjahr begannen 87 junge Leute eine Berufsausbildung oder ein Studium an der Berufsakademie in unserem Hause sowie weitere 27 ein Traineeprogramm. Aufgrund des demographischen Wandels und ihrer eigenen Altersstruktur hat die LBB/BSK trotz weiter notwendiger Strukturanpassungen weiterhin ein

großes Interesse, Nachwuchskräfte zu gewinnen und auszubilden.

Die Maßnahmen zur zielgruppengerechten Mitarbeiterqualifizierung, etwa die Programme zur Entwicklung von Führungskräften und das Fachkräfteprogramm für Spezialisten, hat die Berliner Sparkasse 2017 fortgeführt. Sie wurden um weitere Entwicklungsbausteine ergänzt, zudem wurden neue Formate mit dem Schwerpunkt digitale Transformation eingeführt. Mit dem Ziel, die Führungsqualität und die Zusammenarbeit in den Teams zu verbessern, führte die LBB/BSK 2017 ein neues Beurteilungsinstrument ein und führte erneut ein Stimmungsbarometer zur Erhebung der Mitarbeiterzufriedenheit durch.

Im Berichtsjahr erfolgte die Gefährdungsbeurteilung sowohl durch Arbeitsplatzbegehungen durch die Fachkraft für Arbeitssicherheit als auch durch eine Mitarbeiterbefragung. Ziel ist eine ganzheitliche und systematische Betrachtung der Arbeitsumwelt, um die gesetzlichen Regelungen zum Arbeitsschutz bestmöglich umzusetzen. Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter hatten neben anderen Bausteinen im Gesundheitsmanagement in der LBB/BSK auch weiter die Möglichkeit, eine externe Beratung zu beruflichen, familiären, gesundheitlichen oder anderen persönlichen Fragen sowie einen Familienservice in Anspruch zu nehmen.

## 7. Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen

Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen ist seit langem Personalpolitik der Berliner Sparkasse. Damit einher geht die Festlegung von Zielgrößen nach dem 2015 in Kraft getretenen „Gesetz für die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Führungspositionen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst“ (Bundesteilhabegesetz). In der LBB/BSK stellt der Vorstand die erste Führungsebene dar. Darunter bilden die Bereichsleitungen die zweite und die Abteilungsleitungen die dritte Führungsebene.

Für den Frauenanteil im Aufsichtsrat und im Vorstand hatte der Aufsichtsrat gemäß § 111 Abs. 5 AktG Zielgrößen festgelegt. Demnach sollte der zum 30. September 2015 bestehende Frauenanteil im Aufsichtsrat von 20 % bis zum 30. Juni 2017 mindestens gewahrt oder wenn möglich erhöht werden. Die gesetzte Zielgröße für den Frauenanteil wurde zum 30. Juni 2017 erreicht. Der Aufsichtsrat hat als Zielvorgabe des Frauenanteils für den Zeitraum bis zum

30. Juni 2022 weiterhin den Wert von 20 % festgelegt. Sowohl bei der Prüfung potenzieller Kandidatinnen und Kandidaten als auch bei den Wahlvorschlägen achtet der Aufsichtsrat auf einen angemessenen Anteil von Frauen.

Für den Vorstand wurde dieselbe Zielsetzung festgelegt und mit 25 % sogar übertroffen. Die neue Zielsetzung für den Frauenanteil im Vorstand bis zum 30. Juni 2022 beträgt 25 %.

Für den Frauenanteil in den beiden Führungsebenen unterhalb des Vorstands hat der Vorstand gemäß § 76 Abs. 4 AktG Zielgrößen festgelegt. Zum 30. Juni 2017 sollte der Frauenanteil in der zweiten Führungsebene mindestens 13 % und in der dritten Führungsebene mindestens 30 % betragen. Diese Quoten wurden mit 24 % für die zweite und 33 % für die dritte Führungsebene übertroffen. Für den Zeitraum bis zum 30. Juni 2022 hat der Vorstand einen Frauenanteil von jeweils 35 % in der zweiten und in der dritten Führungsebene festgelegt.

## 8. Gesamtaussage

Im Geschäftsjahr 2017 konnte die Berliner Sparkasse trotz des anhaltenden Niedrigzinsumfelds sowie des allgemein bestehenden Kostendrucks aufgrund der weiter gestiegenen regulatorischen Anforderungen ihre ursprünglichen Ergebniserwartungen – wie im Vorjahr auch – übertreffen.

In den Kundengeschäftsfeldern agierte die Berliner Sparkasse erfolgreich und baute insgesamt ihre Position in dem wettbewerbsintensiven Berliner Markt weiter aus. Im abgelaufenen Jahr lag der Fokus auf der Digitalisierung im Kundengeschäft.

Dabei hatte die weitere Umsetzung des Kostensenkungsprogramms unverändert hohe Priorität; das Programm wird mit Nachdruck vorangetrieben, ohne auf die für die Zukunftssicherung der LBB/BSK erforderlichen Projekte zu verzichten.

Allen erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wie auch Rechtsrisiken wurde angemessen Rechnung getragen. Das Ergebnis nach Steuern in Höhe von 86 Mio. € wird als Gewinn an die LBBH abgeführt.

## C. Rechnungslegungsbezogenes internes Kontroll- und Risikomanagementsystem

Für die LBB/BSK umfasste die Rechnungslegung im Geschäftsjahr 2017, neben der laufenden Finanzbuchhaltung, insbesondere die Erstellung des Jahresabschlusses und eines Halbjahresfinanzberichts sowie der dazugehörigen Lageberichte. Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung oblag dem Bereich Finanzen der LBB/BSK. Die Rechnungslegungsprozesse sind standardisiert und werden im Rahmen der Gesamtstrategie zur Risikobegrenzung regelmäßig kontrolliert.

Bei den Aufgaben der Rechnungslegung und deren Kontrollen wird der IDW PS 261 n. F. beachtet. Das rechnungslegungsbezogene interne Kontrollsystem (IKS) umfasst die Grundsätze, Maßnahmen und Verfahren (Regelungen) zur Sicherung der Ordnungsmäßigkeit und Verlässlichkeit der Rechnungslegung, Einhaltung der maßgeblichen rechtlichen Vorschriften und die Sicherstellung der Wirksamkeit der Kontrollen in Bezug auf die Rechnungslegung. Die Maßnahmen des rechnungslegungsbezogenen internen Risikomanagementsystems (RMS) zur Identifizierung, Bewertung und Begrenzung von Risiken gewährleisten die rechnungslegungskonforme Erstellung von Jahresabschlüssen und Lageberichten.

Die Implementierung der Kontrollen erfolgt auf Basis der Beurteilung von Angemessenheit, Wirksamkeit und Wirtschaftlichkeit.

Ziel des rechnungslegungsbezogenen IKS ist es, die auftretenden Geschäftsvorfälle in Übereinstimmung mit den gesetzlichen Vorschriften, der Satzung und anderen internen Richtlinien vollständig, zeitnah und richtig zu erfassen, zu verarbeiten und zu dokumentieren. Aktiva und Passiva sollen im Abschluss zutreffend angesetzt, ausgewiesen und bewertet werden. Erfolge sind sachgerecht zu ermitteln. Die Kontrollen dienen auch dem Zweck, diese Abschlussinformationen möglichst zeitnah, verlässlich und vollständig bereitzustellen.

Bestandteile des rechnungslegungsbezogenen IKS sind prozessintegrierte und prozessunabhängige Maßnahmen. Die prozessintegrierten Maßnahmen umfassen organisatorische Sicherungsmaßnahmen wie Funktionstrennung, Zugriffsbeschränkungen, Richtlinien und Kompetenzregelungen sowie Kontrollen durch manuelle Soll/Ist-Vergleiche und programmierte Plausibilitätsprüfungen. Die prozessunabhängigen Maßnahmen bestehen in Form von Prüfungen der internen Revision und übergeordneten Durchsichten durch das Management. Das rechnungslegungsbezogene interne RMS steht im Einklang mit der Gesamtrisikostategie aus quantitativen und qualitativen Methoden zur Risikoerfassung (Schadenfalldatenbank, Self Assessment sowie Risikoindikatoren), Maßnahmen zur Risikosteuerung und Risikoüberwachung sowie der regelmäßigen Berichterstattung.



Die Zuständigkeit für die Rechnungslegung obliegt dem Bereich Finanzen und war im Geschäftsjahr 2017 nach dem Geschäftsverteilungsplan unverändert dem Ressort des Vorstandsvorsitzenden Herrn Dr. Evers zugeordnet.

Für die Bewertung der Finanzinstrumente stützt sich der Bereich Finanzen auf entsprechende Kursangaben aus dem Bereich Risikocontrolling. Die Bewertung der Kreditrisiken erfolgt im Bereich Kredit und Risikobetreuung und wird für die Abschlusserstellung übernommen.

Durch den Bereich Finanzen werden zentral einheitliche Vorgaben für die Erstellung von Jahresabschlüssen, Lageberichten sowie für Steuerbilanzen gemacht.

Die LBB/BSK hat eine Prozess- und Verfahrensdokumentation für die Erstellung von Abschlüssen und Lageberichten, die auch die durchzuführenden Kontrollen im Prozess umfasst. Die Geschäftsvorfälle werden mittels IT-Systemen verarbeitet und gebucht. Die Handelsbücher und sonstigen Bestandsnachweise werden in elektronischer Form geführt.

Als zentrales Finanzbuchführungssystem wird in der LBB/BSK One System Plus (OS Plus) verwendet. Das Rechnungswesen ist in der Weise eingerichtet, einem sachverständigen Dritten innerhalb einer angemessenen Zeit einen Überblick über die Geschäftsvorfälle und über die finanzielle Lage vermitteln zu können.

Die Steuerung der Risiken in der Rechnungslegung ist Bestandteil der Steuerung operationeller Risiken. Das Management der operationellen Risiken wird ausführlich separat beschrieben.

Bestandteil des Prozesses zur Rechnungslegung sind Kontrollen, die systemgestützte Abgleiche, Einzelkontrollen, Stichproben, Plausibilitätsprüfungen sowie Abgleiche zu vorhandenen Datenquellen zum Gegenstand haben. Werden dabei Abweichungen zum Sollprozess festgestellt, werden die betroffenen Rechnungslegungsprozesse sowie die relevanten Kontrollen evaluiert und überarbeitet. Eine Überprüfung dieser Prozesse und der Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen IKS erfolgt auch bei Veränderung der eingesetzten rechnungslegungsbezogenen Systeme sowie bei Veränderungen der Aufgaben in den jeweiligen Bereichen.

Die Interne Revision führt als unternehmensinterne und unabhängige Stelle prozessunabhängige Maßnahmen und Bewertungen durch, um die Einhaltung der rechnungslegungsbezogenen Regelungen und damit die Wirksamkeit implementierter Kontrollen zu überwachen. Die Interne Revision berücksichtigt dies in ihrer rollierenden Jahresplanung und nimmt regelmäßig in den Bereichen Finanzen sowie Organisations- und Produktivitätsmanagement Prüfungen vor. Daneben sind Kontrollen durch das Management (high-level controls) in Form eines Berichts- und Anweisungswesens installiert.

# D. Risikobericht

## 1. Risikomanagementsystem

Das Risikomanagementsystem basiert auf dem Rahmenkonzept der Mindestanforderungen an das Risikomanagement (MaRisk) unter der zusätzlichen Berücksichtigung der Spezifika, die sich aus der Beaufsichtigung durch die EZB ergeben.

Die Risikocontrolling-Funktion gemäß MaRisk AT 4.4.1 wird durch den Bereich Risikocontrolling der LBB/BSK ausgeübt. Das Risikocontrolling der Adressenausfallrisiken, der Liquiditätsrisiken wie auch der Marktpreisrisiken wird in der LBB/BSK ausgeführt. Das Meldewesen und die Gesamtbanksteuerung inklusive des Risikocontrollings der operativen Risiken werden dagegen über Geschäftsbesorgungsverträge an die Landesbank Berlin Holding AG (LBBH) ausgelagert. Die Leitung der Risikocontrolling-Funktion ist bis auf Ebene des Vorstands von den Bereichen getrennt, die für die Initiierung und den Abschluss von Geschäften zuständig sind.

Die LBB/BSK ist als Tochter der LBBH in die aufsichtsrechtliche Gruppe der Erwerbengesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG (Gruppe) eingebunden. Das aufsichtsrechtlich übergeordnete Unternehmen der Gruppe ist die LBBH. Es existieren gruppeneinheitliche risikopolitische Grundsätze und ein gruppenweites Risikomanagementsystem. Auch die Methoden zur Risikomessung sind gruppenweit einheitlich. Das Risikomanagementsystem setzt sich aus einer Reihe von ineinandergreifenden Grundsätzen und Regelungen zusammen. Ziel der Vorgaben – unter Einhaltung

aller gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Anforderungen – ist es, Kunden und Kontrahenten ein stabiler und verlässlicher Geschäftspartner zu sein. Die Eigentümer der LBB/BSK sollen diese als attraktives und potenzialreiches Investment erachten. Gegenüber der Öffentlichkeit steht die Erfüllung des öffentlichen Auftrags der Sparkasse gemäß dem Berliner Sparkassengesetz im Vordergrund.

Als übergeordnete Regelung schafft die Geschäftsstrategie die strategischen Rahmenbedingungen. Sie legt fest, dass das kontrollierte Eingehen von Risiken im Rahmen einer Risikostrategie elementarer Bestandteil des Bankgeschäfts ist. Die risikopolitischen Grundsätze stellen sicher, dass die Risikotragfähigkeit laufend gegeben ist und die eingegangenen Risiken jederzeit kontrolliert werden können.

Die LBB/BSK und ihre organisatorischen Einheiten haben dafür Sorge zu tragen, dass alle Risiken transparent und im Rahmen der gruppeneinheitlichen Methodik messbar sind.

Die Risikostrategie der Gruppe legt die Rahmenbedingungen fest. Sie wird für die LBB/BSK in einer eigenen Risikostrategie detailliert und liegt in der Verantwortung des Vorstands. Dabei erfolgt unter anderem die Festlegung nicht-strategiekonformer und damit grundsätzlich zu vermeidender Risiken. Die Einhaltung der Risikostrategie wird laufend überwacht.

Den Chancen trägt die LBB/BSK Rechnung, indem die Geschäftsleitung in ihren strategischen Vorgaben Geschäfte in ertragreichen oder künftig als ertragreich erachteten Regionen und Geschäftsarten fördert. Zugleich werden mit zu hohem Risiko behaftete oder weniger ertragreiche Geschäftsbereiche durch die Festlegung grundsätzlich zu vermeidender Geschäfte eingeschränkt. Das durch den Bereich Risikocontrolling verantwortete Risikomanagement befasst sich mit der Identifizierung, Analyse, Kontrolle, Dokumentation und Berichterstattung der Risiken.

Das Risikohandbuch, das den Rahmen für das operative Risikocontrolling vorgibt und sowohl für die Gruppe als auch für die LBB/BSK gilt, definiert detailliert Rahmenbedingungen, Verantwortlichkeiten und Methoden der einzelnen Phasen des Risikomanagements. Die verwendeten Methoden beziehen sich auf die Risikomessung. In dem Handbuch sind auch für jede Risikoart die existierenden Limitsystematiken und Eskalationsprozesse dargestellt.

Die Risikoinventur stellt als eigenständige Handlung regelmäßig das Gesamtrisikoprofil fest. Dabei wird mit Unterstützung einer Vielzahl von festgelegten Prozessen, wie zum Beispiel der Aktualisierung des Sanierungsplans untersucht, ob mögliche Risiken existieren oder auftreten können, die bisher nicht berücksichtigt worden sind. Die Ergebnisse werden dokumentiert und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen abgeleitet. Mit der Risikoinventur werden die für die LBB/BSK wesentlichen Risiken festgelegt.

Die zuständigen Risikocontrolling-Einheiten haben als unabhängige Stellen die Aufgabe, die Risiken zu identifizieren, zu bewerten, die Risikosteuerung im Unternehmen zu unterstützen und das Management regelmäßig zu informieren. Die Identifikation, Messung,

Beurteilung, Steuerung und auch die qualifizierte und zeitnahe Überwachung und Kontrolle der Risiken erfolgen gemäß den Vorgaben der Risikostrategie und des Risikohandbuchs.

Das Risikomanagementsystem beinhaltet sowohl Risikoauswertungen nach aufsichtsrechtlichen Vorgaben als auch eine Risikobetrachtung aus ökonomischer Sicht.

Ebenso wie die Interne Revision beurteilen die Abschlussprüfer im Rahmen der Jahresabschlussprüfung regelmäßig das Risikomanagementsystem.

Im Jahr 2017 wurde das Risikomanagement der LBB/BSK unverändert durch die allgemeinen Vorgaben der Gruppe bestimmt. Geschäftsstrategie, Risikostrategie und Risikohandbuch der Gruppe definieren den Rahmen der Geschäftsaktivitäten sowie die Risikomessmethoden. Unter Berücksichtigung der Besonderheiten der LBB/BSK hat der Vorstand der LBB/BSK beschlossen, die Vorgaben der Gruppe auch für die LBB/BSK anzuwenden. Die Identifizierung, Analyse, Dokumentation und Berichterstattung der operationellen Risiken, des Gesamtbankrisikos sowie die Risikotragfähigkeitsberechnungen der LBB/BSK werden auf Basis einer Geschäftsbesorgung durch das Risikocontrolling der übergeordneten LBBH vorgenommen.

#### **Aktuelle Entwicklungen**

Im Dezember 2016 erhielt die LBB/BSK den Bescheid der Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin), dass die LBBH im Jahr 2017 nicht als anderweitig systemrelevant (A-SRI) eingestuft wird. Die Beurteilung erfolgt nach einem Berechnungsschema der BaFin, das unter anderem die Größe und Bedeutung des Instituts, den Umfang der Auslandsaktivitäten sowie dessen Vernetztheit mit dem Finanzsystem berücksichtigt. Als unmittelbare Wirkung dieses Bescheids entfällt der zusätzliche

Kapitalpuffer, der gemäß § 10 KWG durch A-SRI-Institute vorzuhalten ist. Ebenfalls entfallen umfangreiche Veröffentlichungspflichten gemäß der „Leitlinie zu den Offenlegungspflichten gemäß Teil 8 der Verordnung (EU) Nr. 575/2013“.

Im Oktober 2017 wurde die Neufassung der MaRisk veröffentlicht. Die neuen Anforderungen werden analysiert und gegebenenfalls erforderliche Anpassungen in der Aufbau- und Ablauforganisation umgesetzt. Die LBB/BSK geht davon aus, dass die Anforderungen der neuen MaRisk zum Großteil bereits erfüllt sind und die noch notwendigen Maßnahmen zur vollständigen Umsetzung im Jahr 2018 weitgehend abgeschlossen werden.

Mit dem CSR-Richtlinie-Umsetzungsgesetz wurden unter anderem die Anforderungen zur Lagebericht- und damit verbunden zur Risikoberichterstattung um eine nichtfinanzielle Erklärung erweitert. Die LBB/BSK erstellt einen separaten nichtfinanziellen Bericht. Über die aus den nichtfinanziellen Aspekten erwachsenden wesentlichen Risiken wird im Kapitel operationelle Risiken berichtet.

### 1.1 Verantwortlichkeiten und Organisationsstrukturen im Risikomanagementprozess

Der Vorstand trägt die Verantwortung für das Risikoprofil, die Risikostrategie, das Risikotragfähigkeitskonzept inklusive der Verteilung des Risikopotenzials, der Definition eines Risikopuffers und der Limite, die ordnungsgemäße Organisation des Risikomanagements, die Überwachung des Risikos aller Geschäfte sowie für die Risikosteuerung. Er wird auf Grundlage eines monatlichen Risiko-reports durch den Bereich Risikocontrolling informiert. Eine Reihe weiterer Reports wird im Risikomanagementprozess erstellt und dem Vorstand vorgelegt.

Der Aufsichtsrat wird regelmäßig durch den Vorstand über das gesamte Risiko-

und Kapitalprofil unterrichtet. Der aus Mitgliedern des Aufsichtsrats gebildete Kreditausschuss berät mit dem Vorstand die Grundsätze der Geschäftspolitik im Kreditgeschäft unter dem Gesichtspunkt der Bonitätsrisiken und des Risikomanagements, insbesondere der Adressenausfall-, Marktpreis-, Liquiditäts- und operationellen Risiken.

Die Interne Revision ist wesentlicher Bestandteil des unternehmerischen und prozessunabhängigen Überwachungssystems. Dies beinhaltet für alle Risikoarten eine regelmäßige Prüfung und Bewertung der Risikomanagementprozesse. Die Revision ist organisatorisch dem Vorstandsvorsitzenden unterstellt und berichtet unabhängig an den Vorstand.

Zur Steuerung und Überwachung der Risikolage wurden die nachfolgend genannten Gremien eingerichtet:

- Der **Dispositionsausschuss** steuert die strategischen Marktrisikopositionen des Bankbuchs.
- Im **Risikomanagement-Komitee** der Gruppe werden auf Gruppenebene Risiko- und Kapitalstrategie, Kapital- und Risikoallokation (Risikotragfähigkeit, Limit-Systeme), Risikomessmethoden und ihre Validierung, die Einschätzung der aktuellen Risikosituation, der Sanierungsplan und zu steuernde Meldewesen-Themen behandelt. Empfehlungen werden an die Entscheidungsträger beziehungsweise an die entsprechenden Gremien der LBB/BSK gegeben.
- Im **Kreditrisiko-Komitee** erfolgen Diskussion und Abstimmung über die Risikostrategie sowie über konzeptionelle Themen im Kredit- und Kreditrisikocontrolling-Umfeld.
- Das **Neu-Produkt-Komitee** koordiniert den Genehmigungsprozess bei der Aufnahme von Geschäften in neuen Produkten, auf neuen Märkten (einschließlich neuer Vertriebswege)

- sowie in neuen Produktvarianten (inklusive neuer Währungen).
- Das **OpRisk-Komitee** ist zuständig für die aufbau- und ablauforganisatorische Implementierung eines einheitlichen Risikomanagement- und Risiko-früherkennungssystems für operationelle Risiken.
  - Das **RepRisk-Komitee** steuert Reputationsrisiken, die im Rahmen eines Früherkennungssystems oder anlassbezogen erkannt werden.

Der Bereich Risikocontrolling ist die unabhängige Risikoüberwachungseinheit für alle Risikoarten. Seine Aufgaben umfassen die Methoden und Modelle zur Identifikation, Messung, Aggregation und Limitierung von Risiken sowie die Weiterentwicklung des Risikomanagementsystems. Der Bereich übernimmt das operative Risikocontrolling.

Die Verantwortung für die operative Risikosteuerung im Sinne der Positionsnahme ist den definierten Verantwortungsträgern zugeordnet. So erfolgt beispielsweise die Gesamtbankrisikosteuerung durch den Gesamtvorstand oder die Marktpreisrisikosteuerung unter Einhaltung der verbindlichen Vorgaben des Dispositionsausschusses durch das Treasury. Die Risikosteuerung im Kreditbereich wird beispielsweise für Einzelkreditnehmer durch die jeweiligen Entscheidungsträger gemäß der Kompetenzordnung wahrgenommen, während für die Liquiditätsrisiken der Bereich Treasury zuständig ist.

## 1.2 Gesamtrisikosteuerung

Der Vorstand nimmt im Einklang mit der geschäftspolitischen Ausrichtung sowie unter Berücksichtigung der wirtschaftlichen Risikotragfähigkeit und der aufsichtsrechtlichen Regelungen eine Risikobegrenzung und Risikoallokation vor, beispielsweise durch Limite oder Strukturvorgaben. Das Risikoreporting gemäß

MaRisk erfolgt mit einem monatlichen Reporting, in dem alle Risikoarten zusammengefasst dargestellt werden. Auf dieser Basis wird in den Sitzungen des Vorstands beziehungsweise des Aufsichtsrats die aktuelle Gesamtrisikolage erörtert und zudem geprüft, ob Reaktionen notwendig sind.

Eine Prüfung der Risiken, die die Vermögens-, Ertrags- oder die Liquiditätslage wesentlich beeinträchtigen können (Risikoinventur), erfolgt in der LBB/BSK laufend durch unterschiedliche konzernübergreifende Aktivitäten wie zum Beispiel dem strategischen Dialog und der Mittelfristplanung sowie der regelmäßigen Überprüfung des Internen Konsolidierungskreises. In unterschiedlichen Ausschüssen bzw. Komitees werden ebenfalls potenzielle Risiken aufgeworfen und deren mögliche Auswirkungen und gegebenenfalls notwendige Maßnahmen diskutiert. Darüber hinaus findet im Rahmen des regelmäßigen Reportings eine systematische Analyse und Identifizierung von Risiken statt. So wird im Rahmen des Limitprozesses oder bei den Abstimmungen mit den Geschäftsfeldern beispielsweise zur Risikostrategie, zur Planung oder zu neuen Aktivitäten diskutiert, ob neue Risiken entstehen können.

Es erfolgt mindestens jährliche eine Überprüfung der Wesentlichkeit. Als wesentliche Risiken im Sinne der MaRisk definiert die LBB/BSK solche, deren Auswirkungen so schwerwiegend sein können, dass sie den Fortbestand der LBB/BSK als Ganzes gefährden. Hierzu zählen:

- Adressenausfallrisiken (inklusive Länderrisiken),
- Liquiditätsrisiken (kurzfristig und Refinanzierungsrisiko),
- Marktpreisrisiken (Zinsänderungsrisiken inklusive Cashflow und Fair Value,

Credit Spread-, Aktienkurs-, Options- und Währungsrisiken) und  
– Operationelle Risiken.

Weitere Risiken wie zum Beispiel das Anteilseignerrisiko, das Immobilienrisiko und das Refinanzierungskostenrisiko führt die LBB/BSK aufgrund ihrer nur geringen Bedeutung nicht als wesentliche Risikoarten im Sinne der MaRisk. Diese Entscheidung wurde durch die Risikoinventur 2017 bestätigt; diese Risiken werden unter der separaten Position Restrisiko ausgewiesen.

Für die Zwecke der Risikotragfähigkeit werden die Risikoarten in monetäre und nicht-monetäre Risiken unterschieden. Die monetären Risiken werden bei der quantitativen Zusammenführung zum Gesamtrisiko (internes Risikotragfähigkeitskonzept) berücksichtigt.

Das kurzfristige Liquiditätsrisiko und das Refinanzierungsrisiko innerhalb des Liquiditätsrisikos werden den nicht monetären Risikoarten zugeordnet, da es sich um ein Zeitpunktproblem und kein Vermögensverlustrisiko handelt. Es kann somit nicht durch die Unterlegung mit Risikokapital abgewendet werden. Das Refinanzierungskostenrisiko zum Refinanzierungsrisiko wird in der Risikotragfähigkeit bei den Restrisiken berücksichtigt.

Neue Patronatserklärungen sind durch die LBB/BSK nicht abgegeben. Ein Risiko aus der Inanspruchnahme aus Altpatronaten sieht der Vorstand derzeit nicht. Dieser Sachverhalt wird regelmäßig überwacht.

Das interne Risikotragfähigkeitskonzept beinhaltet ein System von Messverfahren und Limitierungen aller wesentlichen durch Risikokapital abdeckbaren Risiken (monetäre Risiken), das die Überschreitung eines vorgegebenen maximalen

Vermögenswertverlusts bis auf eine geringe Restwahrscheinlichkeit ausschließt. Die hierbei zu Grunde liegenden Annahmen werden ebenso wie die entsprechenden Limite regelmäßig, aber mindestens jährlich, überprüft und gegebenenfalls durch Vorstandsbeschluss angepasst. Aufbauend auf den erfassten einzelnen Risikoarten wird das Gesamtrisiko durch Aggregation der gegebenenfalls skalierten Einzelrisiken ermittelt. Zur Bewertung der Gesamtrisikolage wird das zur Deckung der Risiken zur Verfügung stehende Kapital (Risikodeckungsmasse) dem Gesamtbankrisiko gegenübergestellt. Ergänzend werden die Ergebnisse verschiedener Stress-tests berücksichtigt, die sowohl die Risiken als auch die Kapitaleseite einbeziehen.

Gemäß § 27 Pfandbriefgesetz muss jede Pfandbriefbank über ein für das Pfandbriefgeschäft geeignetes Risikomanagementsystem verfügen. Das Risikomanagement der Deckungsregister ist in das Gesamtbank-Risikomanagementsystem der LBB/BSK für Adressenausfall-, Marktpreis- und Liquiditätsrisiken sowie für operationelle und sonstige Risiken eingebunden. Darüber hinaus bestehen Limite, welche der Einhaltung aufsichtsrechtlicher Vorgaben dienen. Die Einhaltung dieser Limite für das Risikomanagement der Deckungsregister wird täglich überwacht und im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports dem Vorstand dargestellt.

## 2. Gesamtbild der Risikolage und interne Kapitaladäquanz

Die etablierten Verfahren, Methoden und Systeme des Risikomanagementsystems haben sich im Berichtsjahr bewährt und die LBB/BSK jederzeit in die Lage versetzt, angemessene Maßnahmen zur Risikosteuerung abzuleiten und umzusetzen.

Die Betrachtung der Risikotragfähigkeit auf Einzelinstitutsebene für die LBB/BSK erfolgt analog zum Vorgehen auf Gruppenebene. Das Gesamtrisiko wird dabei der Risikodeckungsmasse für die LBB/BSK gegenübergestellt. Die Risikotragfähigkeit der LBB/BSK war zu jedem Zeitpunkt sowohl nach den internen Maßstäben als auch aus regulatorischer Sicht mit ausreichendem Freiraum gegeben. Das Gesamtrisiko inklusive der S-Kreditpartner GmbH (SKP) betrug per Jahresende 1.243 Mio. € (2016: 1.282 Mio. €). Die Risikodeckungsmasse betrug 3.081 Mio. € (2016: 3.033 Mio. €).

Die aufsichtsrechtlichen Eigenmittel der LBB/BSK gemäß Capital Requirement Regulation (CRR) beliefen sich zum 31. Dezember 2017 nach Feststellung des Jahresabschlusses auf 2.688 Mio. € (Vorjahresstichtag: 2.793 Mio. €). Bezogen auf die Risikopositionen nach CRR errechnete sich daraus eine Gesamtkapitalquote der LBB/BSK von 21,0 % (Vorjahresstichtag: 22,5 %) und eine harte Kernkapitalquote unter Berücksichtigung der CRR-Übergangsregelung der LBB/BSK von 17,8 % (Vorjahresstichtag: 18,1 %). Damit lagen die Quoten deutlich über den aufsichtsrechtlichen Mindestvorgaben.

Dies gilt auch für die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) der LBB/BSK nach CRR/Delegierter Verordnung: 184 % per 31. Dezember 2017 (Vorjahresstichtag: 195 %).

Die bilanzielle Risikovorsorge der LBB/BSK betrug 592 Mio. € (Vorjahresstichtag: 550 Mio. €).

Die nachfolgenden quantitativen Angaben zur Risikolage erfolgen auf Basis des Managementansatzes. Das bedeutet, dass die Risikolage auf Basis der Daten dargestellt wird, nach denen die interne Risikosteuerung erfolgt. Die Risikolage wird – nach Risikoarten gegliedert – an den Vorstand und die Gremien berichtet. Die interne Risikosicht weicht dabei teilweise vom bilanziellen Ansatz ab. Wesentliche Gründe für die Unterschiede zwischen interner Steuerung und externer Rechnungslegung liegen in der Definition des Kreditvolumens als „Exposure“ (definiert als Inanspruchnahme beziehungsweise Marktwerte plus offene externe Zusagen).

Für die Ermittlung der Risikotragfähigkeit wird ein fiktiver Liquidationsansatz zu Grunde gelegt. Die interne Risikodeckungsmasse (RDM) der LBB/BSK basierte im Berichtsjahr auf den aufsichtsrechtlichen Eigenmitteln und somit auf einem Bilanz- und GuV-orientierten Ansatz. Korrekturposten entsprechend den Vorgaben des International Capital Adequacy Assessment Process (ICAAP), wie zum Beispiel für stille Lasten, wurden berücksichtigt. Die Risiken der S-Kreditpartner GmbH als einziger wesentlicher Tochter der LBB/BSK fließen in die Berechnung der Risikotragfähigkeit angemessen mit ein.

Im Berichtsjahr stieg die Risikodeckungsmasse (LBB/BSK inklusive SKP) von 3.033 Mio. € per Dezember 2016 auf 3.081 Mio. € per 31. Dezember 2017. Im Wesentlichen ist dies auf die Berücksichtigung des Jahresgewinns nach Feststellung des Jahresabschlusses 2016 in den Eigenmitteln und die im Jahresverlauf 2017 eingeführte Berücksichtigung der Reserven nach § 340f und § 340g HGB zurückzuführen.

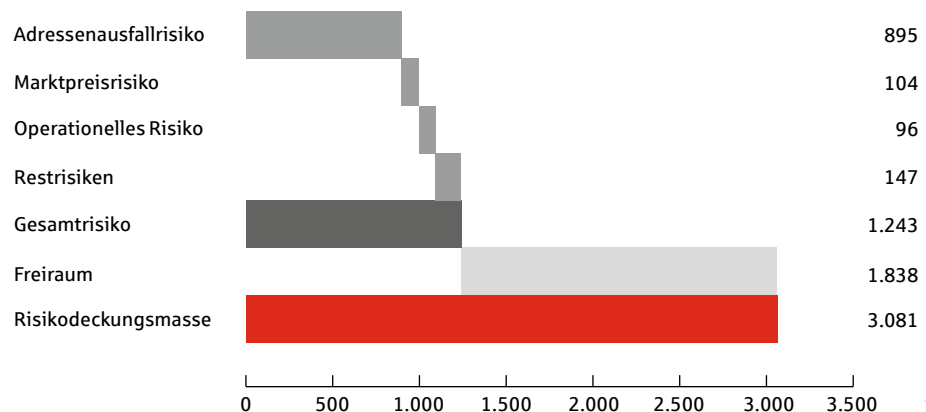
Darüber flossen bei der Risikobetrachtung die Ergebnisse aus der Risikoinventur 2017, beispielsweise die

Berücksichtigung der Ergebnisse der Validierung des CVaR-Modells, ein.

Die Aggregation der einzelnen Risikoarten zu einem Gesamtrisiko erfolgte im reinen Additionsverfahren. Diversifikationseffekte werden nicht berücksichtigt.

Die Inanspruchnahme je Risikoart, das Gesamtrisiko und der daraus resultierende Freiraum waren zum 31. Dezember 2017 in der LBB/BSK wie nachfolgend dargestellt. Wesentliche Veränderungen der Risiken werden in den Abschnitten zu den einzelnen Risikoarten erläutert.

**Inanspruchnahmen nach Risikoarten für die LBB/BSK inkl. SKP in Mio. €**



Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

Bei leicht gesunkenem Gesamtrisiko und leicht gestiegener Risikodeckungsmasse ist der Freiraum angestiegen. Die Risikotragfähigkeit war sowohl hinsichtlich der Inanspruchnahme und bei theoretischer Vollausslastung des Gesamtlimits im gesamten Berichtszeitraum gegeben.

Zur Sicherstellung der Risikotragfähigkeit bestehen ein Limitsystem und davon abgeleitete Eskalationsprozesse. Sollte es zu einer Annäherung an eines der Limite kommen, das heißt in der Regel zu einer Risikoauslastung von mehr als 90 %, entscheidet der Vorstand über Maßnahmen, um Limitüberschreitungen zu verhindern.



## 3. Risikokategorien

### 3.1 Adressenausfallrisiken

Das Adressenausfallrisiko wird als das Risiko eines Verlusts aufgrund des Ausfalls eines Geschäftspartners definiert. Dies könnte bedeuten, dass ein Vertragspartner des Instituts nicht oder nicht fristgerecht leistet oder das Institut selbst aufgrund der Nichtleistung eines Dritten zu leisten verpflichtet ist. Darüber hinaus ist in dieser Definition das Anteilseignerrisiko enthalten, welches sich aus der Zurverfügungstellung von Eigenkapital ergibt. Das Anteilseignerrisiko wird separat ausgewertet, die jährliche Überprüfung bestätigte die materielle Unwesentlichkeit.

Im kommerziellen Kreditgeschäft ist das Adressenausfallrisiko im Falle der Gewährung von Buchkrediten identisch mit dem Kreditrisiko. Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften basieren auf den Marktpreisen der zu Grunde liegenden Finanzinstrumente. Von einem Emittentenrisiko spricht man, wenn statt eines Buchkredits ein Wertpapier gehalten wird. Bei den Kontrahentenrisiken (Risiko der potenziell nachteiligen Wiedereindeckung eines Derivategeschäfts bei Ausfall eines Geschäftspartners) werden zusätzlich zum Marktpreis Aufschläge (produktspezifische Add-ons) für das Potential Future Exposure berücksichtigt, es sei denn, es bestehen individuelle Collateral-Vereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen). Kreditnehmerrisiken beziehen sich auf Geldmarktanlagen. Weitere, vor allem im Handelsgeschäft übliche und zum Adressenausfallrisiko zählende Risikokategorien sind das Settlementrisiko (Risiko, dass bei der Abwicklung eines Handelsgeschäfts trotz eigener Leistung keine Gegenleistung erfolgt) sowie das Länderisiko (Transferrisiko).

Die Mess- und Steuerungsverfahren der Bank umfassen hinsichtlich des Kreditrisikos stets auch außerbilanzielle Geschäfte.

### Bonitäts-/Risikobeurteilung

Die Bonität jedes Kreditnehmers wird unter Zuhilfenahme interner Rating- und Scoringverfahren laufend eingeschätzt. Diese Verfahren sind auf Ausfallwahrscheinlichkeiten ausgerichtet und führen zu einer Einstufung auf einer einheitlichen Ratingmasterskala mit den Klassen 1 bis 18, wobei innerhalb einzelner Klassen eine weitere Differenzierung erfolgt.

Die LBB/BSK verwendet kundengruppenspezifische Rating- und Scoringverfahren auf statistischer Basis, die in Projekten zusammen mit anderen Landesbanken, dem Deutschen Sparkassen- und Giroverband oder spezialisierten Dienstleistern entwickelt wurden. Die Güte der Verfahren wird regelmäßig überprüft und optimiert. Das Kreditrisikocontrolling übernimmt dabei die Aufgaben der „für die Kreditrisikoüberwachung zuständigen Stelle“ nach Artikel 190 CRR.

Ausfallwahrscheinlichkeit und Besicherungsgrad eines Engagements werden unter anderem für Zwecke der Kreditkompetenzzuordnung zu einer Risikoklasse verdichtet. Für diese wird eine analoge Masterskala verwendet. Die Risikoklasse ist maßgeblich für die Kreditvergaberichtlinien und für die Intensität der Kreditüberwachung.

### Kreditportfoliomodell

Die quantitative Analyse der Adressenausfallrisiken auf Basis statistischer Verfahren wird für Kreditportfolien mittels des selbstentwickelten Kreditportfoliomodells CVaR vorgenommen. Dieses Modell, das auf einer konzernspezifi-

schen Adaption von Standardmodellen beruht, erlaubt die Aggregation der kreditnehmerbezogenen Adressenausfallrisiken zu einer Risikokennzahl auf Portfolioebene, dem sogenannten Credit-Value-at-Risk (CreditVaR). Diese Kennzahl wird täglich auf Basis des Konfidenzniveaus 99,9 % mit einer Haltedauer von einem Jahr für die Portfolien der LBB/BSK und ihrer Geschäftsfelder ermittelt. Berichtet wird der Unexpected Loss, der sich aus dem CreditVaR abzüglich des Expected Loss ergibt. Der Unexpected Loss zum Konfidenzniveau 99,9 % betrug 698 Mio. € per 31. Dezember 2017.

Das Kreditportfoliomodell schätzt auf Basis der kreditnehmerspezifischen Exposure, der Ratingklasse, der Besicherung sowie von Korrelationsschätzungen die Wahrscheinlichkeit, dass es zu großen Verlusten durch korrelierte Kreditausfälle kommt. Das eingesetzte Modell reagiert aufgrund seiner Struktur sensitiv auf Klumpenrisiken oder Branchenkonzentrationen und berücksichtigt auch die Gefahr von Länder-Transferereignissen.

Das Kreditportfoliomodell berücksichtigt sowohl die Migrationsrisiken von Kapitalmarktinstrumenten als auch des kommerziellen Geschäfts.

#### **Risikobeschränkung**

Adressenausfallrisiken werden sowohl auf der Ebene der einzelnen Kreditnehmer als auch auf Portfolioebene im Rahmen eines strategischen Kreditportfoliomanagements limitiert und gesteuert.

Risikokonzentrationen werden operativ durch Obergrenzen je Gruppe verbundener Kunden limitiert. Die Obergrenzen ergeben sich nach festen Regeln aus der Risikodeckungsmasse, den Ratings der Kreditnehmer und den Besicherungsverhältnissen der Kreditengagements. Die Konzeption wurde von den Gremien genehmigt, in Kraft gesetzt und wird

regelmäßig überprüft. Die größten Risikokonzentrationen werden unter anderem im Monatlichen Risiko Report (MRR) dargestellt.

Risikokonzentrationen bei Regionen und Branchen sind nach Möglichkeit gering zu halten. Geschäftsmodell-spezifisch besteht diese Möglichkeit an gewissen Stellen jedoch nicht, beispielsweise aufgrund der Konzentration auf das Geschäft der LBB/BSK am Standort Berlin. Länderrisiken werden mittels eines geeigneten Exposurebegriffs fortlaufend gemessen und streng limitiert. Die Länderlimite werden jährlich überprüft und gegebenenfalls neu festgelegt.

#### **Einzelkreditnehmerlimite und deren Überwachung**

Die Adressenausfallrisiken im Handelsgeschäft werden auf Einzelkreditnehmer-Ebene durch individuelle Limite für Kreditnehmer für die Parameter Betrag, Laufzeit und Geschäftsart begrenzt. Diese Limite werden systematisch erfasst und täglich überwacht.

Im Mengenkreditgeschäft, das standardisierte Kredite wie Raten- und Dispositionskredite umfasst, werden weitgehend IT-unterstützte Verfahren zur Bewilligung eingesetzt. Bei größeren Engagements ist zusätzlich ein Votum durch die Marktfolge erforderlich. Für das nicht in standardisierten Prozessen abzuwickelnde Geschäft werden individuelle Kreditentscheidungen in klar definierten Prozessen abhängig von der Höhe des Engagements und dem Risikogehalt getroffen. Die Entscheidung über größere Engagements und deren Bearbeitung erfolgt dabei grundsätzlich durch den Marktfolgebereich.

Um Kreditrisiken früh zu erkennen und aktiv zu managen, wird das Einzelrisiko der Kreditnehmer mit verschiedenen manuellen und automatisierten Verfahren überwacht. In aller Regel werden die Kreditnehmer-Ratings mindestens jährlich aktualisiert. In diesem Rahmen erfolgt auch die regelmäßige Überprüfung von Bestand und Werthaltigkeit der Sicherheiten, die gegebenenfalls einer Neubewertung unterzogen werden. Im Fall von Verschlechterungen des Ratings wird über die Art der Fortführung des Engagements entschieden.

Zur Identifikation von Kreditnehmern, bei denen sich erhöhte Risiken abzeichnen, werden Frühwarnsysteme eingesetzt. Auf Basis von quantitativen und qualitativen Frühwarnindikatoren werden entsprechende Überwachungslisten erstellt, die separat zu untersuchende Kreditnehmer aufführen.

Die Qualität der Kreditüberwachung wird permanent aktualisiert und verfeinert, um den Entscheidungsprozess zu beschleunigen und um die Qualität der verfügbaren Informationen zur Erkennung und Bewertung potenzieller Risiken zu verbessern. Die interne Revision überprüft regelmäßig das Kreditgeschäft, die eingesetzten Risikomessverfahren und insbesondere die Kreditprozesse. Daraus werden Maßnahmen für die weitere Qualitätsverbesserung in der Kreditanalyse und Überwachung abgeleitet.

### Portfoliosteuerung

Das Neugeschäft und der Kreditbestand werden durch Portfoliolimite auf Basis des Kreditportfoliomodells begrenzt. Zu diesem Zweck existieren Limite für den Unexpected Loss zum Konfidenzniveau 99,9 % der Portfolien der Geschäftsfelder.

Portfoliosteuerung in Mio. €	Expected Loss		Unexpected Loss (99,9 %)		Limit für den Unexpected Loss		Limitauslastung	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016
Private Kunden	60	55	203	177	240	240	85 %	74 %
Firmenkunden	42	33	402	323	475	410	85 %	79 %
Treasury	10	12	288	319	420	420	69 %	76 %
<b>LBB/BSK</b>	<b>111</b>	<b>99</b>	<b>698</b>	<b>645</b>	<b>870</b>	<b>789</b>	<b>80 %</b>	<b>82 %</b>

### Risikominderung

Zur Reduzierung der Adressenausfallrisiken werden verschiedene Elemente der Risikominderung eingesetzt. Im Rahmen ihrer jeweiligen Risikostrategie formulieren die Geschäftsfelder ihre Sicherheitenstrategie.

Entsprechend den unterschiedlichen Arten des Adressenausfallrisikos (Emitenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmer-risiko) werden verschiedene Risikominderungstechniken angewendet.

Bei den Kreditrisiken bildeten Sach- und Personensicherheiten im Gesamtwert von circa 14,9 Mrd. € per 31. Dezember 2017 die wesentliche Position.

Der Umfang der Sicherheiten orientiert sich an Exposurehöhe und Ausfallwahrscheinlichkeit. Die Sicherheiten werden anhand fest vorgegebener Kriterien bewertet. Eine weitere Risikominderung entsteht durch Kompensationsvereinbarungen.

Die Verantwortung für das Sicherheitenmanagement bei Kreditrisiken liegt in der Marktfolge. Diese ist für den Ansatz, die Prüfung und die regelmäßige Bewertung der Sicherheiten sowie für die Verwaltung der Techniken zur Kreditrisikominderung zuständig. Dazu erfasst und verwaltet die Marktfolge die Sicherheiten in einem zentralen IT-gestützten Sicherheitensystem.

Bei der Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen differenziert die LBB/BSK zwischen der Überwachung auf Basis von Marktschwankungen sowie der turnus- und anlassbezogenen Überprüfung.

Die Überwachung des als Sicherheit dienenden Immobilienportfolios der BSK erfolgt jährlich auf Basis eines statistischen Verfahrens (Marktschwankungskonzept, MSK). Die Marktschwankungsanalyse erfolgt jährlich durch die Wertermittler. Im Falle der Überschreitung festgelegter Schwankungsbreiten muss das Gutachten überprüft werden. Soweit sich aus dieser oder einer anderen Überwachung (zum Beispiel Objekt-Ratingaktualisierung) Wertminderungen ergeben, wird die Überprüfung der Markt- und Beleihungswerte durch den zuständigen Kreditsachbearbeiter veranlasst.

Bei den Objektarten, die nicht mittels des Marktschwankungskonzeptes überwacht werden können, ist gemäß der Objektartenliste eine entsprechende Einzelüberprüfung durch die Wertermittler erforderlich. Auch dabei ist die Überprüfung durch den Kreditsachbearbeiter zu veranlassen.

Neben der jährlichen Überwachung der Immobiliensicherheiten auf Basis des MSK ist die Bewertung der Immobilie mindestens alle drei Jahre von den Wertermittlern zu überprüfen.

Die LBB/BSK hat in ihrem Regelwerk Kriterien zur turnus- und anlassbezogenen Überwachung und Überprüfung von Immobilienbewertungen definiert.

Bei Emittentenrisiken erfolgt eine Risikominderung durch Aufrechnung von Long- und Short-Positionen. Zusätzlich werden Garantiebeziehungen berücksichtigt. Darüber hinaus wird eine Besicherung durch Kreditderivate vorgenommen, die in Höhe von rund 20 Mio. € besteht.

Bei Kontrahentenrisiken resultiert eine Risikominderung aus der Verrechnung von gegenläufigen Risikopositionen durch Netting-Vereinbarungen. In der LBB/BSK kommt dabei das sogenannte Close-out-Netting zur Anwendung, welches üblicherweise bei Kreditverschlechterung eines Kontrahenten bis hin zur Insolvenz vorgenommen wird. Dabei werden Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufgerechnet. Dies hat zur Folge, dass die sich ergebenden Ansprüche durch einen Ausgleichsanspruch in Höhe des Netto-Marktwerts dieser Geschäfte oder des sich daraus ergebenden unrealisierten Gewinns oder Verlusts für beide Parteien festgestellt und die Beträge saldiert werden. Zusätzlich können bei OTC-Derivaten, Wertpapierleihen und Repogeschäften über die bereits abgeschlossenen Nettingverträge hinaus individuelle Collateral-Vereinbarungen (Besicherungsvereinbarungen) geschlossen werden. Im Berichtsjahr wurden die Kontrahentenrisiken durch Netting-Vereinbarungen in Höhe von rund 3.100 Mio. € und hereingenommene Collaterals um rund 800 Mio. € reduziert.

#### **Transferrisiken**

Die LBB/BSK beschränkt Länder- und Transferrisiken über volumenbasierte Länderlimite. Das Länderrisiko wird als Summe der Länderexposure und Reserverierungen ausgewiesen.

Die jeweiligen Länderlimite werden dabei vom Vorstand unter Berücksichtigung des Risikogehalts der jeweiligen Volkswirtschaft sowie der Entwicklung des individuellen Kreditportfolios beschlossen.

Nachfolgend wird das Länderexposure (ohne Reservierungen) dargestellt. Die Zuordnung der Kunden zu den Regionen erfolgt über das Risikoland, die Einschätzung des Transferrisikos über die Ratingklasse.

Exposure Auslandsvolumen		
in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
EU-Staaten	5.919	6.576
West-Europa (ohne EU)	943	985
Ost-Europa (ohne EU)	62	107
Amerikanische Länder inkl. USA	857	1.003
Sonstige	26	32
<b>Auslandsvolumen LBB/BSK</b>	<b>7.807</b>	<b>8.703</b>
<b>Auslandsvolumen gewichtet nach</b>		
geringem Transferrisiko	7.729	8.536
mittlerem Transferrisiko	59	145
erhöhtem Transferrisiko oder ohne Rating	19	22
<b>Auslandsvolumen LBB/BSK</b>	<b>7.807</b>	<b>8.703</b>

Organisationen mit höchster Bonität, wie zum Beispiel die Europäische Investitionsbank, werden durch Länderlimite nicht reglementiert. Sie können aufgrund ihres Aktivitätsspektrums nicht direkt einer Region, zum Beispiel Europa, zugeordnet werden. Das Exposure der Organisationen betrug zum Bilanzstichtag 1,1 Mrd. €. Das Exposure aller Länder inklusive dieser Organisationen betrug 8,9 Mrd. €.

#### Behandlung von Problemkrediten

Gefährdete und ausgefallene Engagements fallen prinzipiell in die Bearbeitungszuständigkeit und Verantwortung des Risikobereichs, der diese Kredite saniert oder abwickelt.

Das „Current Credit Exposure“ (CCE) und insbesondere die rückständigen Leistungen der ausgefallenen Problemkredite (Nonperforming Loans) sind bei der LBB/BSK durch Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen sowie durch angerechnete Sicherheiten weitgehend abgeschirmt.

#### Bildung der Kreditrisikovorsorge

Die Kompetenz der Risikobereichs umfasst unter anderem die Bildung von Einzelwertberichtigungen. Oberhalb definierter Betragsgrenzen entscheiden einzelne Vorstandsmitglieder oder der Gesamtvorstand über die Höhe der Einzelwertberichtigung.

Die Vorschläge für die Höhe der Einzelwertberichtigungen beruht auf fest definierten Kriterien, die unter anderem von der Art der Sicherheit beziehungsweise vom Status des Engagements (Sanierung oder Abwicklung) abhängen.

Auch für nicht ausgefallene Engagements, die keine Einzelwertberichtigung erhalten, wird im Sinne einer Portfolio-betrachtung der Kreditrisikovorsorgebedarf (Pauschalwertberichtigungen) ermittelt. Bei dessen Berechnung fließen die Risikoparameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Exposure at Default und Verlustquote ein.

### Reporting

Einzelkreditnehmerbezogene Adressenausfallrisiken auf verschiedenen Aggregationsstufen sowie Kennzahlen des Kreditportfoliomodells werden im Monatlichen Risiko Report (MRR) an den Vorstand berichtet. Um Risikokonzentrationen zeitnah zu erkennen, werden diese nach Branchen und Ländern aufgeteilt. Daneben sind Auswertungslisten zu Risikokonzentrationen gemäß dem Klumpenrisikokonzzept auf Ebene der Gruppe verbundener Kunden (GvK) enthalten.

Ein ausführlicher Kreditrisikoreport, der eine kommentierte Darstellung der größten Risikokonzentrationen auf GvK-Ebene enthält, wird quartalsweise erstellt.

Neben der monatlichen und quartalsweisen Berichterstattung wird der Vorstand gemäß MaRisk täglich über gegebenenfalls eingetretene Limitüberschreitungen ab einer definierten Größenordnung unterrichtet.

### Kennzahlen des internen Reportings zum Adressenausfallrisiko

Die Messung und Steuerung der Adressenausfallrisiken basiert auf einer risikoadäquaten Darstellung der Kreditrisiko tragenden Geschäfte. Kreditrisiken sowie Kontrahenten-, Emittenten- und Kreditnehmerrisiken werden produktspezifisch gemessen und anhand des „Current Credit Exposure“ (CCE) quantifiziert.

Neben dem CCE wird in der internen Steuerung auch das Credit Exposure (CE) betrachtet, das zusätzlich nicht gezogene, aber den Kunden zugesagte Limite umfasst. Diese Limite können sowohl widerrufen als auch unwiderruflich zugesagt sein. Das interne Reporting der Adressenausfallrisiken an

die Geschäftsleitung basiert im Wesentlichen auf dieser Größe. Daher werden die folgenden Darstellungen auf Basis des Credit Exposures gezeigt.

Das gesamte Credit Exposure der LBB/BSK betrug zum 31. Dezember 2017 rund 49 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 49 Mrd. €).

Auf das CCE von Kreditrisiken aus dem kommerziellen Kreditgeschäft (inklusive Geschäfte, die durch die sogenannte Detailvereinbarung über die Absicherung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG von den wesentlichen Risiken aus dem Immobilien-dienstleistungsgeschäft abgesichert sind) entfielen rund 21 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 19 Mrd. €).

Das CCE von Emittenten-, Kontrahenten- und Kreditnehmerrisiken aus Kapitalmarktgeschäften ist in Höhe von rund 17 Mrd. € (Vorjahresstichtag: rund 20 Mrd. €) im Credit Exposure enthalten. In Abhängigkeit von der Aggregationsstufe können sich Netting- beziehungsweise Aufrechnungseffekte in unterschiedlicher Höhe auswirken.

In der nachfolgenden Tabelle ist das Credit Exposure per 31. Dezember 2017 nach Branchen dargestellt. Die LBB/BSK ordnet jedem Kunden eine Branche nach der Systematik der Wirtschaftszweige zu. Diese Branchen werden gruppiert und zu Hauptbranchen zusammengefasst. Das Kreditvolumen im Kreditgewerbe und mit Gebietskörperschaften entfiel wie in den vergangenen Jahren zum Großteil auf das Treasury-Geschäft. Das Volumen der Privatkunden und Immobilienfinanzierungen bestand produktgetrieben aus Kreditrisiken.

**Credit Exposure-Darstellung nach Branchen der LBB/BSK**

	Credit Exposure		davon CCE Kreditinstitute		davon CCE Emittenten-, Kontrahenten-, Kreditnehmerrisiken	
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %
Beteiligungsgesellschaften	952	2	553	3	327	2
Chemische Industrie	135	0	108	1	25	0
Dienstleistungen	3.679	7	2.677	12	41	0
Gebietskörperschaften	3.646	7	106	1	3.489	21
Gesundheit & Soziales	414	1	347	1	0	0
Handel & Gewerbe	2.101	4	1.381	7	189	1
Immobilienfinanzierung	11.899	24	9.709	45	62	0
Kreditgewerbe	14.930	30	2.287	11	12.582	75
Privatpersonen	11.119	23	3.956	19	0	0
Sonstige	185	0	134	0	5	0
Versicherungen	39	0	25	0	0	0
<b>Summe Branchen <sup>1</sup></b>	<b>49.099</b>	<b>100</b>	<b>21.283</b>	<b>100</b>	<b>16.720</b>	<b>100</b>

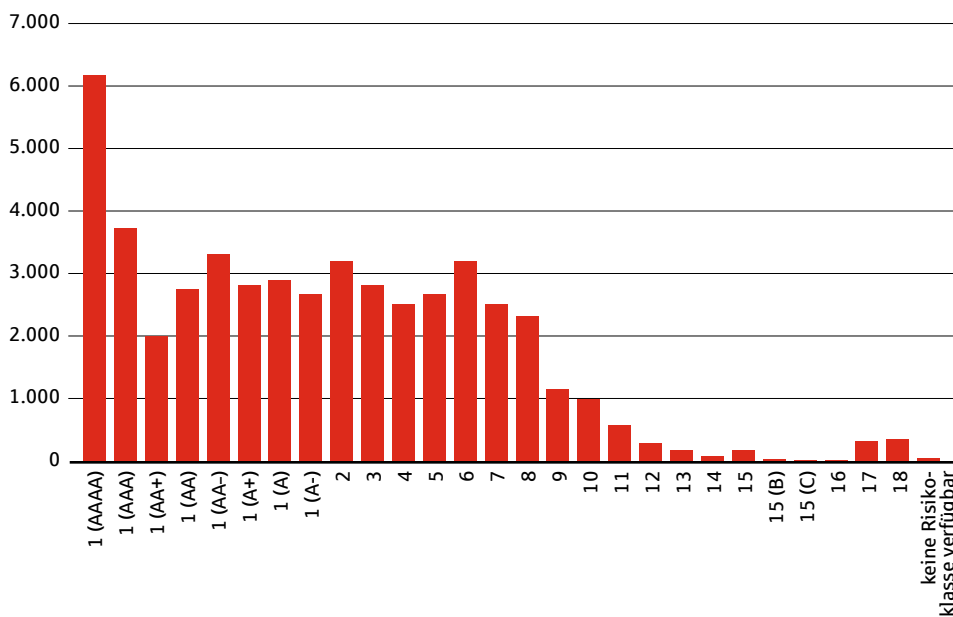
<sup>1</sup> Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer oder zwei Einheiten (€ % usw.) auftreten.

**Kreditqualität**

In der folgenden Grafik wird das Credit Exposure, aufgeteilt nach Ratingklassen gemäß der verwendeten Masterskala, dargestellt.

Die Geschäfte unter der Detailvereinbarung über die Absicherung der früheren Bankgesellschaft Berlin AG in der LBB/BSK in Höhe von 579 Mio. € sind hierbei in den Ratingklassen 3 bis 18 enthalten.

**Credit Exposure in Mio. €**



### 3.2 Liquiditätsrisiken

Das Liquiditätsrisiko ist das Risiko, dass die LBB/BSK zu einem Zeitpunkt nicht in der Lage sein könnte, ihren Zahlungsverpflichtungen fristgerecht und in vollem Umfang zu entsprechen (Zahlungsfähigkeit). Ebenso zählt das Refinanzierungsrisiko dazu. Das Refinanzierungsrisiko folgt der grundsätzlichen Logik der Net Stable Funding Ratio (NSFR), die sich aus dem Verhältnis verfügbarer stabiler Refinanzierung zur erforderlichen stabilen Refinanzierung ergibt, aber mit veränderten Gewichten. Die Sicherung der Liquidität und der Refinanzierungsfähigkeit für die LBB/BSK hat höchste Priorität.

Aufgabe des Bereichs Treasury ist es, die Liquiditätsversorgung der LBB/BSK zu gewährleisten. Ziel der Liquiditätsplanung und -steuerung ist, die Zahlungsfähigkeit und die Einhaltung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern auch in Krisensituationen jederzeit sicherzustellen. Entsprechend steht für die Erfassung, Steuerung und Überwachung der Liquiditätsrisiken ein umfangreiches Instrumentarium zur Verfügung, das fortlaufend weiterentwickelt wird.

Im Jahr 2017 war die LBB/BSK für alle beobachteten Szenarien jederzeit zahlungsfähig. Die aufsichtsrechtlichen Liquiditätskennziffern wurden eingehalten.

#### Messung und Limitierung von Liquiditätsrisiken

Das **kurzfristige Liquiditätsrisiko** (Laufzeitbereich 1 bis 30 Kalendertage) stellt das Risiko dar, dass die Bank ihren kurzfristig fälligen offenen Zahlungsverpflichtungen an jedem der nächsten 30 Tage nicht mehr nachkommen kann. Methodische Grundlage des Verfahrens ist die

aufsichtsrechtliche Liquidity Coverage Ratio (LCR) mit ihrem Horizont von 30 Tagen, welche taggenau ermittelt wird („LCR 1 bis 30“). Dabei wird einem gestressten Netto-Mittelabfluss ein Bestand von hochliquiden Aktiva gegenübergestellt, der diese absichern soll. Neben der aufsichtsrechtlich vorgeschriebenen Parametrisierung werden seit 2017 auch institutsspezifische Parametrisierungen genutzt. Das kurzfristige Liquiditätsrisiko wird limitiert bei einem Limit von 100 %.

Das **Refinanzierungsrisiko** (Laufzeit bis 12 Monate) ist ein Maß für die fristenkongruente Refinanzierung. Es wird gemessen, in welchem Maße stabil erforderliche Refinanzierung zum Risikohorizont tatsächlich verfügbarer stabiler Refinanzierung gegenübersteht. Methodische Grundlage des Verfahrens ist die noch in aufsichtsrechtlicher Erprobung befindliche NSFR mit zum Teil durch interne Validierungen angepassten Annahmen (Gewichten). Das Refinanzierungsrisiko wird begrenzt auf ein Limit von 100 %.

Die **Survival Period** misst, wie viele Wochen unter Stressannahmen vergehen, bis ohne Möglichkeit zur Mittelaufnahme die Zahlungsunfähigkeit eintritt. Methodische Grundlage ist eine gestresste Ablaufbilanz auf Basis der aufsichtsrechtlichen ergänzenden Liquiditätsmetriken. Die Survival Period wird nicht limitiert.

#### Steuerung der Liquiditätsrisiken

Die Liquiditätsrisikopolitik der LBB/BSK beruht auf dem Halten ausreichender Bestände liquidierbarer Aktiva, um tatsächlich vorhandene oder aus Stress-tests berechnete Liquiditätsbelastungen abdecken zu können.



Das Liquiditätsmanagement erfolgt für das Institut LBB/BSK unter Berücksichtigung des Refinanzierungsbedarfs der S-Kreditpartner GmbH. Dabei werden das gleiche System und die gleiche Methodik genutzt wie bei der gruppenweiten Feststellung der Liquiditätsrisiken durch das gruppenweite Risikocontrolling. Ziel des Liquiditätsmanagements ist es, auch bei kurzfristigen Engpässen sowie bei andauernden allgemeinen oder institutsspezifischen Liquiditätskrisen stets über ausreichend gesicherte Liquidität gemäß der beschriebenen Methodik zu verfügen.

#### Reporting der Liquiditätsrisiken

Eine Darstellung der Liquiditätsrisikosituation unter Einschluss des kurzfristigen Liquiditätsrisikos, der Zusammensetzung der aufsichtsrechtlichen Liquiditätsdeckungsquote (LCR), der Refinanzierungssituation, der Mindestüberlebensdauer sowie der Angaben zu Risikokonzentrationen erfolgt täglich. Sie wird dem Senior Management von Risikocontrolling und Treasury und dem zuständigen Dezernenten (Chief Risk Officer) zur Verfügung gestellt. Der Gesamtvorstand wird mit gleicher Darstellung einmal monatlich im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports informiert. Das interne Reporting beinhaltet die Überwachung von Vorwarnstufen, bei deren Erreichen definierte Eskalationsmaßnahmen grei-

fen. Die Auslastung der Limite war seit Produktivsetzung für die neue Methodik und bis dahin für die alte Methodik für das kurzfristige Liquiditätsrisiko im Jahresverlauf 2017 unbedenklich. Ebenso unbedenklich war die Auslastung der Limite im gesamten Jahresverlauf 2017 für das Refinanzierungsrisiko.

#### Risikokonzentrationen/Refinanzierung

Eine Konzentration des Liquiditätsrisikos besteht, wenn Refinanzierungsmittel zu stark auf bestimmte Bereiche (Adressen, Branchen, Währungen und Produkte) konzentriert sind. Eine zu geringe Diversifikation kann bei Ausfällen einzelner Bereiche zu Refinanzierungsschwierigkeiten und somit unmittelbar zu einem erhöhten Liquiditätsrisiko führen.

Die LBB/BSK nutzt einen ausgewogenen Mix an Instrumenten zur Refinanzierung ihres Aktivgeschäfts. Dazu zählen in erster Linie Spar-, Sicht- und Termineinlagen von Kunden und in zweiter Linie Pfandbriefe. Hinzu kommen andere verbrieft Verbindlichkeiten sowie Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten. Die regionale Herkunft der Refinanzierungsmittel konzentriert sich überwiegend auf den deutschen Raum mit einer besonderen Konzentration der Einlagen von Kunden auf unsere Kernregion Berlin-Brandenburg.

#### Anteile wesentlicher Bilanzposten an der Bilanzsumme (Passiva) der LBB/BSK

in %	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	12,1	13,7
Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	62,7	60,4
Verbriefte Verbindlichkeiten	10,3	11,1
Handelsbestand	0,0	0,0
Rückstellungen	3,4	3,2
Nachrangige Verbindlichkeiten	1,9	1,8
Eigenkapital	4,8	4,7
Übrige Passiva	4,7	5,1
<b>Summe Passiva LBB/BSK</b>	<b>100,0</b>	<b>100,0</b>

Aus rechentechnischen Gründen können in den Tabellen Rundungsdifferenzen in Höhe von +/- einer Einheit (€, % usw.) auftreten.

**Quantitatives Liquiditätsrisiko**

Die aufsichtsrechtlichen Vorgaben zu den Liquiditätskennziffern der LBB/BSK wurden jederzeit eingehalten. Zum Jahresultimo betrug die Liquiditätsdeckungsquote (LCR) 184 % (Vorjahresstichtag 195 %).

**Restlaufzeitengliederung**

Die folgende Tabelle zeigt die finanziellen Verpflichtungen der LBB/BSK per 31. Dezember 2017, gegliedert nach ihren vertraglich vereinbarten Restlaufzeiten. Die Darstellung basiert auf der Liquiditätsmeldung Advanced Liquidity Monitoring Metrics ohne andere Cashflows, wie zum Beispiel Bürgschaften und Kreditlinien.

**Verbindlichkeiten nach Restlaufzeiten und Refinanzierungsstruktur**

in Mio. €	2017
<b>Besicherte Refinanzierung</b>	
<= 1 Monat	2.065
> 1 Monat und <= 1 Jahr	1.274
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	0
> 5 Jahre	0
<b>Insgesamt</b>	<b>3.339</b>
<b>Eigenemissionen</b>	
<= 1 Monat	60
> 1 Monat und <= 1 Jahr	1.321
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	2.798
> 5 Jahre	2.706
<b>Insgesamt</b>	<b>6.885</b>
<b>Verbindlichkeiten Derivate</b>	
<= 1 Monat	2.205
> 1 Monat und <= 1 Jahr	666
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	41
> 5 Jahre	144
<b>Insgesamt</b>	<b>3.056</b>
<b>Verbindlichkeiten Finanzkunden</b>	
<= 1 Monat	2.335
> 1 Monat und <= 1 Jahr	277
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	115
> 5 Jahre	4
<b>Insgesamt</b>	<b>2.731</b>
<b>Verbindlichkeiten Kunden</b>	
<= 1 Monat	20.577
> 1 Monat und <= 1 Jahr	5.631
> 1 Jahr und <= 5 Jahre	588
> 5 Jahre	946
<b>Insgesamt</b>	<b>27.742</b>

### 3.3 Marktpreisrisiken

Marktpreisrisiken bestehen in einem potenziellen Wertverlust, der seine Ursache in nachteiligen Veränderungen von Marktpreisen oder preisbeeinflussenden Parametern hat.

Marktpreisrisiken werden insbesondere in Form von Credit Spread-, Zins-, Aktien-, Options- und Währungsrisiken im Bereich Treasury eingegangen. Das Marktpreisrisiko wird ganzheitlich berechnet, limitiert und gesteuert. Das heißt, dass sowohl allgemeine als auch besondere Zinsrisiken Eingang in das ermittelte Value at Risk (VaR) finden. Es werden branchen-/sektorspezifische Kategorien sowie kreditnehmerindividuelle Credit-Spread-Risiken berücksichtigt.

Im Vordergrund der Zinsänderungsrisikosteuerung stehen der Ausgleich von Zinsänderungsrisiken aus Kundengeschäften und der langfristigen Refinanzierung sowie die langfristige Generierung von Erträgen aus der Fristentransformation infolge der Zinsstruktur. Zusätzlich werden die Zinsänderungsrisiken aus den Pensionsverbindlichkeiten berichtet.

#### Methodik der Risikomessung bei Marktpreisrisiken

Methodisch basieren die angewendeten Verfahren zur Risikomessung (VaR-Auslastung) auf einem analytischen Delta-Gamma-Ansatz unter Einbeziehung sämtlicher Marktpreisrisikofaktoren einschließlich Optionsrisiken auf Basis einer Haltedauer von zehn Tagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Neben der primären barwertigen Steuerung erfolgt die monatliche Simulation des Zinsüberschusses der Gesamtbank für die folgenden 12 Monate unter der Annahme einer konstanten Bilanz sowohl im Szenario des Fortbestehens der aktuellen Zinssituation als auch unter Zinsänderungs-Szenarien. Die Abweichungen gegenüber dem Status quo werden ebenso wie die barwertigen

Risiken in Relation zur Risikodeckungsmasse betrachtet.

Die Korrelationen der aktuell gut 3.600 Risikofaktoren (beispielsweise Wechselkurse, Aktienkurse, Zinskurvenpunkte, Volatilitätspunkte etc.) werden je Geschäftsfeld und für den Gesamtbankausweis vollständig berücksichtigt. Über die genannten Verfahren hinaus wird der Risikogehalt der Positionen mittels Stresstests in einer Vielzahl unterschiedlicher Szenarien (historische, feste sowie exposurebezogene Szenarien) täglich untersucht und die Ergebnisse an die Vorstandsmitglieder berichtet.

Die Prognosegüte des Modells wird mittels Clean Backtesting (Überprüfung der eintägigen Wertänderungen eines konstant gehaltenen Portfolios im Nachhinein) ermittelt. Die Anzahl der Backtesting-Ausreißer, das heißt die Anzahl der Tage, an denen diese Wertänderung in der LBB/BSK die zum obigen Konfidenzniveau ermittelte Verlustschwelle unterschritt, lag zum Jahresende 2017 mit drei im „grünen Bereich“. Ausreißer entstanden im Jahr 2017 im Umfeld relativ geringer Marktvolatilitäten bei mäßigen Zinsänderungen sowie bei Spreadlevelaktualisierungen eigener Credit Spreads.

Im Rahmen von regelmäßig stattfindenden Modellvalidierungsworkshops wurden umfangreiche weitere Validierungshandlungen durchgeführt. Diese zeigten keine grundsätzliche Schwäche der Risikomessung.

Die LBB/BSK agiert als Nichthandelsbuchinstitut.

Die Ermittlung der Kapitalunterlegung der aufsichtsrechtlichen Marktrisikoposition erfolgt seit Genehmigung der Rückgabe des Internen Marktrisikomodells per Ende März 2016 im Standardansatz gemäß Artikel 351 ff CRR und umfasst die Fremdwährungsposition

des Anlagebuchs. Die Höhe der Fremdwährungsposition wird bei der täglichen Überwachung ermittelt und plausibilisiert. Im Jahr 2017 wurde der Wert von 2 % des Gesamtbetrags der Eigenmittel nie überschritten, sodass auf das Fremdwährungsrisiko keine Eigenmittelanforderung entfiel.

#### **Steuerung der Marktpreisrisiken**

Die Aktivitäten des Treasury sind in die schriftlich fixierte Risikostrategie eingebunden. Auf Basis des Risikotragfähigkeitskonzepts und der Jahresplanung wird der strategische Rahmen in konkrete Marktpreisrisikolimits umgesetzt und vom Vorstand verabschiedet.

Die Marktrisikosteuerung erfolgt durch das Treasury auf der Grundlage der Marktpreisrisikolimits/-auslastungen, der Stresstestergebnisse und der Sensitivitätsanalysen pro Geschäftsfeld. Sie wird ergänzt durch Jahresverlustwarnmarken und weitere, je nach Geschäftsaktivität unterschiedliche und auf die jeweiligen Abteilungen zugeschnittene Berichte (zum Beispiel Fristen- und Risikoprofile).

Die Steuerung des Zinsbuchs erfolgt durch den Dispositionsausschuss des Vorstands. Dieser berät alle vier Wochen über eine geschäftspolitische Neubewertung und gegebenenfalls Neuausrichtung des Zinsänderungsrisikos. Hierzu werden ebenfalls die genannten Verfahren zur Kontrolle der Marktpreisrisiken genutzt. Zudem wird die Steuerung unter Barwert- und Laufzeitgesichtspunkten sowie mit Blick auf den Zinsüberschuss ermöglicht.

Regelmäßig oder auch bei Bedarf tritt das Komitee für den Neu-Produkt-Prozess zusammen, um Risiken und organisatorische Auswirkungen aus neuen Geschäftstypen zu beurteilen und die erforderlichen Schritte bis zu deren Einführung zu überwachen. Die endgültige Genehmigung eines neuen Produkts

erfolgt durch den jeweiligen Vorstand auf einvernehmlichen Vorschlag des Komitees für den Neu-Produkt-Prozess. Vergleichbare Verfahren gelten für Aktivitäten auf neuen Märkten.

#### **Kontrolle der Marktpreisrisiken**

Die Kontrolle der Marktpreisrisiken erfolgt unabhängig vom Treasury im Bereich Risikocontrolling.

Die Überwachung der Marktpreisrisiken besteht aus einem System von risiko- und verlustbegrenzenden Limitierungen und damit zusammenhängenden Verfahrensregelungen. Das regelmäßige Reporting der Marktpreisrisiken ist elementar, da hierdurch der Informationsfluss sichergestellt wird. Den Kontrollen können auf diesem Wege gegebenenfalls notwendige Steuerungsmaßnahmen kurzfristig folgen.

#### **Reporting der Marktpreisrisiken**

Die Ergebnisse der täglichen Risiko- sowie P&L-Analysen werden an alle Vorstandsmitglieder berichtet.

Das differenzierte Risikoreporting der Marktpreisrisiken beinhaltet:

- den täglichen Bericht gemäß MaRisk an den Vorstand,
- den monatlichen Aktiv-Passiv-Report für die Beratungen im Dispositionsausschuss,
- die Berichterstattung mit Erläuterung der Entwicklung im Monatsverlauf im Rahmen des Monatlichen Risiko Reports.

Der Bereich Treasury erfüllt die klassischen Funktionen des Liquiditätsmanagements, des Depot-A-Anlagegeschäfts im Rahmen der Asset Allokation und der strategischen Fristentransformation. Der Rückbau der historischen Portfoliostrukturen auf eine sparkassentypische Dimension erfolgt im Management der Auslaufportfolien.

### Marktpreisrisikolimit und -inanspruchnahmen

In der nachfolgenden Tabelle werden die Stichtagswerte dargestellt.

#### Value-at-Risk der LBB/BSK

in Mio. €	VaR	
	31.12.2017	31.12.2016
Aktienrisiko	1	1
Währungsrisiko	0	1
Zinsrisiko	10	28
Credit-Spread-Risiko	4	8
<b>LBB/BSK</b>	<b>12</b>	<b>30</b>

Aufgrund von Diversifikationseffekten errechnet sich der LBB/BSK-Wert nicht als Summe aus den Einzelaktivitäten.

Das Gesamt-VaR der LBB/BSK war im gesamten Jahresverlauf durch ein Limit in Höhe von 90 Mio. € begrenzt. Das Limit wurde turnusgemäß zum Jahresanfang überprüft und vom Vorstand beschlossen. Die Teilrisiken in den einzelnen Assetklassen sind nicht separat durch VaR-Limite begrenzt.

Ursächlich für den Risikorückgang im Jahresverlauf sind im Wesentlichen gesunkene Zinsvolatilitäten.

#### Zinsänderungsrisiken

Die Ungewissheit über die Änderung der Marktzinsen und einen damit verbundenen möglichen Verlust stellt für Banken ein bedeutendes Risiko dar. Dieses Risiko wird in der LBB/BSK ebenfalls im Rahmen der VaR-Berechnungen sowie der Zinsüberschuss-Simulation bestimmt und unterliegt somit der Limitierung und regelmäßigen Überwachung. Das Zinsänderungsrisiko im Zinsbuch wird ganzheitlich gesteuert und berücksichtigt alle anfallenden Cashflows.

Die LBB/BSK war per Jahresende 2017 gegenüber Zinsschwankungen für Laufzeiten bis neun Jahren aktivisch und für längere Laufzeiten passivisch aufgestellt. Durch die Zunahme der Pensionsver-

bindlichkeiten in die Betrachtung des Marktpreisrisikos entsteht eine passivische Position für lange Laufzeiten.

#### Währungsrisiken

Die LBB/BSK geht keine wesentlichen Positionen in Fremdwährungen ein. Das in der Übersicht Value-at-Risk LBB/BSK aufgezeigte gerundete Währungskursrisiko stammt im Wesentlichen aus barwertigen Inkongruenzen zwischen Fremdwährungsaktiva und -passiva. Das größte Fremdwährungsrisiko per Jahresende bestand in Wechselkursänderungen des Japanischen Yen und des US-Dollars.

#### Aktien- und Fondsriskiken

Aktienrisiken resultieren vorrangig aus Wertpapieren des Fondsportfolios, welche für Zwecke des Risikocontrollings wie Aktien behandelt werden. Für eine weitere Überwachung des Risikos werden darüber hinaus spezifische Stresstests für verschiedene Fondsgattungen vorgenommen, um der Zusammensetzung des Fondsportfolios – im Wesentlichen Rentenfonds – Rechnung zu tragen. Aktienrisiken aus Überhängen im Emissionsgeschäft von strukturierten Aktienprodukten wurden bei der Beendigung des kundenbezogenen Kapitalmarktgeschäfts fast vollständig abgebaut. Die Position ist gegenüber den Marktschwankungen weitestgehend neutral.

#### Marktliquiditätsrisiken

Das Marktliquiditätsrisiko wird im Rahmen des Marktpreisrisikos überwacht.

Ein spezielles Szenario für die Ausweitung der Geld-Brief-Spannen simuliert die besondere resultierende Wertänderung des betrachteten Portfolios. Es wird dabei angenommen, dass sich alle Marktdaten kräftig, aber nicht extrem in die „falsche“ Richtung bewegen.

Das Szenario zeigte mit 12 Mio. € zum Berichtsstichtag unverändert kein signifikantes Verlustpotenzial (Vorjahresstichtag: 11 Mio. €).

### Sicherungsbeziehungen

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit nach § 254 HGB dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von IDW RS BFA 3 berücksichtigt.

### 3.4 Operationelle Risiken

Das operationelle Risiko wird definiert als Gefahr von Verlusten, die infolge der Unangemessenheit oder des Versagens von internen Verfahren und Systemen, Menschen oder infolge externer Ereignisse eintreten. Diese Definition schließt Rechtsrisiken ein, beinhaltet aber nicht strategische Risiken und Reputationsrisiken.

Im Rahmen des Reputationsrisikomanagements obliegt dem Bereich Compliance die Beurteilung der Reputationsrisiken für die LBB/BSK.

Das operationelle Risiko berücksichtigt unter anderem Arbeitnehmer- und Sozialbelange, die Achtung der Menschenrechte und die Bekämpfung von Korruption und Bestechung.

Die auf Geschäftsfeld- und Bereichsebene zu definierenden Ziele und Maßnahmen zur Risikominimierung werden von den verantwortlichen dezentralen Risikomanagern bestimmt.

### Organisationsstruktur

Das Controlling operationeller Risiken wird zentral vom Bereich Risikocontrolling verantwortet.

Gemäß der Strategie für operationelle Risiken obliegen die Umsetzung der Rahmenvorgaben und das tägliche Management operationeller Risiken den Unternehmensbereichen im Rahmen ihrer Ergebnisverantwortung.

Das OpRisk-Komitee ist ein Gremium für alle Fragen zum Controlling und Management operationeller Risiken. Es unterstützt den Vorstand bei der Wahrnehmung seiner Überwachungsfunktion.

### Risikosteuerung und -überwachung

Das operationelle Risiko ist in das Risikotragfähigkeitskonzept zur Gesamtrisikosteuerung der LBB/BSK einbezogen. Dabei wird das operationelle Risikoprofil im Vergleich zur Risikoneigung der LBB/BSK festgelegt; zudem werden Maßnahmen und auch Prioritäten zur Risikominderung definiert. Der Vorstand wird monatlich über die aktuelle Situation operationeller Risiken informiert.

Spezielle Detailreports über operationelle Risiken für die einzelnen Geschäftsfelder werden jährlich erstellt und dem zuständigen Vorstand und den dezentralen OpRisk-Verantwortlichen (Risikomanagern) zur Verfügung gestellt.

Zur effizienten Steuerung des operationellen Risikos werden verschiedene Instrumente angewendet, die größtenteils auch Bestandteil des Rechenmodells für operationelle Risiken sind.

Wesentliche Instrumente sind:

- das Self-Assessment (qualitative OpRisk-Inventur), welches nach dem Bottom-up-Ansatz durchgeführt wird,
- die Szenarioanalyse, welche zur Bestimmung des Verlustpotenzials der kritischen Szenarien der LBB/BSK verwendet wird,
- die Schadensfallsammlung (intern/extern),
- das Frühwarnsystem (Erfassung und Überwachung von Risikoindikatoren),
- das Maßnahmencontrolling (Erfassung und Überwachung von identifizierten Maßnahmen aus Schadensfällen beziehungsweise Risikoindikatoren und Self-Assessment) und
- der Risikotransfer durch Versicherungsschutz.

Die LBB/BSK verwendet die vom zentralen OpRisk-Controlling entwickelten Tools zur Erhebung, Verwaltung und zum Reporting der vorgenannten Daten.

#### **Messung der operationellen Risiken**

Die Berechnung des ökonomischen und regulatorischen Kapitals für operationelle Risiken erfolgt mittels eines fortgeschrittenen Messansatzes (Advanced Measurement Approach). Unter Anwendung dieses Ansatzes wurde im Jahr 2017 sowohl für die regulatorische Eigenkapitalunterlegung für die LBB/BSK als auch für die Anrechnung in der Risikotragfähigkeit ein Betrag in Höhe von 83 Mio. € (Vorjahr: 97 Mio. €) ermittelt. Dieser Wert ist das 99,9 % Quantil der Jahresschadenssummenverteilung und entsprechend konservativ geschätzt.

#### **Personalrisiken**

Das Personalrisiko wird an Hand von Risikofaktoren gesteuert und unterscheidet zwischen Fluktuations-, Verfügbarkeits-, Qualifikations- und Motivationsrisiken. Ziel ist, negative Tendenzen zu identifizieren und geeignete Maßnahmen einzuleiten, um Risiken zu verhindern beziehungsweise zu minimieren.

#### **IT- und Systemrisiken**

Derzeit werden keine bestandsgefährdenden IT- und Systemrisiken mit hoher Eintrittswahrscheinlichkeit erwartet.

Das IT-Risikomanagement ist zentral und ganzheitlich definiert und beinhaltet eine ständige Risikosensibilisierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie eine regelmäßige Risikobetrachtung mit Hilfe etablierter Verfahren. Zur Risikoidentifikation werden periodisch definierte Risikoindikatoren untersucht.

#### **Sicherheits- und Notfallmanagement, Outsourcing**

Die LBB/BSK verfügt über eine schriftliche Notfallplanung für kritische und hochkritische Geschäftsprozesse. Zur Koordination, Kontrolle und Steuerung der Informationssicherheit orientiert sich die LBB/BSK an der DIN-Norm ISO27001/2013. Zur Umsetzung der Anforderungen aus der Norm setzt die LBB/BSK das Tool „Sicherer IT Betrieb“ (SITB) der SIZ GmbH, eines Unternehmens der deutschen Sparkassenorganisation, ein. Ein Krisenstab, der im Krisenfall Entscheidungs- und Leitungsfunktionen wahrnimmt, ist etabliert.

Einige Geschäftsaktivitäten sind komplett oder teilweise an Dienstleister ausgelagert. Die Einheit zentrale Dienstleistersteuerung verantwortet die Steuerung der MaRisk-relevanten Auslagerungen; sie kontrolliert und überwacht diese Dienstleister (zum Beispiel durch Vor-Ort-Audits, Prüfung des Reportings, Servicegespräche) auf die Einhaltung der vertraglich vereinbarten Leistungen. Im Rahmen der Risikoanalyse wird das Risiko der Auslagerung der Geschäftsaktivitäten ermittelt und die Wesentlichkeit bestimmt.

#### **Rechtsrisiken**

Die Rechtsabteilung nimmt die Funktion einer rechtlichen Risikosteuerung wahr. Hierbei stehen die Sicherstellung von risikobegrenzenden Standards, relevante Rechts- und Vertragsfragen und deren Handhabung im Vordergrund.

Wesentliche Vorhaben (zum Beispiel Umsetzung von EU-Richtlinien, Einführung von neuen Produkten) werden unter rechtlichen Gesichtspunkten mit der Rechtsabteilung abgestimmt. Zur Risikoprävention stellt die Rechtsabteilung Muster für Verträge und andere rechtlich bedeutsame Erklärungen bereit.

Bei Abweichungen oder neuartigen Regelungen ist die Rechtsabteilung einzubeziehen. Soweit die Hilfe externer Juristen im In- und/oder Ausland in Anspruch genommen wird, liegt die grundsätzliche Steuerung ebenfalls bei der Rechtsabteilung.

In ihrer begleitenden Rechtsberatung gestaltet die Rechtsabteilung in Zusammenarbeit mit den anderen Bereichen die Verträge, Geschäftsbedingungen sowie sonstige rechtlich bedeutsame Erklärungen. Sofern rechtliche Texte von dritter Seite vorgelegt werden, ist die Rechtsabteilung immer einzubinden.

Falls unvorhergesehene Entwicklungen (zum Beispiel durch Änderung der Rechtsprechung) eintreten oder Fehler unterlaufen sind, wirkt die Rechtsabteilung an der Erkennung, Beseitigung und künftigen Vermeidung der Nachteile bzw. Fehler mit. Dabei übernimmt die Rechtsabteilung die Prüfung und Bewertung der Vorkommnisse nach rechtlich relevanten Fakten und steuert eine etwaige Prozessführung. Dies gilt insbesondere für die Abwehr von geltend gemachten Ansprüchen.

Die Berichterstattung der Rechtsabteilung über rechtliche Risiken erfolgt durch Vorstandsvorlagen und die Dokumentation der laufenden Gerichtsverfahren durch institutionalisierte Meldungen an betroffene Bereiche.

Für bestehende Rechtsrisiken wurden ausreichende Rückstellungen gebildet, unter anderem für die laufenden Rechtsstreitigkeiten und für Risiken bei Verbraucherdarlehen im Zusammenhang mit fehlerhaften Widerrufsbelehrungen. Mit Umsetzung der Wohnimmobilienkreditrichtlinie waren Widerrufe von Immobiliendarlehensverträgen, die zwischen dem 1. September 2002 und dem 10.

Juni 2010 abgeschlossen worden waren, nur noch bis zum 21. Juni 2016 zulässig. Für mögliche Rechtsrisiken im Zusammenhang mit der BGH-Entscheidung zu Kreditbearbeitungsentgelten vom 4. Juli 2017 wurden ebenfalls ausreichende Rückstellungen gebildet.

#### **Haftungsfreistellungserklärungen der LBB und der IBG**

Die LBB beziehungsweise die Immobilien- und Baumanagement der Berlinovo GmbH (IBG), vormals firmierend unter Immobilien- und Baumanagement der Bankgesellschaft Berlin GmbH, haben natürlichen Personen in den Jahren 1994 bis 1997 so genannte Freistellungserklärungen zur Verfügung gestellt, durch die diese von ihrer unbeschränkten Komplementärhaftung in diversen Immobilienfonds gegenüber Dritten durch die LBB beziehungsweise die IBG freigestellt wurden.

Die BaFin hat mitgeteilt, dass sie die Freistellungserklärungen als zivilrechtlich unwirksam betrachte. LBB und IBG vertreten ebenfalls diese Auffassung. Damit haben die Freistellungserklärungen handels- und aufsichtsrechtlich keine Relevanz.

### **3.5 Sonstige Risiken**

#### **Geschäftspolitische und strategische Entscheidungen**

Das strategische Risiko ist das Risiko einer Verfehlung der langfristigen Unternehmensziele infolge von strategischen Entscheidungen, die auf fehlerhaften und falschen Annahmen und/oder auf mangelnder Vorbereitung beruhen. Die Steuerung des strategischen Risikos erfolgt durch den Gesamtvorstand; bestimmte Entscheidungen bedürfen zudem der Zustimmung des Aufsichtsrats.



Die durch den Vorstand der LBB/BSK verabschiedete und regelmäßig aktualisierte Gesamtbankstrategie fasst die Strategien aller Geschäftsfelder, Marktfolgebereiche und Zentralfunktionen zusammen. Für die Zentralfunktionen werden Eckpunkte festgeschrieben, Details legen die separaten Funktionalstrategien fest. In der jährlichen Strategieklausur werden die langfristigen Unternehmensziele und die strategischen Rahmenbedingungen vom Vorstand festgelegt.

Die Überwachung und Steuerung der strategischen Ziele der Geschäftsfelder und Bereiche erfolgen einmal jährlich anhand der definierten Zielerreichungsindikatoren und Zielwerte (Soll-Ist-Vergleich). Zusätzlich erfolgt eine unterjährige Überwachung ausgewählter Finanz- und Risikoziele anhand standardisierter Reports.

Zu den strategischen und allgemeinen Geschäftsrisiken erfolgen zweimal pro Jahr eine Befragung der Geschäftsfelder und deren Auswertung durch den Bereich Risikocontrolling. Eventuell notwendige Aktivitäten werden daraus abgeleitet und adressiert. Die Ergebnisse gehen in die Risikoinventur ein.

# E. Chancen und Prognosebericht

## 1. Ausblick zu den Rahmen- und Wettbewerbsbedingungen

Die Berliner Wirtschaft sollte 2018 robust und auch wieder etwas stärker als Deutschland insgesamt wachsen. Die Dynamik wird von einer weiter steigenden Erwerbstätigenzahl getragen. Die positive Entwicklung am Arbeitsmarkt dürfte sich fortsetzen, wobei der Anstieg der Erwerbstätigenzahl nicht nur auf weniger Arbeitslose, sondern auch auf den anhaltend hohen Zuwanderungs-

saldo und eine steigende Zahl von Pendlern zurückzuführen ist. Nachfrageseitig bleibt der Konsum eine wichtige Wachstumsstütze. Angebotsseitig sollten die positiven Impulse aus den unternehmensnahen Dienstleistungen und der Informations- und Kommunikationsbranche eine geringere Dynamik in der Industrie und den Sättigungseffekt im Gastgewerbe mehr als kompensieren.

## 2. Chancen und Risiken

Die LBB/BSK bietet als Universalbank alle Finanzdienstleistungen für breite Bevölkerungskreise an und erfüllt darüber hinaus einen öffentlichen Auftrag als Sparkasse für das Bundesland Berlin. Sie orientiert sich in ihrer strategischen Ausrichtung an der gemeinsamen Geschäftsstrategie für die Sparkassen mit einem individuellen Zuschnitt auf das Berliner Marktumfeld.

Die branchenbezogenen sowie regionalen Einflussfaktoren bieten sowohl Chancen als auch Risiken, die die LBB/BSK angemessen berücksichtigt.

Dabei bergen insbesondere die branchenbezogenen Einflussfaktoren Risiken für die Erträge und Aufwendungen:

- Die anhaltende Niedrigzinsphase wirkt sich negativ auf das Zinsergebnis, insbesondere im Einlagenbereich, aus, sie lässt sich nur in Teilen und unter zusätzlichen Anstrengungen auf der Ertragsseite kompensieren.
- Der hohe Regulierungsdruck reduziert durch steigende Eigenkapital- und Steuerungskosten sowie durch stetige Ressourcenbindung die Profitabilität der LBB/BSK. Die weiterhin zunehmende Komplexität regulatorischer Änderungen und Berichtsanforderungen bleiben dabei kostentreibende Faktoren.
- Die mit hoher Dynamik fortschreitende Digitalisierung der Finanzbranche und das Vordringen von sogenannten Fintechs führen zu umfassenden Veränderungen in der gesamten Finanzdienstleistungsbranche. Die Digitalisierung dürfte zukünftig noch stärker die traditionellen Kundenbeziehungen verändern.

Die regionalen Einflussfaktoren bieten trotz des intensiven Wettbewerbs am Bankenplatz Berlin besondere Chancen und Wachstumspotenziale:

- Die LBB/BSK möchte das anhaltende Wachstum des Bruttoinlandsprodukts sowie der Bevölkerung in Berlin nutzen, um über Kundengewinnung und Intensivierung bestehender Kundenbeziehungen weitere Ertragspotenziale zu heben.
- Das Bevölkerungswachstum in der Hauptstadt wirkt sich unter anderem auch auf den regionalen Immobilienmarkt aus. Die regionale Immobilienwirtschaft steht von daher weiterhin im Schwerpunkt der Aktivitäten, um die Wachstumschancen sowohl im privaten als auch im gewerblichen Bereich zu nutzen. Dabei wird die LBB/BSK jedoch unter Wahrung ihrer strengen Risikogesichtspolitik angemessene Grenzen festlegen.
- Die Gründerszene hat sich in den letzten Jahren in Berlin sehr positiv entwickelt. Durch den Brexit könnte sich weiteres Wachstumspotenzial ergeben. Die LBB/BSK unterstützt diese jungen Unternehmen mit dem „FirmenCenter Gründung und Nachfolge“ und möchte dadurch zugleich die bereits erfolgreichen Unternehmen der Zukunft an die LBB/BSK binden.
- Zudem ergeben sich Ertragspotenziale in Zukunftsbranchen wie Gesundheit, Umwelt- und Energietechnik sowie Forschung und Wissenschaft. Die LBB/BSK nutzt die daraus resultierenden Möglichkeiten einer spezialisierten und individuellen Kundenbetreuung.

### 3. Prognose

Die Prognose für das Geschäftsjahr 2018 leitet sich aus der Mittelfristplanung 2018 bis 2022 der LBB/BSK ab. Für den Prognosezeitraum 2018 wurden die folgenden volkswirtschaftlichen Annahmen über die Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Zinsentwicklung für die Geschäftsentwicklung zu Grunde gelegt:

- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Berlin: 2,8 %
- Zuwachsrates Bruttoinlandsprodukt Deutschland: 1,3 %
- Inflationsrate Deutschland: 1,8 %
- Sparquote Berlin: 7,9 %
- Arbeitslosenquote Berlin: 9,2 %
- Tarifsteigerung im Bankgewerbe: 1,3 %

Für das Geschäftsjahr 2018 wird das Anhalten des derzeitigen Niedrigzinsniveaus unterstellt. Die Wachstumsziele der Geschäftsfelder bestehen unverändert fort und sind durch die konkrete Geschäftsentwicklung unterlegt.

Ausgehend von diesen Rahmenbedingungen werden im Folgenden die nachstehenden Kennzahlen aus der Prognose 2018 den IST-Werten des Geschäftsjahres 2017 gegenübergestellt und erläutert.

Die Entwicklung der Leistungsindikatoren wird wie folgt prognostiziert:

Für 2018 erwartet die LBB/BSK ein **Ergebnis vor Ertragsteuern** bzw. eine Gewinnabführung an die LBBH in Höhe von 86 Mio. €, das dem Ergebnis des Jahres 2017 entspricht. Diese Ergebnisentwicklung ist geprägt durch verbesserte Ergebnisse aus dem Kundengeschäft, welchen notwendige Investitionen in die Sicherung der Zukunft der Berliner Sparkasse im Verwaltungsaufwand gegenüber stehen.

Die **Verwaltungsaufwendungen** des Jahres 2018 in Höhe von geplanten 857 Mio. € werden über dem Wert des abgelaufenen Geschäftsjahres (815 Mio. €) erwartet. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus Projekten zur zukunftsicheren Aufstellung der LBB/BSK sowie der Erfüllung aufsichtsrechtlicher Anforderungen. Des Weiteren führen Zinsänderungen bei den Pensionsverpflichtungen zu höheren Verwaltungsaufwendungen.

Bei den **Mitarbeiterkapazitäten** geht die Planung für Ende 2018 unverändert von der weiteren Reduzierung auf 3.152 Stellen aus (31. Dezember 2017: 3.233).

Für Ende 2018 wird auf Grund steigender RWA eine **harte Kernkapitalquote** in Höhe von 16,0 % erwartet (Vorjahr: 17,8 %).

Für Ende 2018 erwartet die LBB/BSK eine leicht rückläufige **Bilanzsumme** von rund 44,0 Mrd. € (31. Dezember 2017: 44,8 Mrd. €).

Bei den **Forderungen an Kunden** ist eine Steigerung um 2,5 Mrd. € auf 22,9 Mrd. € geplant. Der Anstieg resultiert im Wesentlichen aus dem unverändert geplanten Anstieg im regionalen Kundengeschäft. Hier ist sowohl eine Ausweitung der Gewerblichen Immobilienfinanzierung als auch des Aktivgeschäfts mit Privatkunden geplant.

Bei den **Verbindlichkeiten gegenüber Kunden** erwartet die Bank für 2018 einen Bestand in Höhe von 26,4 Mrd. €, der um 1,7 Mrd. € unter dem des Vorjahres läge. Der Rückgang wird hauptsächlich getrieben durch im Vorjahr höher als erwartet gestiegene Sichteinlagenbestände.

Die **Cost-Income-Ratio** wird für 2018 bei rund 84 % und damit höher als auf dem Vorjahresniveau (81,1 %) erwartet. Die Erhöhung resultiert im Wesentlichen aus Investitionen in zukunftsichernde Projekte.

Die **Eigenkapitalrentabilität** wird in Höhe von 3,8 % geplant.

## 4. Gesamtaussage

Der Vorstand erwartet für das Geschäftsjahr 2018 unverändert eine geordnete Liquiditätssituation und somit eine weiterhin vollständige Refinanzierung der Geschäftsvolumina in den besicherten und unbesicherten Geld- und Kapitalmärkten. Die LBB/BSK geht davon aus, ihre erfolgreiche operative Entwicklung in den Kundengeschäften fortsetzen und ausbauen zu können. Die LBB/BSK reagiert auf die fortschreitende Niedrigzinsphase und Digitalisierung und strebt eine angemessene Kapitalverzinsung an.

Auf dem Berliner Bankenmarkt ist nach wie vor ein intensiver Wettbewerb zu beobachten. Dies liegt vor allem an der Präsenz aller großen Filialbanken, der Direktbanken und der gerade in der Hauptstadt rasant steigenden Konkurrenz aus dem Nichtbankensektor. Weitere Herausforderungen und Belastungen ergeben sich aus den aufsichtsrechtlichen Anforderungen, die einer voraussichtlich dauerhaft hohen Dynamik unterliegen.

Auch die anhaltende Niedrigzinsphase wirkt sich weiterhin ertragsbelastend aus. Weitere externe Einflussfaktoren wie die fortschreitende Digitalisierung, das veränderte Kundenverhalten, neue Wettbewerber sowie zunehmender Ertrags- und Kostendruck haben zusätzliche Auswirkungen auf die LBB/BSK. Diese strukturellen Veränderungen erfordern gleichzeitig aber die Möglichkeit der persönlichen Betreuung der Kunden sowie eine breite Präsenz der LBB/BSK in der Fläche.

Die LBB/BSK plant für das Geschäftsjahr 2018 ein Ergebnis vor Steuern in Höhe von 86 Mio. €, das vollständig an die LBBH abgeführt werden soll.

# Bilanz der Landesbank Berlin AG zum 31.12.2017

Aktivseite	Anhang Textziffern	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
<b>Barreserve</b>						
a) Kassenbestand				392.983		351.331
b) Guthaben bei Zentralnotenbanken				352.282		367.131
darunter: bei der Deutschen Bundesbank		352.282				(367.131)
					745.265	718.462
<b>Forderungen an Kreditinstitute</b>	1, 19					
a) Hypothekendarlehen				0		0
b) Kommunalkredite				2.266.489		1.150.465
c) andere Forderungen				8.640.198		11.562.326
darunter: täglich fällig		732.376				(1.408.845)
gegen Beleihung von Wertpapieren		0				(0)
					10.906.687	12.712.791
<b>Forderungen an Kunden</b>	2, 19					
a) Hypothekendarlehen				7.747.203		6.710.886
b) Kommunalkredite				2.564.263		2.632.200
c) andere Forderungen				10.110.909		8.652.119
darunter: gegen Beleihung von Wertpapieren		13.759				(15.452)
					20.422.375	17.995.205
<b>Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere</b>	3, 9, 19					
a) Geldmarktpapiere						
aa) von öffentlichen Emittenten			0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
ab) von anderen Emittenten			0			0
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		0				(0)
				0		0
b) Anleihen und Schuldverschreibungen						
ba) von öffentlichen Emittenten			2.481.686			3.009.727
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		2.459.065				(2.939.329)
bb) von anderen Emittenten			7.404.641			8.249.807
darunter: beleihbar bei der Deutschen Bundesbank		7.137.747				(7.509.227)
				9.886.327		11.259.534
c) eigene Schuldverschreibungen				10.796		11.249
Nennbetrag		10.000				(10.100)
					9.897.123	11.270.783
<b>Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere</b>	4, 9				276.740	272.015
<b>Beteiligungen</b>	5, 9				163.020	160.670
darunter: an Kreditinstituten		24.327				(24.327)
an Finanzdienstleistungsinstituten		32.484				(32.484)
<b>Anteile an verbundenen Unternehmen</b>	5, 9				288.895	267.962
darunter: an Kreditinstituten		281.495				(258.979)
an Finanzdienstleistungsinstituten		0				(0)
<b>Treuhandvermögen</b>					31.871	0
darunter: Treuhandkredite		0				(0)
<b>Immaterielle Anlagewerte</b>	6					
a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte				3.413		1.309
b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten				13.861		16.256
c) Geschäfts- oder Firmenwert				0		0
d) geleistete Anzahlungen				0		0
					17.274	17.565
<b>Sachanlagen</b>	6				83.757	79.273
<b>Sonstige Vermögensgegenstände</b>	7				1.167.248	1.413.281
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	8					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				24.385		34.898
b) andere				808.180		930.815
					832.565	965.713
<b>Summe der Aktiva</b>					<b>44.832.820</b>	<b>45.873.720</b>

<b>Passivseite</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Vorjahr Tsd. €</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten</b>	<b>10</b>					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				191.776		146.380
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				97.181		51.062
c) andere Verbindlichkeiten				5.138.195		6.066.304
darunter: täglich fällig		779.421				(828.157)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>5.427.152</b>	<b>6.263.746</b>
<b>Verbindlichkeiten gegenüber Kunden</b>	<b>11</b>					
a) begebene Hypotheken-Namenspfandbriefe				474.227		321.226
b) begebene öffentliche Namenspfandbriefe				108.884		160.141
c) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist						
ca) von drei Monaten			4.981.146			2.598.390
cb) von mehr als drei Monaten			14.929			2.597.018
				4.996.075		5.195.408
d) andere Verbindlichkeiten				22.546.729		22.017.811
darunter: täglich fällig		20.697.517				(19.298.965)
zur Sicherstellung aufgenommener Darlehen an den Darlehensgeber ausgehändigte Hypotheken-Namenspfandbriefe		0				(0)
und öffentliche Namenspfandbriefe		0				(0)
					<b>28.125.915</b>	<b>27.694.586</b>
<b>Verbriefte Verbindlichkeiten</b>	<b>12</b>					
a) begebene Schuldverschreibungen						
aa) Hypothekendarlehen			3.346.325			2.979.158
ab) öffentliche Pfandbriefe			576.869			657.654
ac) sonstige Schuldverschreibungen			708.987			1.459.780
				4.632.181		5.096.592
b) andere verbiefte Verbindlichkeiten				0		0
darunter: Geldmarktpapiere		0				(0)
					<b>4.632.181</b>	<b>5.096.592</b>
<b>Treuhandverbindlichkeiten</b>					<b>31.871</b>	<b>0</b>
darunter: Treuhandkredite		0				(0)
<b>Sonstige Verbindlichkeiten</b>	<b>13</b>				<b>1.193.320</b>	<b>1.312.742</b>
<b>Rechnungsabgrenzungsposten</b>	<b>14</b>					
a) aus dem Emissions- und Darlehensgeschäft				27.428		34.533
b) andere				750.159		885.526
					<b>777.587</b>	<b>920.059</b>
<b>Rückstellungen</b>	<b>15</b>					
a) Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen				1.019.985		960.722
b) Steuerrückstellungen				3.455		3.339
c) andere Rückstellungen				492.080		518.010
					<b>1.515.520</b>	<b>1.482.071</b>
<b>Nachrangige Verbindlichkeiten</b>	<b>16</b>				<b>832.473</b>	<b>845.123</b>
<b>Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>					<b>135.558</b>	<b>97.558</b>
davon Sonderposten nach § 340e Abs. 4 HGB		7.223				(7.223)

<b>Passivseite</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Vorjahr Tsd. €</b>
<b>Eigenkapital</b>	17					
a) Eingefordertes Kapital						
Gezeichnetes Kapital						
aa) Grundkapital			1.200.000			1.200.000
ab) Stille Einlage			0			0
abzüglich nicht eingeforderter ausstehender Einlagen			0			0
				1.200.000		1.200.000
b) Kapitalrücklage				920.038		920.038
c) Gewinnrücklagen						
ca) gesetzliche Rücklage			0			0
cb) Rücklage für Anteile an einem herrschenden oder mehrheitlich beteiligten Unternehmen			0			0
cc) satzungsmäßige Rücklagen			0			0
cd) andere Gewinnrücklagen			41.205			41.205
				41.205		41.205
d) Bilanzgewinn/Bilanzverlust				0		0
					2.161.243	2.161.243
<b>Summe der Passiva</b>					<b>44.832.820</b>	<b>45.873.720</b>

<b>Eventualverbindlichkeiten</b>	29					
b) Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und aus Gewährleistungsverträgen					790.563	1.119.575
					<b>790.563</b>	<b>1.119.575</b>
<b>Andere Verpflichtungen</b>	29					
c) Unwiderrufliche Kreditzusagen					2.752.811	2.131.079
					<b>2.752.811</b>	<b>2.131.079</b>



# Gewinn- und Verlustrechnung der Landesbank Berlin AG für die Zeit vom 01.01. bis zum 31.12.2017

Aufwendungen	Anhang Textziffern	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Tsd. €	Vorjahr Tsd. €
<b>Zinsaufwendungen</b>	16, 20, 27					
a) Zinsaufwendungen ohne Berücksichtigung positiver Zinsen				100.233		138.910
b) positive Zinsen				-42.031		-41.421
					<b>58.202</b>	<b>97.489</b>
davon: Aufzinsung der bankspezifischen Rückstellungen				43		(97)
<b>Provisionsaufwendungen</b>	21, 27				<b>160.345</b>	<b>150.954</b>
<b>Allgemeine Verwaltungsaufwendungen</b>	22					
a) Personalaufwand						
aa) Löhne und Gehälter			229.783			231.633
ab) Soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung			96.531			53.031
darunter: für Altersversorgung		59.252				(15.404)
				326.314		284.664
b) andere Verwaltungsaufwendungen				470.593		468.052
					<b>796.907</b>	<b>752.716</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen</b>	6				<b>17.822</b>	<b>21.001</b>
<b>Sonstige betriebliche Aufwendungen</b>	23				<b>101.427</b>	<b>326.542</b>
davon: Aufzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				49.361		(59.259)
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Forderungen und bestimmte Wertpapiere sowie Zuführungen zu Rückstellungen im Kreditgeschäft</b>	24				<b>98.715</b>	<b>18.446</b>
<b>Abschreibungen und Wertberichtigungen auf Beteiligungen, Anteile an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelte Wertpapiere</b>	9				<b>381</b>	<b>24.139</b>
<b>Aufwendungen aus Verlustübernahme</b>					<b>120</b>	<b>11</b>
<b>Steuern vom Einkommen und vom Ertrag</b>	26				<b>0</b>	<b>-2</b>
<b>Sonstige Steuern, soweit nicht unter „Sonstige betriebliche Aufwendungen“ ausgewiesen</b>					<b>878</b>	<b>-1.384</b>
<b>Zuführungen zum Fonds für allgemeine Bankrisiken</b>					<b>38.000</b>	<b>90.000</b>
<b>Auf Grund einer Gewinngemeinschaft, eines Gewinnabführungs- oder eines Teilgewinnabführungsvertrages abgeführte Gewinne</b>					<b>86.000</b>	<b>181.000</b>
<b>Jahresüberschuss</b>					<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Summe der Aufwendungen</b>					<b>1.358.797</b>	<b>1.660.912</b>

<b>Erträge</b>	<b>Anhang Textziffern</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Tsd. €</b>	<b>Vorjahr Tsd. €</b>
<b>Zinserträge aus</b>	20, 27					
a) Kredit- und Geldmarktgeschäften						
aa) Zinserträge ohne Berücksichtigung negativer Zinsen			757.802			775.551
ab) negative Zinsen			-28.330			-24.678
				729.472		750.873
b) festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen						
ba) Zinserträge ohne Berücksichtigung negativer Zinsen			43.426			67.965
bb) negative Zinsen			0			0
				43.426		67.965
					<b>772.898</b>	<b>818.838</b>
<b>Laufende Erträge aus</b>	20, 27					
a) Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren				2.183		2.224
b) Beteiligungen				9.140		15.025
b) Anteilen an verbundenen Unternehmen				22.517		24.366
					<b>33.840</b>	<b>41.615</b>
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften, Gewinnab- führungs- oder Teilgewinnabführungsverträgen</b>	20, 27				<b>264</b>	<b>405</b>
<b>Provisionserträge</b>	21, 27				<b>442.508</b>	<b>384.992</b>
<b>Erträge aus Zuschreibungen zu Beteiligungen, Anteilen an verbundenen Unternehmen und wie Anlagevermögen behandelten Wertpapieren</b>	5, 9				<b>32.861</b>	<b>101.468</b>
<b>Sonstige betriebliche Erträge</b>	23				<b>76.426</b>	<b>313.594</b>
davon: Abzinsung der nicht-bankspezifischen Rückstellungen				437		(0)
<b>Jahresfehlbetrag</b>					<b>-</b>	<b>-</b>
<b>Summe der Erträge</b>					<b>1.358.797</b>	<b>1.660.912</b>

## Eigenkapitalspiegel

	Gezeichnetes Kapital	Kapitalrücklage	Gewinnrücklagen	Bilanzgewinn/ Bilanzverlust	Eigenkapital gesamt
in Mio. €	Grundkapital		andere Gewinnrücklagen		
<b>Stand zum 31.12.2016</b>	<b>1.200</b>	<b>920</b>	<b>41</b>	<b>0</b>	<b>2.161</b>
Kapitalerhöhungen	0	0	0	0	0
Kapitalherabsetzungen	0	0	0	0	0
<b>Stand zum 31.12.2017</b>	<b>1.200</b>	<b>920</b>	<b>41</b>	<b>0</b>	<b>2.161</b>

## Kapitalflussrechnung

für die Zeit vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017

Als kapitalmarktorientiertes Unternehmen, das nicht zur Aufstellung eines Konzernabschlusses verpflichtet ist, hat die Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) nach § 264 Absatz 1 Satz 2 HGB den Jahresabschluss um eine Kapitalflussrechnung zu erweitern. Die Darstellung der Kapitalflussrechnung erfolgt in enger Anlehnung an die Anlage 2 des Deutschen Rechnungslegungs Standards Nr. 21 (DRS 21).

Die Kapitalflussrechnung informiert über Stand und Entwicklung der Zahlungsmittel des Geschäftsjahres, getrennt nach den Bereichen laufende Geschäftstätigkeit, Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit.

Für Kreditinstitute ist die Aussagefähigkeit der Kapitalflussrechnung als gering anzusehen, da sie keinen Aufschluss über die tatsächliche Liquiditätssituation ermöglicht. Die Kapitalflussrechnung ersetzt für die LBB/BSK weder die Liquiditäts- beziehungsweise Finanzplanung noch wird sie als Steuerungsinstrument eingesetzt.

in Mio. €	2017	2016
<b>Jahresüberschuss</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Abschreibungen, Wertberichtigungen und Zuschreibungen auf Forderungen und Gegenstände des Anlagevermögens	148	146
Erfolgswirksame Veränderungen der Rückstellungen	178	175
Andere zahlungsunwirksame Aufwendungen und Erträge	82	167
Gewinn/Verlust aus der Veräußerung von Gegenständen des Anlagevermögens	-26	-82
Sonstige Anpassungen (Saldo)	-33	-32
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kreditinstitute	1.758	2.191
Zunahme/Abnahme der Forderungen an Kunden	-2.510	-1.306
Zunahme/Abnahme der Handelsaktiva	0	1.033
Zunahme/Abnahme der Wertpapiere (soweit nicht Finanzanlagen oder Handelsaktiva)	254	51
Zunahme/Abnahme anderer Aktiva aus operativer Geschäftstätigkeit	360	-1.564
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	-744	-2.887
Zunahme/Abnahme der Verbindlichkeiten gegenüber Kunden	348	837
Zunahme/Abnahme verbriefteter Verbindlichkeiten	-462	-774
Zunahme/Abnahme der Handelspassiva	0	-547
Zunahme/Abnahme anderer Passiva aus operativer Geschäftstätigkeit	-377	1.116
Zinsaufwendungen/Zinserträge	-715	-721
Ertragsteueraufwand/-ertrag	0	-1
Erhaltene Zinszahlungen und Dividendenzahlungen	854	689
Gezahlte Zinsen	-156	107
Außerordentliche Einzahlungen	0	0
Außerordentliche Auszahlungen	0	0
Ertragsteuerzahlungen	0	-1
<b>Cashflow aus laufender Geschäftstätigkeit</b>	<b>-1.041</b>	<b>-1.403</b>
Einzahlungen aus Abgängen des Finanzanlagevermögens	1.543	1.905
Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	-452	-648
Einzahlungen aus Abgängen des Sachanlagevermögens	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	-15	-8
Einzahlungen aus Abgängen des immateriellen Anlagevermögens	0	0
Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	-8	-4
Mittelveränderungen aus sonstiger Investitionstätigkeit (Saldo)	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
<b>Cashflow aus Investitionstätigkeit</b>	<b>1.068</b>	<b>1.245</b>
Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0
Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen	0	0
Einzahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Auszahlungen aus außerordentlichen Posten	0	0
Gezahlte Dividenden	0	0
Mittelveränderungen aus sonstigem Kapital (Saldo)	0	0
<b>Cashflow aus Finanzierungstätigkeit</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Finanzmittelfonds zum 1.1.</b>	<b>718</b>	<b>876</b>
Zahlungswirksame Veränderungen des Finanzmittelfonds	27	-158
Wechselkurs- und bewertungsbedingte Änderungen des Finanzmittelfonds	0	0
<b>Finanzmittelfonds zum 31.12.</b>	<b>745</b>	<b>718</b>

Im Rahmen der Kapitalflussrechnung wird der Finanzmittelfonds der LBB/BSK zu Beginn des Geschäftsjahres durch die Abbildung der Zahlungsströme (Cashflows) aus der

- laufenden Geschäftstätigkeit,
- Investitionstätigkeit sowie der
- Finanzierungstätigkeit

auf den am Ende des Geschäftsjahres zur Verfügung stehenden Finanzmittelfonds übergeleitet. Die Summe aus diesen Zahlungsströmen entspricht der Veränderung des Finanzmittelfonds in der Berichtsperiode. Der Finanzmittelfonds umfasst den Kassenbestand und die Guthaben bei der Deutschen Bundesbank.

Der Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit wird ausgehend vom Jahresüberschuss nach der indirekten Methode dargestellt. Danach wird der Jahresüberschuss um alle nicht zahlungswirksamen Erträge und Aufwendungen bereinigt. Gemäß DRS 21 werden insbesondere zahlungswirksame Zins- und Dividendenzahlungen sowie Steuerzahlungen im Cashflow aus der laufenden Geschäftstätigkeit gesondert ausgewiesen. Demnach wird der Jahresüberschuss zunächst in der Position „Sonstige Anpassungen (Saldo)“ unter anderem um das Zinsergebnis sowie die Ertragsteueraufwendungen bereinigt.

Der Cashflow aus Investitionstätigkeit resultiert im Wesentlichen aus Ein- und Auszahlungen im Zusammenhang mit der Veräußerung oder dem Erwerb von Finanzanlagen, Sachanlagen und immateriellen Vermögensgegenständen.

In der Mittelveränderung aus der Finanzierungstätigkeit werden neben den Beziehungen zu den Eigenkapitalgebern insbesondere die Veränderungen aus der Bereitstellung beziehungsweise Rückzahlung von nachrangigen Verbindlichkeiten berücksichtigt.

# Anhang der Landesbank Berlin AG 2017

Die Landesbank Berlin AG, Berlin, (LBB) ist Tochtergesellschaft der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin, (LBBH) und in den Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft der S-Finanzgruppe mbH & Co. KG, Neuhardenberg, (Erwerbsgesellschaft) einbezogen (kleinster und größter Konsolidierungskreis i.S.d. § 285 Nr. 14 und 14a HGB).

Der Konzernabschluss der Erwerbsgesellschaft wird im elektronischen Bundesanzeiger veröffentlicht.

Sitz der LBB ist Berlin. Die Gesellschaft ist unter der Nummer HRB 99726 B im Register des Amtsgerichts Berlin-Charlottenburg eingetragen.

Der gesamte Geschäftsbetrieb der LBB wird unabhängig vom Marktauftritt in der Berliner Sparkasse abgebildet. Die Berliner Sparkasse (BSK) ist eine teilrechtsfähige Anstalt des öffentlichen Rechts. Sie wird als Zweigniederlassung der nicht börsennotierten Aktiengesellschaft Landesbank Berlin AG geführt. Im Folgenden wird daher die Bezeichnung Landesbank Berlin AG/Berliner Sparkasse (LBB/BSK) verwendet.

## Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Der Jahresabschluss der LBB/BSK wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung der Rechnungslegungsvorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) für große Kapitalgesellschaften und des Aktiengesetzes, erweitert durch die Vorschriften der Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute (RechKredV), aufgestellt. Ergänzend wurden die Vorschriften der Satzung beachtet.

Die Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden wurden beibehalten; Ausnahmen hiervon werden in den nachfolgenden Abschnitten ergänzend zu unverändert gültigen Methoden dargestellt.

Der Jahresabschluss wurde auf der Grundlage einer Fortführung der Unternehmens-tätigkeit aufgestellt (§ 252 Abs. 1 Nr. 2 HGB).

### **Bilanzierung**

Forderungen, die unter die Detailvereinbarung mit dem Land Berlin fallen (Näheres unter Haftungsverhältnissen), wurden unverändert den Kommunalkrediten zugeordnet, da die Detailvereinbarung eine Gewährleistung der betreffenden Kredite durch das Land Berlin vorsieht.

Zur Absicherung von befristet überlassenen Einlagen in Fremdwährung werden in der LBB/BSK u. a. Devisenswapgeschäfte abgeschlossen. Im Berichtsjahr wurde das zinsinduzierte Ergebnis aus Devisenswapgeschäften dem Zinsüberschuss (bisher den sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträgen) zugewiesen, um durch einheitlichen Ausweis der zinsinduzierten Erfolgsgrößen aus den Grund- und Sicherungsgeschäften im Zinsüberschuss den wirtschaftlichen Zusammenhang im Rechnungswesen abzubilden. Vorjahresangaben wurden nicht angepasst.

### **Bewertung**

Die Bewertung der Vermögensgegenstände, der Verbindlichkeiten und der schwebenden Geschäfte erfolgte nach den Vorschriften der §§ 252 ff. HGB in Verbindung mit den §§ 340 ff. HGB. Die Verordnung über die Rechnungslegung der Kreditinstitute wurde beachtet. Bei Vermögensgegenständen, die gemäß § 340e Abs. 1 Satz 1 HGB nach den für das Anlagevermögen geltenden Vorschriften bewertet werden und deren Nutzung zeitlich begrenzt ist, werden planmäßige Abschreibungen vorgenommen.

### **Forderungen und Verbindlichkeiten**

Forderungen an Kreditinstitute und Kunden sind grundsätzlich mit dem Nominalbetrag angesetzt. Agien und Damnumbeträge werden in die aktiven bzw. passiven Rechnungsabgrenzungsposten eingestellt und planmäßig aufgelöst. Abgezinste Verbindlichkeiten werden mit dem Zeitwert, andere Verbindlichkeiten mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Erkennbaren Risiken im Kreditgeschäft wurde durch die Bildung von Einzelwertberichtigungen ausreichend Rechnung getragen. Für latente Risiken im Forderungsbestand bestehen Pauschalwertberichtigungen. Konzerninterne Forderungen werden nicht in die Ermittlung der Pauschalwertberichtigungen einbezogen. Uneinbringliche Zinsen werden nicht vereinnahmt.

### **Finanzanlagen**

Finanzanlagen sind zu fortgeführten Anschaffungskosten bewertet. Bei voraussichtlich dauernder Wertminderung werden Abschreibungen gemäß dem Niederstwertprinzip vorgenommen. Wertpapiere des Anlagevermögens werden bei vom Nominalwert abweichenden Anschaffungskosten bis zum jeweiligen Fälligkeitstermin linear auf den Nominalwert hoch- bzw. abgeschrieben.

Bei nur vorübergehender Wertminderung wird grundsätzlich gemäß § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Verbindung mit § 340e Abs. 1 HGB der Wert beibehalten. Davon abweichend werden Investmentfondsanteile im Anlagevermögen auch bei nur vorübergehender Wertminderung mit dem niedrigeren beizulegenden Wert gemäß § 253 Abs. 3 Satz 6 HGB angesetzt.

**Wertpapiere der Liquiditätsreserve**

Wertpapiere der Liquiditätsreserve werden zum Bewertungsstichtag mit den ursprünglichen Anschaffungskosten bzw. dem niedrigeren Börsen- oder Marktpreis angesetzt (strenges Niederstwertprinzip, § 253 Abs. 4 HGB). Sofern der Börsen- oder Marktpreis gegenüber dem vorangegangenen Bilanzstichtag wieder gestiegen ist, erfolgt eine Zuschreibung bis maximal zu den ursprünglichen Anschaffungskosten (§ 253 Abs. 5 HGB).

**Handelsbestand**

Mit der strategischen Entscheidung, die LBB/BSK seit dem 1. Januar 2016 als Nicht-handelsbuch-Institut aufzustellen, hatte der Vorstand gleichfalls beschlossen, alle Handelsgeschäfte vollständig und dauerhaft einzustellen, die eine kurzfristige Erzielung eines Eigenhandelserfolgs beabsichtigen. Mit der Aufgabe der Handelsabsicht lag ein außergewöhnlicher Umstand nach § 340e Abs. 3 HGB vor, wonach ausnahmsweise auch eine Umgliederung aus dem Handelsbestand möglich war. Hiervon machte die LBB/BSK Gebrauch und weist seither keinen Handelsbestand mehr aus.

Für die umgliederten Handelsbestände wurden die Zeitwerte zum 1. Januar 2016 (Umgliederungszeitpunkt) als neue Anschaffungskosten angesetzt. Seither werden für diese Finanzinstrumente die Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften für Vermögensgegenstände, Verbindlichkeiten und schwebende Geschäfte des Nicht-Handelsbestands angewendet.

**Kreditderivate**

Kreditderivate werden entsprechend der Stellungnahme IDW RS BFA 1 bilanziert.

Für Credit Default Swaps, bei denen die LBB/BSK die Position eines Sicherungsgebers einnimmt und die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, finden die Regeln für gestellte Kreditsicherheiten Anwendung. Ist am Abschlussstichtag ernsthaft mit dem Eintritt des Kreditereignisses zu rechnen, wird eine Verbindlichkeitsrückstellung in Höhe des nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendigen Erfüllungsbetrags gebildet.

Credit Default Swaps, bei denen die LBB/BSK die Position eines Sicherungsnehmers einnimmt und die nicht einer Bewertungseinheit gemäß § 254 HGB zugeordnet sind, werden nach den für schwebende Geschäfte entwickelten Grundsätzen imparitatisch behandelt.

**Marktbewertung**

Soweit Marktwerte verfügbar sind, werden diese als beizulegende Werte herangezogen. Im Falle nicht aktiver Märkte erfolgt die Ermittlung der beizulegenden Werte auf Basis von diskontierten Cashflows, wobei in die Diskontfaktoren am Markt beobachtbare Zinsen, allgemeine Credit Spreads (externe Kategorienspreads nach Branche, Herkunft und Rating) und individuelle Credit Spreads (instrument- und emittentenspezifisch) eingehen. Für die Bestimmung Letzterer werden in einer differenzierten Betrachtung die zuletzt beobachteten plausiblen individuellen Spreads oder aktuellere Spreads verwandter Bonds oder Credit Default Swaps sowie eigene Einschätzungen herangezogen, die sich zum Beispiel aus Stützungsaktionen von Staaten ergeben.



Bei der Ermittlung positiver und negativer Marktwerte von Derivaten werden ebenfalls grundsätzlich Börsenpreise zugrunde gelegt. Bei fehlenden Börsenpreisen wird der Marktwert anhand von branchenüblichen finanzmathematischen Bewertungsverfahren, insbesondere Barwertverfahren und Optionspreismodellen errechnet. Die in die Bewertungsmodelle eingehenden Parameter werden zum Bilanzstichtag anhand von verfügbaren Marktkonditionen ermittelt.

Die Steuerung der Zinsmarge aller dem Bankbuch zugeordneten Geschäfte erfolgt gesamtheitlich. Im Zusammenhang mit der verlustfreien Bewertung des Bankbuches gemäß IDW RS BFA 3 werden die Buchwerte der zugeordneten Finanzinstrumente deren Barwerten gegenübergestellt. Nach Berücksichtigung von Refinanzierungs-, Risiko- und Verwaltungskosten ergibt sich kein Verpflichtungsüberschuss. Eine Rückstellung wurde nicht gebildet.

### **Bewertungseinheiten**

Grundsätzlich werden alle ökonomischen Sicherungsbeziehungen als Bewertungseinheit nach § 254 HGB dargestellt, es sei denn, sie sind Teil der Gesamtbanksteuerung. In diesem Fall werden ökonomische Sicherungsbeziehungen im Rahmen der Anwendung von IDW RS BFA 3 berücksichtigt.

Somit werden Bestände, die im direkten Zusammenhang mit einem betrag-, währungs- und laufzeitkongruenten Sicherungsderivat stehen, als Bewertungseinheit betrachtet und entsprechend § 254 HGB behandelt. Hierbei werden Grundgeschäfte gegen Zinsänderungs- und/oder Währungsrisiken abgesichert. Es werden ausschließlich Bewertungseinheiten auf Micro-Ebene gebildet, d. h., dass den Wertänderungen aus dem abgesicherten Risiko des Grundgeschäfts einzelne Sicherungsinstrumente gegenüberstehen. Zum Nachweis des Ausgleichs der gegenläufigen Wertveränderungen aus dem Grund- und Sicherungsgeschäft wendet die LBB/BSK für alle Bewertungseinheiten die Critical-Terms-Match-Methode an. Im Rahmen dieser Methode wird dokumentiert, dass die wesentlichen Parameter zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft übereinstimmen. Vor diesem Hintergrund wird davon ausgegangen, dass sich die Wertveränderungen zwischen Grund- und Sicherungsgeschäft vom Beginn der dokumentierten Bildung der Bewertungseinheit bis zur Fälligkeit der Geschäfte, bezogen auf das abgesicherte Risiko, vollständig ausgleichen. Derzeit werden keine Bewertungseinheiten gebildet, in die mit hoher Wahrscheinlichkeit erwartete Transaktionen einbezogen werden.

Der wirksame Teil einer Bewertungseinheit wird bilanziell entsprechend der Einfrierungsmethode abgebildet. Die bilanzielle Abbildung für darüber hinaus bestehende Unwirksamkeiten aus dem nicht abgesicherten Risiko richtet sich danach, ob diese dem Grundgeschäft (Darlehen oder Wertpapier) oder dem Sicherungsgeschäft (Derivat) zuzurechnen sind. Ist die negative Unwirksamkeit dem Derivat zuzurechnen, erfolgt eine entsprechende bilanzielle Vorsorge in Höhe der Unwirksamkeit. Bei Wertpapieren wird nur dann eine bilanzielle Vorsorge gebucht, wenn diese auf Basis der Anwendung des gemilderten (Anlagevermögen) bzw. strengen Niederstwertprinzips (Liquiditätsbestand) erforderlich ist. Positive Unwirksamkeiten bleiben dem Realisationsprinzip folgend ohne bilanziellen Ansatz.

### Aufrechnung

Forderungen und Verbindlichkeiten, die aus Geschäften mit der Eurex Clearing AG resultieren (Wertpapierpensions-, Optionsgeschäfte), werden miteinander aufgerechnet, sofern kumulativ erfüllt ist, dass diese Geschäfte in der gleichen Währung geführt werden und über gleiche Fälligkeiten verfügen.

Zum 31. Dezember 2017 betrug der Aufrechnungsbetrag in Summe 1.345,7 Mio. € (Vj.: 1.714,2 Mio. €).

### Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen

Sachanlagen und Immaterielle Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten bewertet, vermindert – soweit es sich um abnutzbare Vermögensgegenstände handelt – um planmäßige, überwiegend lineare Abschreibungen entsprechend der betriebsgewöhnlichen Nutzungsdauer mit den steuerlich zulässigen Höchstwerten.

<b>Immaterielle Anlagewerte/Sachanlagen</b>	<b>Nutzungsdauer</b>
Gebäude	25/33/50 Jahre
Mietereinbauten	15/25/33 Jahre
Einrichtungsgegenstände	8–13 Jahre
Betriebsvorrichtungen	5–25 Jahre
Büromaschinen/EDV-Anlagen	3–8 Jahre
Fernsprechanlagen	8–11 Jahre
Kraftfahrzeuge	6 Jahre
Software	3–5 Jahre

Geringwertige Wirtschaftsgüter mit Anschaffungskosten bis 150,- € werden im Jahr der Anschaffung vollständig abgeschrieben und im Anlagespiegel als Abgang behandelt. Für Wirtschaftsgüter bis 1.000,- € netto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die über 5 Jahre abgeschrieben werden. Das Wahlrecht nach § 6 Abs. 2a EStG wird seit Einführung einheitlich ausgeübt. Für Wirtschaftsgüter bis maximal 2.000,- € brutto wird eine Aktivierung auf Sammelanlagen vorgenommen, die differenziert je nach Anlagegruppe über 3 bis 13 Jahre abgeschrieben werden.

### Rückstellungen

Die Ermittlung der Pensionsrückstellungen erfolgt durch externe versicherungsmathematische Sachverständige nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren (Projected Unit Credit Method – PUC) bzw. nach dem Barwertverfahren der erreichten Anwartschaft. Sie werden gem. § 253 Abs. 2 Satz 1 HGB mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre abgezinst, der sich bei einer angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Dabei wird ein Zinssatz von 3,68 % (Vj.: 4,01 %) zugrunde gelegt. Als Lohn- und Gehaltssteigerungen werden 0,0–5,0 % (Vj.: 2,5–5,0 %) und als Rententrend 1,0–2,0 % (Vj.: 1,0–2,0 %) angesetzt. Bei der Berechnung wurden die biometrischen Rechnungsgrundlagen (Richttafeln Prof. Heubeck 2005 G, IGSS-Sterbetafeln) verwendet.

Die übrigen Rückstellungen sind zu dem Erfüllungsbetrag angesetzt, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist. Dabei werden Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr gemäß § 253 Abs. 2 HGB abgezinst. Erfolge aus Änderungen des Abzinsungssatzes oder Zinseffekte einer geänderten Schätzung der Restlaufzeit werden in derselben GuV-Position ausgewiesen wie auch die Zuführung bzw. Auflösung.

Für die Bewertung der Restrukturierungsrückstellungen werden Schätzungen und Annahmen getroffen. In die Schätzungen und Annahmen fließen Erfahrungen der letzten Jahre (u. a. Personalraten, durchschnittliche Mietdauern, Kosten von Wartungsverträgen) und erwartete Marktentwicklungen ein.

### **Währungsumrechnung**

Der Jahresabschluss wird in Euro aufgestellt.

Die Umrechnung der auf ausländische Währung lautenden Vermögensgegenstände und Schulden sowie von schwebenden Geschäften erfolgt zu den von der Europäischen Zentralbank zum Jahresende veröffentlichten Referenzkursen. Terminkurse wurden hieraus abgeleitet. Für Währungen, für die die EZB keine Referenzkurse ermittelt, wurden festgestellte Kurse vom 29. Dezember 2017 16:30 Uhr verwendet.

Soweit Vermögensgegenstände, Schulden oder Termingeschäfte durch Vermögensgegenstände, Schulden oder andere Termingeschäfte in derselben Währung besonders gedeckt sind, erfolgt die Erfolgsrealisierung nach § 340h HGB in Verbindung mit § 256a HGB.

## **Nachtragsbericht**

Vorgänge von besonderer Bedeutung, die sich nach Schluss des Geschäftsjahres ergeben haben und die eine deutlich andere Darstellung der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage erfordert hätten, liegen nicht vor.

# Erläuterungen zur Bilanz und zur Gewinn- und Verlustrechnung

## Bilanz

### Aktivseite

#### (1) Forderungen an Kreditinstitute

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit)</b>		
bis drei Monate	5.525	7.417
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.967	1.716
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	3.198	3.402
mehr als fünf Jahre	217	178
<b>Summe</b>	<b>10.907</b>	<b>12.713</b>
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	5.390	4.985
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	36	39
Nachrangige Forderungen	101	40

#### (2) Forderungen an Kunden

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit)</b>		
bis drei Monate	3.359	2.834
mehr als drei Monate bis ein Jahr	1.503	1.304
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	4.994	4.900
mehr als fünf Jahre	10.566	8.957
davon mit unbestimmter Laufzeit	(1.233)	(995)
<b>Summe</b>	<b>20.422</b>	<b>17.995</b>
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Forderungen an verbundene Unternehmen	600	575
Forderungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	119	122
Nachrangige Forderungen	0	44

**(3) Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>von in diesem Bilanzposten enthaltenen Wertpapieren sind:</b>		
börsenfähig	9.897	11.271
börsennotiert	9.861	11.221
nicht börsennotiert	36	50
davon im Folgejahr fällig	2.663	2.753

Für folgende Wertpapiere des Anlagevermögens wurde auf Abschreibungen auf den beizulegenden Zeitwert gem. § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB verzichtet, weil die Wertminderung nicht als dauerhaft angesehen wird:

in Mio. €	Buchwerte	beizulegende Zeitwerte	unterlassene Abschreibungen kumuliert	
	31.12.2017			31.12.2016
Schuldverschreibungen	56	56	0	3
<b>Insgesamt</b>	<b>56</b>	<b>56</b>	<b>0</b>	<b>3</b>

Die LBB/BSK hat die Absicht und die Fähigkeit, vorübergehend im Wert geminderte Wertpapiere des Anlagevermögens bis zur Endfälligkeit zu halten. Dabei unterliegen die Positionen einem laufenden standardisierten Überwachungsverfahren. In der LBB/BSK werden Wertminderungen für Schuldverschreibungen als nicht dauerhaft angesehen, wenn sie allein auf zins-, liquiditäts- bzw. credit-spread-induzierte Wertschwankungen zurückzuführen sind. Da die hier ausgewiesenen Wertminderungen nicht auf eine wesentliche Verschlechterung der Bonität der Emittenten zurückzuführen sind und keine Zweifel an der künftig störungsfreien Bedienung der Zinszahlungen und Tilgungen bestehen, war keine dauernde Wertminderung zum Bilanzstichtag anzunehmen. Im Falle, dass dauerhafte Wertminderungen identifiziert werden, erfolgt eine entsprechende Abschreibung auf den beizulegenden Zeitwert.

**(4) Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>von in diesem Bilanzposten enthaltenen Wertpapieren sind:</b>		
börsenfähig	66	63
börsennotiert	0	3
nicht börsennotiert	66	60

Folgende Anteile oder Anlageaktien an inländischem Investmentvermögen oder vergleichbaren ausländischen Investmentanteilen überstiegen eine Anteilsquote von 10 %:

31.12.2017 in Mio. €	Buchwert (BW)	Marktwert (MW)	Differenz MW-BW	Aus- schüttung	unterlassene Abschreibun- gen
Rentenfonds	262	266	4	2	0

**(5) Beteiligungen und Anteile an verbundenen Unternehmen**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>im Bilanzposten Beteiligungen sind enthalten:</b>		
börsenfähig	3	3
börsennotiert	0	0
nicht börsennotiert	3	3
<b>im Bilanzposten Anteile an verbundenen Unternehmen sind enthalten:</b>		
börsenfähig	0	0
börsennotiert	0	0
nicht börsennotiert	0	0

Die LBB/BSK hat die von ihr gehaltenen Anteile an der ConCardis GmbH, Eschborn, (2,169 %) mit Closing am 26. Juli 2017 verkauft. Aus dem Verkauf wurde ein Erfolg in Höhe von 13,5 Mio. € erzielt.

**Liste des Anteilsbesitzes nach §§ 285 Nr. 11, 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB, einschließlich der Angaben gem. § 285 Nr. 11a HGB**

Stand: 31. Dezember 2017 in Tsd. €

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
<b>Verbundene Unternehmen</b>					
1.	BSK Immobilien GmbH, Berlin <sup>1), 2)</sup>	100,00		103	2
2.	CidS! Computer in die Schulen gemeinnützige Gesellschaft mbH, Berlin <sup>2)</sup>	100,00		100	-26
3.	Grundstücksgesellschaft Bad Freienwalde/Gardelegen GbR, Berlin <sup>2), 7)</sup>	10,12		-45.156	-1.838
4.	Grundstücksgesellschaft Lehrter Straße GbR, Berlin <sup>2)</sup>	99,93		-4.010	38
5.	Grundstücksgesellschaft Weichselstraße GbR – STADT UND LAND-Fonds 1 –, Berlin <sup>4)</sup>	75,63		-4.394	-143
6.	LBB Re Luxembourg S.A., Luxemburg <sup>2)</sup>	100,00		3.400	0
7.	S-Kreditpartner GmbH, Berlin <sup>2), 6)</sup>	66,67		445.635	33.775
8.	Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin <sup>1), 2)</sup>	100,00		1.036	0
9.	Wilkendorf Bau- und Projektentwicklungsgesellschaft mbH, Berlin <sup>2)</sup>	100,00		2.637	-17
<b>Sonstige Unternehmen</b>					
10.	AKA Ausfuhrkredit-Gesellschaft mbH, Frankfurt am Main <sup>2)</sup>	2,44		231.752	22.885
11.	BBB Bürgschaftsbank zu Berlin-Brandenburg GmbH, Berlin <sup>2)</sup>	22,07		11.249	450
12.	BÜRGSCHAFTSBANK BRANDENBURG GmbH, Potsdam <sup>2)</sup>	0,76		27.601	1.273
13.	Deka Anteilseigner GmbH, Neuhardenberg <sup>2)</sup>	3,00		50	3
14.	Deka Erwerbsgesellschaft mbH & Co. KG, Neuhardenberg <sup>2)</sup>	3,13		1.820.999	79.963
15.	Deutsche Factoring Bank GmbH & Co. KG, Bremen <sup>2)</sup>	12,00		159.781	24.300
16.	Deutsche Factoring GmbH, Bremen <sup>2)</sup>	12,00		571	2.190
17.	Deutscher Sparkassen- und Giroverband ö.K., Berlin <sup>2)</sup>	3,79		880.746	3.548
18.	Deutscher Sparkassen Verlag Gesellschaft mit beschränkter Haftung, Stuttgart <sup>2)</sup>	2,70		171.671	37.787
19.	Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v. d. Höhe <sup>3)</sup>	3,86		626.764	45.284
20.	EURO Kartensysteme GmbH, Frankfurt am Main <sup>2)</sup>	2,17		11.635	173
21.	Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main <sup>2)</sup>	7,85	7,80	78.030	59.017
22.	Finanz Informatik Verwaltungsgesellschaft mbH, Frankfurt am Main <sup>2)</sup>	6,00		104	1
23.	IFB Institut für Bahntechnik GmbH, Berlin <sup>2)</sup>	6,67		2.064	149
24.	Josef Meyer Immobilien Verwaltungs KG – Alexanderhaus Immobilien-Fonds, Berlin <sup>2)</sup>	29,13		-40.090	6.797
25.	LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Hannover <sup>2)</sup>	12,00		297.458	0
26.	Liquiditäts-Konsortialbank GmbH i. L., Frankfurt am Main <sup>5)</sup>	1,26		230.536	-5.996
27.	Mittelständische Beteiligungsgesellschaft Berlin-Brandenburg GmbH, Potsdam <sup>2)</sup>	15,56		18.278	1.956

1) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

2) Es liegen Daten zum 31. Dezember 2016 vor.

3) Es liegen Daten zum 30. September 2016 vor (abweichender Jahresabschlussstermin).

4) Es liegen Daten zum 31. Dezember 2015 vor.

5) Es liegen Daten zum 2. November 2015 vor.

6) Tochterunternehmen, aber keine Beherrschung trotz Mehrheit der Kapital- und Stimmrechte aufgrund abweichender Regelung in der Satzung bzgl. höherer Mehrheitserfordernisse

7) Im Konzern werden weitere Anteile an dem Unternehmen gehalten, daher erfolgt gem. § 271 Abs. 2 HGB der Ausweis als verbundenes Unternehmen.

8) Umrechnung per 31. Dezember 2016: 1 EUR = 1,056 USD

Lfd. Nr.	Name/Ort	Kapitalanteil	abw. Stimmrechte	Eigenkapital	Ergebnis
<b>Sonstige Unternehmen (Fortsetzung)</b>					
28.	NordEK Norddeutsche Einkaufskordinationsgesellschaft der Berliner Sparkasse und der Norddeutschen Landesbank Girozentrale, Berlin/Hannover <sup>2)</sup>	–	50,00	210	25
29.	Partner für Berlin Holding Gesellschaft für Hauptstadt-Marketing mbH, Berlin <sup>2)</sup>	4,12		1.737	–46
30.	PineBridge New Europe Partners, L. P., Grand Cayman <sup>2), 8)</sup>	11,09		508	–59
31.	RSU Rating Service Unit GmbH & Co. KG, München <sup>2)</sup>	14,20		14.946	1.825
32.	S CountryDesk GmbH, Köln <sup>2)</sup>	2,50		405	32
33.	VISA Inc., San Francisco <sup>3), 8)</sup>	0,01	0,00	31.166.667	5.673.295
34.	WISUS Beteiligungs GmbH & Co. Zweite Vermietungs KG, Pullach <sup>2)</sup>	49,00	36,30	–759	451
<b>Beteiligungen an großen Kapitalgesellschaften (§ 285 Nr. 11, 4. Teilsatz HGB i.V.m. § 340a Abs. 4 Nr. 2 HGB)</b>					
35.	SCHUFA Holding AG, Wiesbaden <sup>2)</sup>	5,10		75.479	28.228

### Verzeichnis der Gesellschaften mit Beherrschungs- und/oder Ergebnisabführungsverträgen mit der Landesbank Berlin AG

Gesellschaft
1. BSK Immobilien GmbH, Berlin
2. Versicherungsservice GmbH Unternehmensgruppe Landesbank Berlin, Berlin

1) Die Gesellschaft hat einen Ergebnisabführungs- und/oder Beherrschungsvertrag.

2) Es liegen Daten zum 31. Dezember 2016 vor.

3) Es liegen Daten zum 30. September 2016 vor (abweichender Jahresabschlussstermin).

4) Es liegen Daten zum 31. Dezember 2015 vor.

5) Es liegen Daten zum 2. November 2015 vor.

6) Tochterunternehmen, aber keine Beherrschung trotz Mehrheit der Kapital- und Stimmrechte aufgrund abweichender Regelung in der Satzung bzgl. höherer Mehrheitsfordernisse

7) Im Konzern werden weitere Anteile an dem Unternehmen gehalten, daher erfolgt gem. § 271 Abs. 2 HGB der Ausweis als verbundenes Unternehmen.

8) Umrechnung per 31. Dezember 2016: 1 EUR = 1,056 USD



**(6) Immaterielle Anlagewerte und Sachanlagen****Immaterielle Anlagewerte**

Die Forschungs- und Entwicklungskosten belaufen sich im Geschäftsjahr auf 5,8 Mio. € (Vj.: 0,6 Mio. €), davon entfallen 2,7 Mio. € (Vj.: 0,1 Mio. €) auf selbst geschaffene Immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens.

**Sachanlagen**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
im Rahmen der eigenen Tätigkeit genutzte Grundstücke und Gebäude	23	23
Betriebs- und Geschäftsausstattung	61	57

**Entwicklung der Immateriellen Anlagewerte und Sachanlagen**

in Mio. €	a) selbst geschaffene gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte	b) entgeltlich erworbene Konzessionen, gew. Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an solchen Rechten und Werten	c) geleistete Anzahlungen	Immaterielle Anlagewerte gesamt	Sachanlagen
<b>Buchwert zum 31.12.2016</b>	2	16	0	18	79
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2016</b>	3	178	0	181	272
Zugänge 2017	2	5	0	7	15
davon aktivierte Zinsen für Fremdkapital	0	0	0	0	0
Abgänge 2017	0	2	0	2	12
Umbuchungen 2017	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2017</b>	5	181	0	186	275
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016</b>	1	162	0	163	193
Zugänge 2017 <sup>1)</sup>	1	7	0	8	10
Abgänge 2017	0	2	0	2	12
Zuschreibungen 2017	0	0	0	0	0
Umbuchungen 2017	0	0	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2017</b>	2	167	0	169	191
<b>Buchwert zum 31.12.2017</b>	3	14	0	17	84

1) Im laufenden Jahr wurden Abschreibungen nach § 253 Abs. 3 Satz 5 HGB in Höhe 1,5 Mio. € (Vj.: 0 Mio. €) vorgenommen.

**(7) Sonstige Vermögensgegenstände**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen aus Collateral	714	947
Forderungen aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	354	362
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	20	21
Übrige	79	83
<b>Insgesamt</b>	<b>1.167</b>	<b>1.413</b>

**(8) Aktive Rechnungsabgrenzungsposten**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag von Forderungen	19	30
Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag von Wertpapieren	0	0
Unterschiedsbetrag zwischen Ausgabe- und Rückzahlungsbetrag von Verbindlichkeiten	5	5

**Mehrere Aktivposten betreffende Angaben****(9) Entwicklung des Finanzanlagevermögens**

in Mio. €	Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	Aktien und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	Beteiligungen	Anteile an verbundenen Unternehmen
<b>Buchwert zum 31.12.2016<sup>1)</sup></b>	<b>3.799</b>	<b>246</b>	<b>161</b>	<b>268</b>
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2016<sup>1)</sup></b>	<b>3.818</b>	<b>278</b>	<b>237</b>	<b>279</b>
Zugänge 2017	425	0	4	23
Abgänge 2017	1.525	0	0	2
Umbuchungen 2017	9	0	0	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	-17	0	0	0
<b>Anschaffungs-/Herstellungskosten zum 31.12.2017<sup>1)</sup></b>	<b>2.710</b>	<b>278</b>	<b>241</b>	<b>300</b>
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2016</b>	<b>19</b>	<b>32</b>	<b>76</b>	<b>11</b>
Zugänge 2017	0	0	0	0
Abgänge 2017	11	0	0	0
Zuschreibungen 2017	0	4	0	0
Umbuchungen 2017	9	0	2	0
Effekte aus Wechselkursänderungen	0	0	0	0
<b>Kumulierte Abschreibungen zum 31.12.2017</b>	<b>17</b>	<b>28</b>	<b>78</b>	<b>11</b>
<b>Buchwert zum 31.12.2017<sup>1)</sup></b>	<b>2.693</b>	<b>250</b>	<b>163</b>	<b>289</b>

1) Nicht enthalten sind anteilige Zinsen. Diese betragen in 2017 17,5 Mio. € (Vj.: 19,8 Mio. €).

## Passivseite

### (10) Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit)</b>		
bis drei Monate	3.793	4.895
mehr als drei Monate bis ein Jahr	506	232
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	538	718
mehr als fünf Jahre	590	419
<b>Summe</b>	<b>5.427</b>	<b>6.264</b>
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	412	549
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	12	11

### (11) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit) Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist von mehr als 3 Monaten</b>		
bis drei Monate	3	96
mehr als drei Monate bis ein Jahr	5	2.491
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	6	9
mehr als fünf Jahre	1	1
<b>Summe</b>	<b>15</b>	<b>2.597</b>
<b>Fristengliederung (Restlaufzeit) Verbindlichkeiten gegenüber Kunden ohne Spareinlagen</b>		
bis drei Monate	22.488	21.915
mehr als drei Monate bis ein Jahr	165	83
mehr als ein Jahr bis fünf Jahre	128	362
mehr als fünf Jahre	349	139
<b>Summe</b>	<b>23.130</b>	<b>22.499</b>
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	138	274
Verbindlichkeiten gegenüber Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	10	12

### (12) Verbriefte Verbindlichkeiten

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	70	67
im Folgejahr fällige begebene Schuldverschreibungen	866	1.063

**(13) Sonstige Verbindlichkeiten**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Verbindlichkeiten aus Collateral	676	821
Verbindlichkeiten aus Optionsgeschäften, Futures und Swaps	336	349
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und sonstigen Leistungen	26	16
Verbindlichkeiten ggü. Finanzbehörden	3	2
Übrige	152	125
<b>Insgesamt</b>	<b>1.193</b>	<b>1.313</b>

**(14) Passive Rechnungsabgrenzungsposten**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>in diesem Bilanzposten sind enthalten:</b>		
Unterschiedsbetrag zwischen Nenn- und Auszahlungsbetrag von Forderungen	3	3

**(15) Rückstellungen**

Entwicklung der Pensionsrückstellungen:

in Mio. €	31.12.2016	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung <sup>1)</sup>	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2017
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	961	40	0	3	59	37	1.020
<b>Insgesamt</b>	<b>961</b>	<b>40</b>	<b>0</b>	<b>3</b>	<b>59</b>	<b>37</b>	<b>1.020</b>

1) Spalte Umbuchung enthält nicht erfolgswirksame Rückstellungsveränderungen.

Aus der Abzinsung der Rückstellungen für Pensionen mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen zehn Geschäftsjahre ergibt sich im Vergleich zur Abzinsung mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre ein Unterschiedsbetrag in Höhe von 163,2 Mio. € (Vj.: 129,0 Mio. €).

Entwicklung der Steuerrückstellungen und der anderen Rückstellungen:

in Mio. €	31.12.2016	Verbrauch	Auflösung	Umbuchung <sup>1)</sup>	Zuführung	Aufzinsung	31.12.2017
<b>Steuerrückstellungen</b>	<b>3</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>3</b>
Restrukturierung	241	33	6	-11	6	8	205
Personalbereich	109	38	1	11	22	2	105
Lieferung und Leistung	41	31	7	0	43	0	46
Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds	31	2	0	0	0	2	31
Kreditgeschäft	9	0	1	0	4	0	12
Sonstige	87	13	13	6	26	0	93
<b>andere Rückstellungen insgesamt</b>	<b>518</b>	<b>117</b>	<b>28</b>	<b>6</b>	<b>101</b>	<b>12</b>	<b>492</b>

1) Spalte Umbuchung enthält nicht erfolgswirksame Rückstellungsveränderungen.

Die Restrukturierungsrückstellungen beinhalten Rückstellungen für nicht mehr selbst genutzte Mietobjekte (Mietzinsdifferenzen bei Untervermietung, Rückbauverpflichtungen bei Mietvertragsende), für den Abbau von Personal und den Rückbau von Informationstechnik.

In den sonstigen anderen Rückstellungen sind weitere Rückstellungen mit Bezug auf das Kundengeschäft in Höhe von 69,3 Mio. € (Vj.: 58,1 Mio. €) enthalten.

### (16) Nachrangige Verbindlichkeiten

Eine vorzeitige Rückzahlungsverpflichtung der nachrangigen Verbindlichkeiten kann nicht entstehen. Im Falle einer Liquidation dürfen sie erst nach Befriedigung aller nicht nachrangigen Gläubiger zurückgezahlt werden.

Bis zum Ende des Jahres 2027 werden 832,5 Mio. € der nachrangigen Verbindlichkeiten zur Rückzahlung fällig (davon im Jahr 2018 128,4 Mio. €). Die Ursprungslaufzeiten liegen zwischen 10 und 30 Jahren.

Die nachrangigen Verbindlichkeiten enthalten Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen in Höhe von 211,9 Mio. € (Vj.: 224,6 Mio. €) und gegenüber Beteiligungsunternehmen in Höhe von 20,6 Mio. € (Vj.: 20,6 Mio. €).

Der Zinsaufwand für nachrangige Verbindlichkeiten beträgt 18,5 Mio. € (Vj.: 19,2 Mio. €) unter Berücksichtigung von Erträgen aus Swap-Geschäften in Höhe von 28,4 Mio. € (Vj.: 28,0 Mio. €).

Die Voraussetzungen zur Zurechnung zum aufsichtsrechtlichen Eigenkapital sind für einen Bestand in Höhe von 334,7 Mio. € (Vj.: 483,4 Mio. €) erfüllt.

Folgende nachrangige Verbindlichkeiten übersteigen 10 % des Gesamtbetrages:

31.12.2017 lfd. Nr.	Nominalwerte in Mio. Währung		Nominalwerte in Mio. €	Zinssatz in %	Fälligkeit
(1)	EUR	500	500	5,8750	2019
(2)	JPY	15.000	111	5,1500	2027

**(17) Eigenkapital**

Das Grundkapital betrug gemäß § 3 der Satzung der LBB zum 31. Dezember 2017 1.200,0 Mio. € und ist in 1.200.000.000 nennwertlose Stückaktien eingeteilt. Daneben besteht eine Kapitalrücklage in Höhe von 920,0 Mio. € (Vj.: 920,0 Mio. €) und eine Gewinnrücklage in Höhe von 41,2 Mio. € (Vj.: 41,2 Mio. €).

Die Gewinnrücklagen sind in der Höhe des Restbuchwerts der aktivierten, selbsterstellten immateriellen Vermögensgegenstände von 3,4 Mio. € (Vj.: 1,3 Mio. €) ausschüttungsgesperrt.

Die Eigenkapitalrentabilität vor Ergebnisabführung beträgt 5,4 % (Vj.: 12,2 %).

**Weitere Angaben zur Bilanz****(18) Treuhandvermögen und Treuhandverbindlichkeiten**

Die ausgewiesenen Treuhandgeschäfte resultieren aus Staatsanleihen, die die LBB/BSK im Zusammenhang mit einer Restrukturierung eines durch eine Finanzkreditdeckung gesicherten Engagements hält.

**(19) Als Sicherheiten übertragene Vermögensgegenstände**

Nominalwert in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
<b>verpfändet bei dem ESZB</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen	4.547	3.628
Wirtschaftskredite <sup>1)</sup>	1.014	935
<b>bei der Eurex hinterlegt</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen	388	607
<b>Sicherheitenstellung i. R. der Abwicklung von Derivategeschäften</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen	30	38
<b>Deckungsmasse für begebene Pfandbriefe</b>		
Anleihen und Schuldverschreibungen	355	305
<b>Insgesamt</b>	<b>6.334</b>	<b>5.513</b>

1) Beleihungswert

# Gewinn- und Verlustrechnung

## (20) Zinsüberschuss

in Mio. €	2017	2016
<b>Zinserträge</b>	<b>773</b>	<b>819</b>
aus Kredit- und Geldmarktgeschäften	730	751
aus festverzinslichen Wertpapieren und Schuldbuchforderungen	43	68
<b>Laufende Erträge</b>	<b>34</b>	<b>42</b>
aus Aktien und anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren	2	2
aus Beteiligungen	9	15
aus verbundenen Unternehmen	23	25
<b>Erträge aus Gewinngemeinschaften</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>Zinsaufwendungen</b>	<b>58</b>	<b>98</b>
für Einlagen	4	35
für verbrieftete Verbindlichkeiten	36	44
für nachrangige Verbindlichkeiten	18	19
<b>Insgesamt</b>	<b>749</b>	<b>763</b>

Im Zinsüberschuss sind aperiodische Zinsaufwendungen in Höhe von 0,1 Mio. € (Vj.: 0,3 Mio. €) und aperiodische Zinserträge in Höhe von 0,4 Mio. € (Vj.: 0,4 Mio. €) enthalten.

## (21) Provisionsüberschuss

in Mio. €	2017	2016
<b>Wertpapier- und Emissionsgeschäft</b>	<b>43</b>	<b>38</b>
<b>Zahlungsverkehr/Kontoführung</b>	<b>134</b>	<b>101</b>
<b>Kreditgeschäft</b>	<b>34</b>	<b>30</b>
Kreditgeschäft	26	25
Avalprovisionen	4	1
Auslandsgeschäft	4	4
<b>Kartengeschäft</b>	<b>55</b>	<b>51</b>
<b>Sonstiges Dienstleistungsgeschäft</b>	<b>16</b>	<b>14</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>282</b>	<b>234</b>

Die wesentlichen an Dritte erbrachten Dienstleistungen für Verwaltung und Vermittlung entfallen auf die Vermittlung von Produkten an Verbundpartner (Kredite, Versicherungen, Vermögensverwaltungen und Bausparverträge).

**(22) Andere Verwaltungsaufwendungen**

in Mio. €	2017	2016
Sonstige Konzernleistungsverrechnung	102	115
EDV	100	107
Gebäude- und Raumkosten	93	90
Geschäftsbetriebskosten	93	74
Beratungen, Prüfungen, Beiträge	40	37
Werbung und Marketing	26	26
Aufwand aus Bankenangabe	11	14
Personalabhängige Sachkosten	4	3
Betriebs- und Geschäftsausstattung	2	2
<b>Insgesamt</b>	<b>471</b>	<b>468</b>

Das vom Abschlussprüfer berechnete Gesamthonorar ist in der Zeile Beratungen, Prüfungen, Beiträge enthalten und teilt sich wie folgt auf:

in Tsd. €	2017	2016
<b>Abschlussprüferhonorar</b>		
für Abschlussprüfungsleistungen	1.233	1.374
für andere Bestätigungsleistungen	352	211
für Steuerberatungsleistungen	0	0
für sonstige Leistungen	1	51
<b>Insgesamt</b>	<b>1.586</b>	<b>1.636</b>

Die anderen Bestätigungsleistungen betreffen überwiegend gesetzlich (u. a. Prüfung nach § 36 WpHG) oder satzungsmäßig vorgesehene Prüfungen sowie Prüfungen, zu denen wir vertraglich im Rahmen des Co-Branding-Kreditkartengeschäftes verpflichtet sind.

Aus den Abgrenzungen für den Abschluss per 31. Dezember 2016 waren im Berichtsjahr keine Auflösungen vorzunehmen.

**(23) Sonstiges betriebliches Ergebnis**

Im Saldo der sonstigen betrieblichen Aufwendungen und Erträge wirkten verschiedene Effekte.

Aufwand resultierte vor allem aus der Aufzinsung von nicht bankspezifischen Rückstellungen von 49,4 Mio. € (Vj.: 59,3 Mio. €). Dem gegenüber standen unter anderem Auflösungen von Rückstellungen von 25,2 Mio. € (Vj.: 113,5 Mio. €) und Ertrag aus Konzernleistungsverrechnung von 16,5 Mio. € (Vj.: 18,7 Mio. €).

Aus der Währungsumrechnung ergaben sich saldiert Erträge in Höhe von 1,4 Mio. € (Vj.: 23,2 Mio. € inkl. 22,5 Mio. € zinsinduziertes Ergebnis aus Devisenswapgeschäften).



**(24) Risikovorsorge**

in Mio. €	2017	2016
Risikovorsorge im Kreditgeschäft	92	17
Ergebnis aus Wertpapieren der Liquiditätsreserve	7	2
<b>Insgesamt</b>	<b>99</b>	<b>19</b>

Die Bemessung der Risikovorsorge im Kreditgeschäft wird insbesondere durch Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Kreditausfälle, der Struktur und der Qualität der Kreditportfolien sowie gesamtwirtschaftlicher Einflussfaktoren bestimmt. Für alle erkennbaren Risiken im in- und ausländischen Kreditgeschäft wurden Einzelwertberichtigungen und Rückstellungen in Höhe der erwarteten Ausfälle gebildet. Einzelwertberichtigungen werden aufgelöst, sobald sich der Wert der Forderung entsprechend erhöht, weil sich entweder die Sicherheitenbewertung und/oder die Bonität des Kreditnehmers grundlegend und nachhaltig verbessert haben.

Engagements, für die keine Einzelwertberichtigung erforderlich ist, werden pauschal wertberichtigt. Die Pauschalwertberichtigung wird auf Basis eines Portfolioansatzes unter Einbeziehung der Parameter Ausfallwahrscheinlichkeit, Sicherheiten sowie Erlös- und Einbringungsquoten ermittelt.

Die Risikovorsorge für das Kreditgeschäft hat sich wie folgt entwickelt<sup>1)</sup>:

in Mio. €	Adressenrisiko								Länderrisiko Kreditgeschäft		Summe			
	Direkt- abschreibungen		Einzelwert- berichtigung		Pauschalwert- berichtigung		Rückstellungen Kreditgeschäft		2017	2016	Bestand		GuV	
	2017	2016	2017	2016	2017	2016	2017	2016			2017	2016	2017	2016
<b>Stand 01.01.</b> <sup>1)</sup>			441	521	88	89	9	10	10	14	548	634		
Zuführungen	0	0	133	66	5	0	4	1	0	1	142	68	142	68
Inanspruchnahmen	0	0	40	90	0	0	0	0	0	0	40	90	0	0
Auflösungen	0	0	30	55	26	1	1	2	3	5	60	63	60	63
Direktabschreibungen	12	14	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	12	14
Eingänge auf abgeschriebene Forderungen	2	2	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2
Umbuchungen <sup>2)</sup>	0	0	0	-1	0	0	0	0	0	0	0	-1	0	0
Wechselkursänderungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
<b>Stand 31.12.</b> <sup>1)</sup>	<b>10</b>	<b>12</b>	<b>504</b>	<b>441</b>	<b>67</b>	<b>88</b>	<b>12</b>	<b>9</b>	<b>7</b>	<b>10</b>	<b>590</b>	<b>548</b>	<b>92</b>	<b>17</b>

1) ohne EWB auf Altkredite in Höhe von 1,8 Mio. € (Vj.: 2,2 Mio. €)

2) Auflösungen zu Gunsten der sonstigen betrieblichen Erträge in Höhe von 0,4 Mio. € (Vj.: 1,3 Mio. €)

Der Bestand der Risikovorsorge entfällt auf:

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen an Kreditinstitute	14	42
Forderungen an Kunden <sup>1)</sup>	564	497
Schuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	0	0
Rückstellungen	12	9
<b>Insgesamt</b>	<b>590</b>	<b>548</b>

1) Angaben ohne Altkredite

### (25) Außerordentliche Aufwendungen und Erträge

Außerordentliche Aufwendungen und Erträge waren im abgelaufenen Geschäftsjahr nicht zu verzeichnen.

### (26) Steuern vom Einkommen und vom Ertrag

Aufgrund der steuerlichen Organschaft mit der LBBH wird das inländische Ergebnis bei ihr versteuert. Latente Steuern, die auf temporäre Differenzen der LBB/BSK entfallen, werden ebenfalls beim Organträger LBBH ausgewiesen.

### (27) Aufgliederung der Umsatzerlöse nach Tätigkeitsbereichen

in Mio. €	Private Kunden	Firmen- kunden	Treasury und Sonstiges	Gesamt
Zinsüberschuss	300	228	221	749
Provisionsüberschuss	238	55	-11	282

## Sonstige Angaben

### **(28) Außerbilanzielles Geschäft/Haftungsverhältnisse und sonstige finanzielle Verpflichtungen**

Nach der Detailvereinbarung mit dem Land Berlin ist für die Verpflichtungen der daran beteiligten Gesellschaften des ehemaligen Konzerns Bankgesellschaft Berlin AG (nunmehr Landesbank Berlin Holding AG) in einigen Fällen eine gesamtschuldnerische Haftung verschiedener Gesellschaften festgelegt worden. Die Haftungsverteilung im Innenverhältnis erfolgte durch Vereinbarung vom August 2002, ergänzt im August 2004, und sieht einen Haftungsausgleich nach darin näher bestimmten Regeln vor. Für die Übernahme der Risikoabschirmung ist durch die LBBH ein Festbetrag von jährlich 15,0 Mio. € zu zahlen. Nach der erwähnten Vereinbarung zum Innenausgleich werden diese Kosten nach dem Verhältnis der Volumina der durch die Kreditgarantie abgeschirmten Kredite zwischen den Begünstigten aufgeteilt. Der von der LBB/BSK zu tragende Anteil betrug in 2017 5,5 Mio. € (Vj.: 5,6 Mio. €).

Im Rahmen einer Vereinbarung zur Vorbereitung des Verkaufs der Anteile an der Weberbank war es erforderlich, den Komplementären der Weberbank eine Rückhaftung für ihre gesetzliche Haftung als persönlich haftende Gesellschafter der Weberbank zu gewähren. Diese Verpflichtung ist hinsichtlich zweier Komplementäre auf Ansprüche beschränkt, die bis zum 31. August 2005 entstanden sind und hinsichtlich eines weiteren Komplementärs auf Ansprüche, die bis zum 9. Dezember 2005 entstanden sind. Sie stellt kein zusätzliches wirtschaftliches Risiko für die verpflichteten Unternehmen dar. Nach Auffassung der LBB/BSK und der LBBH sind die genannten Verpflichtungen nicht als Kredite im Sinne des Kreditwesengesetzes zu behandeln.

Die LBB/BSK ist Mitglied in der Sicherungsreserve der Landesbanken und Girozentralen und damit auch im als Einlagensicherungssystem anerkannten institutsbezogenen Sicherungssystem der Sparkassen-Finanzgruppe. Das jährlich zu berechnende Zielvolumen der im Sicherungssystem vorzuhaltenden Finanzmittel ist von den Mitgliedsinstituten bis zum 3. Juli 2024 aufzubringen (Auffüllphase). Der dafür erforderliche jährliche Beitrag wird vom Deutschen Sparkassen- und Giroverband (DSGV) als Träger des Sicherungssystems ermittelt. Hieraus resultiert zum Bilanzstichtag eine unwiderrufliche Zahlungsverpflichtung im Sinne des § 285 Nummer 3a HGB in Höhe von 6,9 Mio. € (Vj.: 3,4 Mio. €). Als Sicherheit hierfür wurden die Ansprüche aus einem Geldkonto bei der Deutschen Bundesbank verpfändet. Darüber hinaus können im Falle eines Entschädigungs- oder Stützungsfall eines Mitgliedsinstitutes sofortige Sonder- oder Zusatzbeiträge erhoben werden, deren Höhe aus heutiger Sicht nicht voraussehbar ist.

Neue Patronatserklärungen sind durch die LBB/BSK nicht abgegeben. Das Patronat zugunsten der Berlin Hyp AG endete zum 31. Dezember 2014. Für die bis zum 31. Dezember 2014 eingegangenen Verpflichtungen der Berlin Hyp AG besteht das Patronat fort; von etwaigen Ansprüchen Dritter wurde die LBB/BSK durch Verpflichtungserklärung der LBBH freigestellt.

Aus Mietverträgen mit einzelnen Laufzeiten bis in das Jahr 2027 ergeben sich zukünftige Belastungen von insgesamt 547,1 Mio. € (Vj.: 620,4 Mio. €).

Die LBB/BSK ist Generalmieter des Objektes Alexanderhaus. Im Rahmen der von ihr beauftragten Umbaumaßnahmen im Alexanderhaus stellte die LBB/BSK den Fonds als Vermieter und die Fondszeichner von den steuerlichen und sonstigen finanziellen Schäden und Nachteilen im Zusammenhang mit den Umbaumaßnahmen und der Untervermietung des Objektes frei. Die Freistellungen gegenüber den Fondszeichnern sind betraglich begrenzt auf 100 % ihrer Pflichteinlage (62,7 Mio. €; ohne die im Eigenbestand befindlichen Anteile). Die Freistellungen gegenüber dem Fonds unterliegen keiner vertraglichen Beschränkung. Wirtschaftliche Risiken aus den Freistellungen sind derzeit weder erkennbar noch quantifizierbar. Eine Inanspruchnahme der LBB/BSK aus diesen Freistellungen ist zum gegenwärtigen Zeitpunkt nicht zu erwarten.

Einzahlungsverpflichtungen für Beteiligungssachverhalte der Bank bestanden zum Jahresende in Höhe von 1,7 Mio. € (Vj.: 1,9 Mio. €).

Aus dem Vertrieb geschlossener Immobilienfonds ist die LBB/BSK verpflichtet, auf Verlangen der Kommanditisten deren Fondsanteile im Jahre 2019 zu einem Preis von 100 % des Nominalbetrags zu erwerben. Unter Berücksichtigung der seit 2014 erfolgten vorzeitigen Ausübung von Andienungsrechten besteht die Erwerbsverpflichtung zum Bilanzstichtag noch in Höhe von 53,3 Mio. € (Vj.: 57,9 Mio. €). Zur Abschirmung von sich daraus wahrscheinlich ergebenden Risiken besteht eine Rückstellung in Höhe von 30,9 Mio. € (Vj.: 30,9 Mio. €).

Wertpapierleihegeschäfte werden mit dem Ziel getätigt, die Lieferfähigkeit des Wertpapierhandels sicherzustellen und Shortbestände einzudecken sowie bestehende Handelspositionen gegen Gebühr zu verleihen. Dabei werden die entliehenen Wertpapiere in der Bilanz nicht ausgewiesen, verliehene Wertpapiere werden weiterhin bilanziert. Die Risiken aus diesen Geschäften bestehen im Settlementrisiko. Es lässt sich als Unterschiedsbetrag zwischen dem Marktwert der zugrunde liegenden Wertpapiere und den erhaltenen bzw. gestellten Sicherheiten definieren. Zum Bilanzstichtag waren Wertpapiere im Wert von 0,0 Mio. € (Vj.: 100,0 Mio. €) verliehen und im Wert von 356,0 Mio. € (Vj.: 511,0 Mio. €) entliehen.

Für die LBB/BSK besteht eine Nachschussverpflichtung für den Clearing-Fonds bei der Eurex Clearing AG, Frankfurt am Main. Sofern dieser Fonds nach einem Verwertungsereignis bei Ausfall eines anderen Clearing-Mitglieds nicht ausreichen sollte, können die nicht betroffenen Clearing-Mitglieder bis zu einer Haftungsgrenze in Höhe der zweifachen Beitragspflicht in Anspruch genommen werden. Zum Bilanzstichtag beträgt die Haftungsgrenze 30,0 Mio. € (Vj.: 30,0 Mio. €).

**(29) Eventualverbindlichkeiten und unwiderrufliche Kreditzusagen**

Die LBB/BSK hat gegenüber der DekaBank zugunsten der jeweiligen Inhaber von Teilschuldverschreibungen zu den Emissionen die unbedingte und unwiderrufliche Garantie für die Erfüllung sämtlicher Pflichten der DekaBank aus oder im Zusammenhang mit den Emissionen übernommen. Die Eventualverbindlichkeit in Höhe von 295,8 Mio. € per 31. Dezember 2017 (Vj.: 645,3 Mio. €) wird mit dem jeweiligen Marktwert der ausstehenden Zertifikate unter der Bilanz ausgewiesen. Aufgrund der Besonderheit des Zertifikategeschäfts kann sich durch Kurssteigerungen ein höherer Garantiebtrag ergeben.

Das Risiko einer Inanspruchnahme der unter der Bilanz ausgewiesenen Verbindlichkeiten aus Bürgschaften, Gewährleistungsverträgen und unwiderruflichen Kreditzusagen wird aufgrund der gegenwärtigen Bonität und des bisherigen Zahlungsverhaltens der Kreditnehmer als gering eingeschätzt. Erkennbare Anhaltspunkte, die eine andere Beurteilung erforderlich machen würden, liegen nicht vor.

**(30) Pensionsgeschäfte**

In Pension gegeben wurden Anleihen und Schuldverschreibungen im Nominalwert von 2.520,0 Mio. € (Vj.: 2.680,0 Mio. €).

**(31) Bewertungseinheiten**

Grundgeschäfte wurden mit folgenden Beträgen in die Bewertungseinheiten einbezogen und gegen folgende Risiken abgesichert:

31.12.2017	Grund- geschäft	Sicherungsgeschäft			
		Zins- änderungs- risiko	Währungs- risiko	Aktien- risiko	Bonitäts- risiko
Nominalwert in Mio. €					
Vermögensgegenstände	6.108	x	x		
Schulden	1.685	x	x		
schwebende Geschäfte	4.906	x	x	x	
darin sind Nominalwerte von Derivaten als Sicherungsgeschäfte enthalten: 12.005,3 Mio. € (Vj.: 12.745,0 Mio. €)					

Die abgesicherten Risiken betragen zum Stichtag für die Vermögensgegenstände 233,2 Mio. €, für die Schulden 85,5 Mio. € und für schwebende Geschäfte 40,9 Mio. €. Das abgesicherte Risiko entspricht den Wertänderungen (Veränderung Hedged Fair Value) der Grundgeschäfte, die durch Sicherungsinstrumente in der Bewertungseinheit ausgeglichen werden.

**(32) Bestände in Fremdwährung**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Vermögensgegenstände	839	1.122
Verbindlichkeiten	2.041	2.279

### **(33) Bezüge des Vorstands und des Aufsichtsrats sowie diesem Personenkreis gewährte Kredite**

Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hatte in seiner Sitzung am 23. September 2016 beschlossen, die nicht ruhegehaltstfähige Vergütung für Herrn Alt von 100 Tsd. € auf 160 Tsd. € und für Frau Müller-Ziegler von 100 Tsd. € auf 140 Tsd. € jeweils ab dem 1. Oktober 2016 zu erhöhen. In der gleichen Sitzung hatte der Aufsichtsrat beschlossen, die nicht ruhegehaltstfähige Vergütung für Frau Müller-Ziegler von 140 Tsd. € auf 160 Tsd. € ab dem 1. April 2017 zu erhöhen. Diese Bezüge werden in monatlichen Teilbeträgen gezahlt.

Für die Herren Dr. Evers und Kulartz erfolgte im Geschäftsjahr 2017 turnusmäßig (2-Jahresrhythmus) die Überprüfung der ruhegehaltstfähigen Komponente der Festgehälter. Es wurden keine Anpassungen dienstvertraglicher Regelungen vorgenommen.

Der Aufsichtsrat der LBB/BSK hat in seiner Sitzung am 28. März 2017 über die variablen erfolgsabhängigen Vorstandsvergütungen intensiv beraten und auf Basis der für die jeweiligen Jahre geltenden Regelungen entschieden. Für das Geschäftsjahr 2016 hat der Aufsichtsrat auf Basis einer Empfehlung des Personal- und Strategieausschusses eine Zieltantieme i.H.v. 274,8 Tsd. € festgesetzt. Hierbei liegt die Zieltantieme für Herrn Alt und Frau Müller-Ziegler unterhalb der Freigrenze für aufzuschiebende Auszahlungen von 50 Tsd. €, so dass im Geschäftsjahr 2017 eine Auszahlung in voller Höhe erfolgt ist.

Für das Geschäftsjahr 2012 wurde von der der Nachhaltigkeitsprüfung unterliegenden 3. Rate (50 % der im Vorjahr i.H.v. 120 Tsd. € gewährten Vorbehaltstantieme für 2012 (Rate 3)) 51 Tsd. € gewährt und ausbezahlt.

Für die Geschäftsjahre 2011 sowie 2013 bis 2015 wurden keine Zieltantiemen festgesetzt, so dass es diesbezüglich keine Nachhaltigkeitsprüfungen bzw. Zahlungen hieraus gab.

Der Aufsichtsrat hat in seiner Sitzung am 18. September 2017 Herrn Alt mit Wirkung zum 16. April 2018 für weitere fünf Jahre zum Mitglied des Vorstandes bestellt.

Die personelle Zusammensetzung des Aufsichtsrates der LBB/BSK hat sich gegenüber dem 31. Dezember 2016 wie folgt verändert:

- Herr Georg Fahrenschon hat den Vorsitz des Aufsichtsrates zum 24. November 2017 und sein Aufsichtsratsmandat zum 30. November 2017 niedergelegt.
- Herr Thomas Mang wurde in der Sitzung vom 27. November 2017 zum neuen Vorsitzenden des Aufsichtsrates gewählt.
- Frau Bärbel Wulff als stellvertretende Vorsitzende des Aufsichtsrates hat zum 30. Juni 2017 ihr Mandat niedergelegt.
- Herr Frank Wolf, bisher Mitglied des Aufsichtsrates, hat den stellvertretenden Vorsitz ab dem 1. Juli 2017 übernommen.
- Herr Lutz Goldbeck ist zum 1. Juli 2017 in den Aufsichtsrat als Mitglied eingetreten.
- Frau Dr. Eva Lohse hat ihr Aufsichtsratsmandat zum 31. Dezember 2017 niedergelegt.

Den Mitgliedern des Vorstands und des Aufsichtsrates der LBB/BSK wurden im Berichtszeitraum folgende Vergütungen zuteil:

in Tsd. €	2017	2016
Gesamtbezüge des Vorstands	2.854	2.771
<i>(davon erfolgsabhängige variable Vergütung)</i>	<i>(165)</i>	<i>(150)</i>
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats <sup>1)</sup>	309	310
Zuführung zu Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern	1.044	2.294
an frühere Vorstandsmitglieder oder deren Hinterbliebene gezahlt <sup>2)</sup>	7.933	8.128
in Tsd. €	<b>31.12.2017</b>	<b>31.12.2016</b>
für Pensionsverpflichtungen gegenüber aktiven Vorstandsmitgliedern zurückgestellt	11.782	10.738
für Pensionsverpflichtungen gegenüber früheren Vorstandsmitgliedern oder deren Hinterbliebenen zurückgestellt	104.185	105.269

1) ohne Umsatzsteuer

2) darin enthalten für Vorjahre 21 Tsd. € (Vj.: 555 Tsd. €)

Leistungen von Dritten wurden einzelnen Vorstandsmitgliedern im Hinblick auf ihre Tätigkeit als Vorstandsmitglied nicht zugesagt oder im Geschäftsjahr gewährt.

Vergütungskomponenten mit langfristiger Anreizwirkung (Bezugsrechte, sonstige aktienbasierte Vergütungselemente o. ä.) bestehen für die Vorstandsmitglieder nicht.

Zum Bilanzstichtag stellte sich der Gesamtbetrag der gewährten Vorschüsse und Kredite sowie eingegangenen Haftungsverhältnisse wie folgt dar:

in Tsd. €	31.12.2017	31.12.2016
an Mitglieder des Vorstands	4	3
an Mitglieder des Aufsichtsrats	266	288

Die Salden beinhalten Annuitätendarlehen, die zu marktüblichen Kundenkonditionen gewährt wurden, sowie zu Mitarbeiterkonditionen in Anspruch genommene Dispositionskredite und Abrechnungssalden auf Kreditkartenkonten. Die Veränderungen resultieren aus der Rückführung bestehender Annuitätendarlehen und einer insgesamt geringeren Inanspruchnahme von Dispositionskrediten; erlassen wurden keine Beträge.

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2017 folgende Vergütungen:

in Tsd. €	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen <sup>1)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2016 <sup>2)</sup>	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2012		
<b>Mitglieder des Vorstandes</b>					
Dr. Johannes Evers	860	20	17	34	931
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>				
Volker Alt	540	50	0	9	599
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>3)</sup></i>	<i>(160)</i>				
Hans Jürgen Kulartz	659	15	13	26	713
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>				
Tanja Müller-Ziegler	535	50	0	26	611
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>3)</sup></i>	<i>(155)</i>				
<b>Vergütung 2017 gesamt</b>	<b>2.594</b>	<b>135</b>	<b>30</b>	<b>95</b>	<b>2.854</b>

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 86 Tsd. € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 1 Tsd. €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) Die Auszahlung an Frau Müller-Ziegler und Herrn Alt erfolgte in Höhe des festgelegten Zielwertes (49,9 Tsd. €), da dieser unterhalb der Freigrenze für aufschiebende Zahlungen lag.

3) wird im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt

Die Mitglieder des Vorstandes erhielten im Geschäftsjahr 2016 folgende Vergütungen:

in Tsd. €	Jahresvergütung			Sonstige Vergütungen <sup>1)</sup>	Gesamt
	Erfolgsunabhängige Vergütung	Erfolgsabhängige Vergütung für das Geschäftsjahr 2015	Erfolgsabhängige Vergütung für die Geschäftsjahre 2010 bis 2014		
<b>Mitglieder des Vorstandes</b>					
Dr. Johannes Evers	860	0	89	41	990
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(330)</i>				
Volker Alt	495	0	0	20	515
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>2)</sup></i>	<i>(115)</i>				
Hans Jürgen Kulartz	659	0	61	28	748
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig</i>	<i>(246)</i>				
Tanja Müller-Ziegler	490	0	0	28	518
<i>davon nicht ruhegehaltstfähig<sup>2)</sup></i>	<i>(110)</i>				
<b>Vergütung 2016 gesamt</b>	<b>2.504</b>	<b>0</b>	<b>150</b>	<b>117</b>	<b>2.771</b>

1) Die sonstigen Vergütungen betreffen Sachbezüge (Nutzung der Dienstwagen) von 105 Tsd. € sowie den sogenannten Arbeitgeber-Anteil Nettobezug (Übernahme der Besteuerung des geldwerten Vorteils durch den Arbeitgeber) in Höhe von 3 Tsd. €; daneben werden auch Fahrer zu üblichen Tarifbestimmungen beschäftigt.

2) im Rahmen der monatlichen Bezüge gezahlt



Im Vorjahr wurde die Ausübung des Wahlrechtes gemäß Art. 67 Abs. 1 EGHGB aufgegeben; somit entsprechen die bilanzierten Pensionsrückstellungen dem Barwert der Versorgungsansprüche. Folgende Leistungen für aktive Vorstandsmitglieder wurden aufgewandt oder zurückgestellt:

in Tsd. €	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2017	Aufwand/Zuführung zu Rückstellungen in 2016	Bilanzierte Pensionsrückstellung/ Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2017	Bilanzierte Pensionsrückstellung/ Barwert des Versorgungsanspruchs per 31.12.2016
<b>Mitglieder des Vorstands</b>				
Dr. Johannes Evers	433	1.101	5.563	5.130
Volker Alt	36	96	368	332
Hans Jürgen Kulartz	522	1.002	5.469	4.947
Tanja Müller-Ziegler	53	95	382	329
<b>Insgesamt</b>	<b>1.044</b>	<b>2.294</b>	<b>11.782</b>	<b>10.738</b>

Die an die einzelnen Mitglieder des Aufsichtsrates im Berichtszeitraum zu zahlende Vergütung beträgt einschließlich der Ausschusstätigkeiten (jeweils ohne Umsatzsteuer):

in Tsd. €					
Aufsichtsratsmitglied	2017	2016	Aufsichtsratsmitglied	2017	2016
Georg Fahrenschon (Vors.) <sup>1)</sup>	22,7	25,0	Gerhard Grandke	16,5	16,5
Thomas Mang (Vors.) <sup>2)</sup>	17,5	16,5	Artur Grzesiek	18,5	18,5
Bärbel Wulff (stv. Vors.) <sup>3)</sup>	14,4	28,8	Sven Herzog	10,5	10,5
Frank Wolf (stv. Vors.) <sup>4)</sup>	19,6	16,5	René Jacobs	10,5	10,5
Ringo Bischoff	10,5	10,5	Michael Jänichen	22,5	22,5
Michael Dutschke	13,5	13,5	Dr. Eva Lohse	10,5	10,5
Dr. Michael Ermrich	17,5	17,5	Astrid Maurer	15,0	10,5
Christina Förster	10,5	10,5	Helmut Schleweis	17,5	17,5
Bernd Fröhlich	16,5	16,5	Peter Schneider	10,5	10,5
Dennis Gehrke	10,5	10,5	Dr. Harald Vogelsang	16,5	16,5
Lutz Goldbeck <sup>5)</sup>	6,8	0,0			
	<b>160,0</b>	<b>165,8</b>			
<b>Summe</b>				<b>308,5</b>	<b>309,8</b>
zuzügl. USt.				46,4	45,5
<b>Gesamtaufwand</b>				<b>354,9</b>	<b>355,3</b>

1) Vorsitzender bis 24. November 2017; Mitglied bis 30. November 2017

2) Vorsitzender ab 27. November 2017

3) stellv. Vorsitzende und Mitglied bis 30. Juni 2017

4) stellv. Vorsitzender ab 1. Juli 2017

5) Mitglied ab 1. Juli 2017

### (34) Anzahl der Beschäftigten im Jahresdurchschnitt

	2017	2016
Vollzeitbeschäftigte	2.577	2.642
Teilzeitkräfte	992	951
Auszubildende	181	200
<b>Insgesamt</b>	<b>3.750</b>	<b>3.793</b>

**(35) Mandate in Aufsichtsräten und anderen Kontrollgremien**

Die Mandate von Mitgliedern des Vorstands und anderen Mitarbeitern der LBB/BSK in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB) sind in den Anlagen 1 und 2 zum Anhang dargestellt.

**(36) Angaben über derivative Geschäfte**

## Anlagebuch

Produktbereiche des derivativen Geschäfts per 31. Dezember 2017						
in Mio. €	Restlaufzeit			Nominal- betrag Summe	Wieder- beschaf- fungskosten positiv	Wieder- beschaf- fungskosten negativ
	<= 1 Jahr	bis 5 Jahre	> 5 Jahre			
<b>Zinsderivate</b>	<b>10.131</b>	<b>30.641</b>	<b>32.368</b>	<b>73.140</b>	<b>3.275</b>	<b>2.677</b>
<b>börsengehandelt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
<b>OTC</b>	<b>10.131</b>	<b>30.641</b>	<b>32.368</b>	<b>73.140</b>	<b>3.275</b>	<b>2.677</b>
Zinsswaps	9.527	30.040	32.305	71.872	3.268	2.674
Forward Rate Agreements	0	0	0	0	0	0
sonstige Zinskontrakte	0	0	0	0	0	0
Swaptions	0	20	0	20	0	0
Options Käufe	0	0	0	0	0	0
Options Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Caps, Floors	604	581	63	1.248	7	3
<b>Währungsderivate</b>	<b>2.691</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>2.698</b>	<b>15</b>	<b>18</b>
<b>börsengehandelt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
<b>OTC</b>	<b>2.691</b>	<b>7</b>	<b>0</b>	<b>2.698</b>	<b>15</b>	<b>18</b>
Devisentermingeschäfte	2.691	0	0	2.691	15	18
Cross-Currency-Swaps	0	7	0	7	0	0
Devisenoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Devisenoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
sonstige Devisenkontrakte	0	0	0	0	0	0
<b>Aktienderivate und sonstige</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
<b>börsengehandelt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Futures	0	0	0	0	0	0
Options	0	0	0	0	0	0
<b>OTC</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>	<b>0</b>
Aktien-Index-Swaps	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Käufe	0	0	0	0	0	0
Aktien-/Indexoptionen, Verkäufe	0	0	0	0	0	0
Embeddeds	0	0	0	0	0	0
<b>Kreditderivate</b>	<b>131</b>	<b>112</b>	<b>5</b>	<b>248</b>	<b>4</b>	<b>1</b>
<b>Insgesamt</b>	<b>12.953</b>	<b>30.760</b>	<b>32.373</b>	<b>76.086</b>	<b>3.294</b>	<b>2.696</b>

Die Derivate dienen vorrangig der Steuerung von Zinsänderungsrisiken im Bankbuch. Die Steuerung erfolgt im Wesentlichen über Zinsswaps. Methodisch unterliegt die Steuerung dem Capital-at-Risk-Verfahren auf der Basis einer Haltedauer von 10 Handelstagen und einem Konfidenzniveau von 99 %.

Die angegebenen Marktwerte stellen den beizulegenden Zeitwert dar, welcher durch Verkauf oder Glattstellung erzielbar beziehungsweise aufzuwenden ist (Marktwert inklusive Zinsabgrenzung), wobei Transaktionskosten nicht einfließen.

Grundsätzlich unterliegen Derivate im Anlagebuch der imparitätischen Einzelbewertung. Im Falle negativer Marktwerte sind entsprechend Rückstellungen für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften im Sinne des § 249 HGB zu bilden.

In der LBB/BSK sind die im Anlagebuch geführten Derivate im Wesentlichen Bestandteil der Zinsbuchsteuerung und werden daher zusammen mit anderen Finanzinstrumenten des Zinsbuches einer verlustfreien Bewertung gemäß IDW RS BFA 3 unterzogen. Für nicht der Zinsbuchsteuerung zugeordnete Derivate im Anlagebuch bestanden zum 31. Dezember 2017 Drohverlustrückstellungen in Höhe von 0,4 Mio. € (Vj.: 2,2 Mio. €).

Mit Upfront Payments werden bei Abschluss des Derivates nicht marktgerechte Konditionen ausgeglichen, die wirtschaftlich als Agio oder Disagio anzusehen sind. Diese werden als aktivischer bzw. passivischer Rechnungsabgrenzungsposten bilanziell erfasst. Per 31. Dezember 2017 sind in diesem Zusammenhang Rechnungsabgrenzungsposten in Höhe von aktivisch 805,3 Mio. € (Vj.: 925,2 Mio. €) und passivisch 744,1 Mio. € (Vj.: 879,9 Mio. €) bilanziell ausgewiesen. Diese Beträge beinhalten insbesondere die infolge der Aufgabe des Handelsbuchstatus per 1. Januar 2016 umgegliederten Zeitwerte ehemaliger Handelsbuchderivate, die wie Upfront Payments behandelt werden.

Zinszahlungen aus Derivaten im Anlagebuch werden zeitanteilig abgegrenzt und unter Forderungen an Kreditinstitute bzw. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten ausgewiesen. Darüber hinaus führen Collateral-Vereinbarungen zum Austausch von Sicherheitsleistungen, die unter sonstigen Vermögensgegenständen bzw. unter sonstigen Verbindlichkeiten bilanziert sind.

Bonitätsbedingten Ausfallrisiken wird in der Regel durch den Abschluss von Collateral-Vereinbarungen entgegengewirkt. Darüber hinaus sind folgende wesentliche Bedingungen, welche die Höhe und den Zeitpunkt künftiger Zahlungsströme aus Derivaten beeinflussen können, zu beachten:

Tatsächliche Zahlungen aus den Derivaten sind abhängig von zukünftigen Marktkursen und -sätzen. So ist beispielsweise bei Zinsswaps die variable Seite von in der Zukunft festzulegenden Zinssätzen (zum Beispiel dem 3-Monats-Euribor) abhängig. Ähnlich verhält es sich bei möglichen Barausgleichen, die häufig bei optionalen Produkten sowie bei Währungsderivaten anzutreffen sind. Hier errechnet sich die Höhe der Zahlung aus der Differenz zwischen dem aktuellen Marktpreis/-kurs und dem beim Abschluss festgelegten Preis/Kurs.

In Bezug auf den Zeitpunkt künftiger Zahlungsströme ist darauf zu verweisen, dass bei optionalen Produkten auch die Ausübungsform (zum Beispiel europäische Optionen mit Ausübung zur Endfälligkeit bzw. amerikanische Optionen mit jederzeitigem Ausübungsrecht) in den Vertragsbedingungen festgelegt ist.

**Kontrahentenstruktur im derivativen Geschäft nach Kreditrisikoäquivalenten (risikogewichtet)**

in Mio. €	31.12.2017	31.12.2016
Forderungsklasse Institute	65	85
Sonstige Forderungsklassen (Sonstige Unternehmen, Privatpersonen)	57	78
<b>Insgesamt</b>	<b>122</b>	<b>163</b>

Die angegebenen Kreditrisikoäquivalente wurden nach der Marktbewertungsmethode ermittelt, wie sie für die Meldung entsprechend der COREP Solvenzmeldung vorgesehen ist. Die Kreditrisikoäquivalente werden nach dem Kontrahentenrisiko gewichtet aufgeführt, wobei das Kontrahentennetting berücksichtigt ist.

**(37) Deckungsrechnung**

Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 1 PfandBG:

Nominalwert in Tsd. €	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Nennwert Deckungsmasse	4.577.687	3.897.554	1.017.203	1.409.737
Nennwert Pfandbriefumlauf	3.995.000	3.429.500	776.500	867.500
<b>Nennwertüberdeckung</b>	<b>582.687</b>	<b>468.054</b>	<b>240.703</b>	<b>542.237</b>
Barwert Deckungsmasse	4.918.116	4.281.203	1.089.353	1.514.277
Barwert Pfandbriefumlauf	4.068.562	3.557.486	801.662	906.721
<b>Barwertüberdeckung</b>	<b>849.554</b>	<b>723.717</b>	<b>287.691</b>	<b>607.556</b>
Risikobarwert Deckungsmasse	4.634.388	4.049.373	1.069.341	1.473.964
Risikobarwert Umlauf	3.841.887	3.375.767	793.436	890.128
<b>Risikobarwertüberdeckung</b>	<b>792.501</b>	<b>673.606</b>	<b>275.905</b>	<b>583.836</b>

ergänzende Informationen	Hypothekenregister		Öffentliches Register	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Forderungen ohne Insolvenzvorrecht (nominal in Tsd. €)	0	0	0	0
Anteil der festverzinslichen Deckungsmasse (in %)	75,82	75,69	78,35	79,65
Anteil des festverzinslichen Umlaufs (in %)	90,49	86,15	52,87	57,23
Nettobarwert der Deckungsmasse in Fremdwährungen (in Tsd. €)	0	0	0	0
Nettobarwert des Umlaufs in Fremdwährungen (in Tsd. €)	0	0	0	0
Volumengewichtetes Alter der Hypothekendarlehen (in Jahren)	3,96	4,17	0,00	0,00
Beleihungswertauslauf der Hypothekendarlehen (in %)	54,23	53,54	0,00	0,00

## Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 2 PfandBG:

## Laufzeitstruktur Hypothekenregister

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in Tsd. €	31.12.2017		31.12.2016	
Ersatzdeckung	270.000	5,90	220.000	5,64
bis zu sechs Monaten	1.193.633	26,08	1.099.326	28,21
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	45.634	1,00	113.131	2,90
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	65.633	1,43	47.907	1,23
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	97.913	2,14	46.015	1,18
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	134.291	2,93	172.941	4,44
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	249.293	5,45	127.036	3,26
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	89.072	1,95	243.950	6,26
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	1.780.929	38,90	1.371.438	35,19
> 10 Jahre	651.290	14,23	455.810	11,69
<b>Insgesamt</b>	<b>4.577.687</b>	<b>100,00</b>	<b>3.897.554</b>	<b>100,00</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Deckungs- masse	Anteil %	Deckungs- masse	Anteil %
in Tsd. €	31.12.2017		31.12.2016	
bis zu sechs Monaten	205.000	5,13	113.000	3,29
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	245.000	6,13	161.500	4,71
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	103.000	2,58	205.000	5,98
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	161.000	4,03	245.000	7,14
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	401.000	10,04	264.000	7,70
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	427.000	10,69	401.000	11,69
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	100.000	2,50	427.000	12,45
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	1.939.000	48,54	1.479.000	43,13
> 10 Jahre	414.000	10,36	134.000	3,91
<b>Insgesamt</b>	<b>3.995.000</b>	<b>100,00</b>	<b>3.429.500</b>	<b>100,00</b>

### Laufzeitstruktur Öffentliches Register

Zinsbindungsfristen der Darlehen	Deckungs-	Anteil %	Deckungs-	Anteil %
	masse		masse	
in Tsd. €	31.12.2017		31.12.2016	
Ersatzdeckung	0	0,00	0	0,00
bis zu sechs Monaten	436.169	42,88	422.546	29,97
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	146.720	14,42	48.579	3,45
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	9.306	0,91	215.531	15,29
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	70.907	6,97	148.206	10,51
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	96.386	9,48	82.318	5,84
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	92.047	9,05	100.223	7,11
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	49.358	4,85	92.608	6,57
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	116.311	11,43	299.726	21,26
> 10 Jahre	0	0,00	0	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>1.017.203</b>	<b>100,00</b>	<b>1.409.737</b>	<b>100,00</b>

Laufzeitstruktur der Pfandbriefe	Deckungs-	Anteil %	Deckungs-	Anteil %
	masse		masse	
in Tsd. €	31.12.2017		31.12.2016	
bis zu sechs Monaten	300.000	38,63	81.000	9,34
> 6 Monate und bis zu 12 Monaten	155.500	20,03	10.000	1,15
> 12 Monate und bis zu 18 Monaten	139.000	17,90	303.000	34,93
> 18 Monate und bis zu 2 Jahren	20.000	2,58	152.500	17,58
> 2 Jahre und bis zu 3 Jahren	144.000	18,54	159.000	18,33
> 3 Jahre und bis zu 4 Jahren	8.000	1,03	144.000	16,60
> 4 Jahre und bis zu 5 Jahren	0	0,00	8.000	0,92
> 5 Jahre und bis zu 10 Jahren	10.000	1,29	10.000	1,15
> 10 Jahre	0	0,00	0	0,00
<b>Insgesamt</b>	<b>776.500</b>	<b>100,00</b>	<b>867.500</b>	<b>100,00</b>

**Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG:**

Es existieren keine Derivate, die einen Anteil an den Deckungsmassen gemäß § 19 Abs. 1 Nr. 4 Satz 3 PfandBG darstellen würden.

**Angaben gemäß § 28 Abs. 1 Nr. 4/5/6 PfandBG:  
weitere Deckungswerte nach Staaten****Hypothekenregister**

<b>Schuldner (direkt oder mit Garantie)</b> in Tsd. €	<b>31.12.2017</b>	<b>31.12.2016</b>
Belgien	15.000	15.000
Deutschland	125.000	50.000
Luxemburg	0	25.000
Polen	50.000	50.000
Rumänien	30.000	30.000
Spanien	0	50.000
Ungarn	50.000	0
<b>Insgesamt</b>	<b>270.000</b>	<b>220.000</b>

Alle weiteren Deckungswerte sind Schuldverschreibungen nach § 19 Abs. 1 Nr. 3 PfandBG.

**Öffentliches Register**

<b>Schuldner (direkt oder mit Garantie)</b> in Tsd. €	<b>31.12.2017</b>	<b>31.12.2016</b>
Deutschland	0	0
<b>Insgesamt</b>	<b>0</b>	<b>0</b>

Das öffentliche Register enthält keine weiteren Deckungswerte nach § 20 Abs. 2 PfandBG.

## Angaben gemäß § 4 Abs. 1a PfandBG:

## Liquiditätsdeckung

in Tsd. €	31.12.2017
<b>Hypothekendarlehen</b>	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	217.754
Liquiditätsdeckung am 29.06.2018	176.523
<b>Liquiditätssaldo kumuliert am 29.06.2018</b>	<b>41.231</b>
<b>öffentlicher Pfandbrief</b>	
Liquiditätsüberdeckung 180-Tage-Min.	403.051
Liquiditätsdeckung am 29.01.2018	536.123
<b>Liquiditätssaldo kumuliert am 29.01.2018</b>	<b>-133.072</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1a PfandBG:

## Hypothekenregister

Größenklassen in Tsd. €	31.12.2017	31.12.2016
bis 300.000 €	402.169	376.489
mehr als 300.000 bis 1.000.000 €	269.748	272.615
mehr als 1.000.000 bis 10.000.000 €	1.041.636	954.326
mehr als 10.000.000 €	2.594.134	2.074.124
<b>Insgesamt</b>	<b>4.307.687</b>	<b>3.677.554</b>



Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

## Objektsplitting (wohnwirtschaftliche Objekttypen)

Staaten	Wohnungen		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €								
Deutschland	132.072	94.239	184.781	167.191	2.259.093	1.963.956	2.575.946	2.225.386
<b>Insgesamt</b>	<b>132.072</b>	<b>94.239</b>	<b>184.781</b>	<b>167.191</b>	<b>2.259.093</b>	<b>1.963.956</b>	<b>2.575.946</b>	<b>2.225.386</b>

Regionen	Wohnungen		Ein- und Zweifamilienhäuser		Mehrfamilienhäuser		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €								
Baden-Württemberg	0	0	133	70	0	0	133	70
Bayern	63	0	156	160	0	5.301	219	5.461
Berlin	120.618	89.599	111.482	108.780	2.092.974	1.827.524	2.325.074	2.025.903
Brandenburg	4.457	3.090	72.029	57.441	52.358	46.478	128.844	107.009
Bremen	3	7	0	0	0	0	3	7
Hamburg	391	459	0	0	9.661	531	10.053	990
Mecklenburg-Vorpommern	356	503	392	154	2.961	3.103	3.710	3.760
Niedersachsen	0	0	294	365	676	2.359	971	2.724
Nordrhein-Westfalen	5.467	197	81	0	29.519	8.205	35.067	8.402
Sachsen	386	0	0	0	56.489	57.546	56.874	57.546
Sachsen-Anhalt	331	384	39	44	9.829	11.917	10.199	12.345
Schleswig-Holstein	0	0	175	177	4.225	0	4.400	177
Thüringen	0	0	0	0	400	992	400	992
<b>Insgesamt</b>	<b>132.072</b>	<b>94.239</b>	<b>184.781</b>	<b>167.191</b>	<b>2.259.093</b>	<b>1.963.956</b>	<b>2.575.946</b>	<b>2.225.386</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 1b und c PfandBG:

## Objektsplitting (gewerbliche Objekttypen)

Staaten	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €								
Deutschland	1.029.395	832.709	237.626	201.475	129.886	137.978	333.834	278.946
<b>Insgesamt</b>	<b>1.029.395</b>	<b>832.709</b>	<b>237.626</b>	<b>201.475</b>	<b>129.886</b>	<b>137.978</b>	<b>333.834</b>	<b>278.946</b>

Regionen	Bürogebäude		Handelsgebäude		Industriegebäude		Sonstige gewerbl. genutzte Gebäude	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €								
DE Baden-Württemberg	1.200	1.200	0	2.690	0	0	0	0
DE Bayern	39.780	43.577	0	0	8.220	8.220	1.685	9.371
DE Berlin	883.260	696.805	155.844	96.898	92.139	89.212	279.184	189.093
DE Brandenburg	19.638	21.230	37.524	42.022	19.190	26.480	5.479	8.802
DE Bremen	3.531	0	0	0	0	0	0	0
DE Hamburg	5.292	8.898	0	0	1.890	1.890	11.408	26.695
DE Hessen	29.431	30.956	0	0	281	3.719	6.081	6.120
DE Mecklenburg-Vorpommern	498	1.281	6.297	6.297	0	0	2.040	2.531
DE Niedersachsen	800	0	2.840	5.350	0	0	0	2.703
DE Nordrhein-Westfalen	13.693	11.458	1.847	4.700	3.187	3.335	1.177	6.551
DE Rheinland-Pfalz	0	0	6.295	6.295	0	0	0	0
DE Sachsen	30.315	15.320	3.917	10.187	53	59	21.115	21.290
DE Sachsen-Anhalt	1.763	1.505	0	0	4.927	5.063	5.666	5.694
DE Schleswig-Holstein	195	199	6.186	6.411	0	0	0	0
DE Thüringen	0	280	16.875	20.625	0	0	0	96
<b>Insgesamt</b>	<b>1.029.395</b>	<b>832.709</b>	<b>237.626</b>	<b>201.475</b>	<b>129.886</b>	<b>137.978</b>	<b>333.834</b>	<b>278.946</b>

	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
	0	0	1.000	1.060	1.731.741	1.452.168
	0	0	1.000	1.060	1.731.741	1.452.168

	Unfertige und nicht ertragsf. Neubauten		Bauplätze		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
	0	0	0	0	1.200	3.890
	0	0	0	0	49.685	61.168
	0	0	942	996	1.411.369	1.073.004
	0	0	58	64	81.889	98.598
	0	0	0	0	3.531	0
	0	0	0	0	18.590	37.483
	0	0	0	0	35.793	40.795
	0	0	0	0	8.835	10.109
	0	0	0	0	3.640	8.053
	0	0	0	0	19.904	26.044
	0	0	0	0	6.295	6.295
	0	0	0	0	55.399	46.856
	0	0	0	0	12.356	12.262
	0	0	0	0	6.381	6.610
	0	0	0	0	16.875	21.001
	0	0	1.000	1.060	1.731.741	1.452.168

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 2 PfandBG:

## Hypothekenregister

Lage des Grundpfandrechts in Tsd. €	Rückständige Leistungen (mind. 90 Tage)		Forderungsbetrag, sofern rückständige Leistungen >= 5 %	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Deutschland	8,7	104,4	0,0	379,9
<b>Insgesamt</b>	<b>8,7</b>	<b>104,4</b>	<b>0,0</b>	<b>379,9</b>
Berlin	5,9	103,9	0,0	379,9
Brandenburg	2,8	0,5	0,0	0,0
<b>Insgesamt</b>	<b>8,7</b>	<b>104,4</b>	<b>0,0</b>	<b>379,9</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 2 Nr. 4a/b/c PfandBG:

Anzahl	Gewerblich		Wohnungsbau	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
Zum Abschlusstichtag anhängige Zwangsver- steigerungs- und Zwangs- verwaltungsverfahren	0	0	0	0
Im Geschäftsjahr durchge- führte Zwangsversteigerungen	0	0	0	0
Innerhalb des Geschäftsjahres zur Verhütung von Verlusten übernommene Grundstücke	0	0	0	0

## Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 1 PfandBG:

## Öffentliches Register

Größenklassen in Tsd. €	31.12.2017	31.12.2016
bis 10.000.000 €	11.179	19.408
mehr als 10.000.000 bis 100.000.000 €	465.450	634.227
mehr als 100.000.000 €	540.574	756.102
<b>Insgesamt</b>	<b>1.017.203</b>	<b>1.409.737</b>

## Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 2 PfandBG:

## Öffentliche Kreditnehmer nach Typen und Staaten

geschuldet/ gewährleistet	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €										
Deutschland (geschuldet von)	0	0	568.399	675.489	4.245	55.564	213.368	374.100	786.013	1.105.153
Deutschland (gewährleistet von)	144.492	206.871	0	0	0	0	51.698	62.713	196.190	269.584
Kanada (geschuldet von)	0	0	0	35.000	0	0	35.000	0	35.000	35.000
Insgesamt	144.492	206.871	568.399	710.489	4.245	55.564	300.066	436.813	1.017.203	1.409.737

davon aus Gründen der Export- finanzierung	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €										
Deutschland (Export)	144.492	206.871	0	0	0	0	0	272	144.492	207.143
Insgesamt	144.492	206.871	0	0	0	0	0	272	144.492	207.143

## Angaben gemäß § 28 Abs. 3 Nr. 3 PfandBG:

## Kundengruppen mit seit mindestens 90 Tagen rückständigen Leistungen

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €										
Deutschland	122	424	0	417	0	0	0	0	122	841

## Forderungsbetrag, sofern rückständige Leistungen &gt;= 5 %

Schuldner	Staatsregierungen		Regionale Gebietskörperschaften		Örtliche Gebietskörperschaften		Sonstige öffentliche Schuldner		Gesamt	
	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016	31.12.2017	31.12.2016
in Tsd. €										
Deutschland	470	1.762	0	8.247	0	0	0	0	470	10.009

# Organe der Landesbank Berlin AG

## Vorstand

**Dr. Johannes Evers**  
Vorsitzender

**Volker Alt**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Tanja Müller-Ziegler**

## Aufsichtsrat

**Thomas Mang** Präsident des Sparkassenverbands Niedersachsen  
Vorsitzender  
ab 27.11.2017  
Mitglied bis 26.11.2017

**Frank Wolf<sup>\*)</sup>** Fachbereichsleiter Finanzdienstleistungen der  
stellv. Vorsitzender ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg  
ab 01.07.2017  
Mitglied bis 30.06.2017

**Bärbel Wulff<sup>\*)</sup>** Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG  
stellv. Vorsitzende  
bis 30.06.2017

**Ringo Bischoff<sup>\*)</sup>** Bereichsleiter der ver.di  
Gewerkschaftliche Bildung und Bildungszentren

**Michael Dutschke<sup>\*)</sup>** Vorsitzender des Betriebsrats der  
Landesbank Berlin AG

**Dr. Michael Ermrich** Geschäftsführender Präsident des  
Ostdeutschen Sparkassenverbands

**Georg Fahrenschon** Präsident des Deutschen Sparkassen- und  
Vorsitzender Giroverbands e.V. a. D.  
bis 24.11.2017  
Mitglied vom 25.11.2017  
bis 30.11.2017

**Christina Förster<sup>\*)</sup>** Fachsekretärin Finanzdienstleistungen der  
ver.di Landesbezirk Berlin-Brandenburg

**Bernd Fröhlich** Vorsitzender des Vorstands der  
Sparkasse Mainfranken Würzburg

<b>Dennis Gehrke</b> *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Lutz Goldbeck</b> *) Mitglied ab 01.07.2017	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Gerhard Grandke</b>	Geschäftsführender Präsident des Sparkassen- und Giroverbands Hessen-Thüringen
<b>Artur Grzesiek</b>	Ehem. Vorsitzender des Vorstands der Sparkasse KölnBonn
<b>Sven Herzog</b> *)	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>René Jacobs</b> *) Mitglied bis 10.01.2018	Stellv. Vorsitzender des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Michael Jänichen</b> *)	Bereichsleiter Firmenkunden der Berliner Sparkasse
<b>Karl-Heinz Link</b> *) Mitglied ab 11.01.2018	Mitglied des Betriebsrats der Landesbank Berlin AG
<b>Dr. Eva Lohse</b> Mitglied bis 31.12.2017	Ehem. Oberbürgermeisterin der Stadt Ludwigshafen am Rhein, Ehem. Präsidentin des Deutschen Städtetages
<b>Astrid Maurer</b> *)	Frauenbeauftragte der Landesbank Berlin AG
<b>Helmut Schleweis</b>	Präsident des Deutschen Sparkassen- und Giroverbands e.V.
<b>Peter Schneider</b>	Präsident des Sparkassenverbands Baden-Württemberg
<b>Dr. Harald Vogelsang</b>	Vorstandssprecher der HASPA Finanzholding und der Hamburger Sparkasse AG

\*) Arbeitnehmervertreter

## Anlagen

Anlage 1:	Mandate von Mitgliedern des Vorstands in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)
Anlage 2:	Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien von großen Kapitalgesellschaften (§ 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB)

# Versicherung der gesetzlichen Vertreter

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage des Unternehmens vermittelt und im Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Unternehmens so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Unternehmens beschrieben sind.

Berlin, 13. Februar 2018

## **Der Vorstand**

**Dr. Johannes Evers**

**Volker Alt**

**Hans Jürgen Kulartz**

**Tanja Müller-Ziegler**



# Anlagen zum Anhang

## Anlage 1

### **Mandate des Vorstands nach § 340a Abs. 4 Nr. 1 HGB**

- a) Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten
- a)\* Mitgliedschaft in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsräten von Konzerngesellschaften
- b) Mitgliedschaft in vergleichbaren in- und ausländischen Kontrollgremien von Wirtschaftsunternehmen

### **Vorstand**

#### **Dr. Johannes Evers**

Vorsitzender des Vorstands

Vorsitzender des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - Zoologischer Garten Berlin AG, Berlin
- b) Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

Mitglied des Verwaltungsrats der  
– DekaBank Deutsche Girozentrale, Frankfurt am Main

#### **Volker Alt**

Mitglied des Vorstands

Mitglied des Vorstands der Landesbank Berlin Holding AG, Berlin

- a)\* Vorsitzender des Aufsichtsrats der
  - S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin
- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin
  - Finanz Informatik GmbH & Co. KG, Frankfurt am Main

**Hans Jürgen Kulartz**

Mitglied des Vorstands

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutsche Factoring Bank GmbH & Co. KG, Bremen
  - Deutsche Sparkassen Leasing AG & Co. KG, Bad Homburg v.d.H.
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover

**Tanja Müller-Ziegler**

Mitglied des Vorstands

- b) Mitglied des Aufsichtsrats der
- Deutscher Sparkassen Verlag GmbH, Stuttgart
  - LBS Norddeutsche Landesbausparkasse Berlin-Hannover, Berlin/Hannover
  - S-Kreditpartner GmbH, Berlin

## Anlage 2

**Mandate von Mitarbeitern in gesetzlich zu bildenden Aufsichtsgremien  
von großen Kapitalgesellschaften**

**Dr. Alexander Fest**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin

**Sascha Händler**

stellvertretendes Mitglied des Aufsichtsrats der

- AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

**Kai Uwe Peter**

stellvertretender Vorsitzender des Aufsichtsrats der

- B+S Card Service GmbH, Frankfurt am Main

**Knut Richter**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- AKA Ausfuhrkreditgesellschaft mbH, Frankfurt am Main

**Bartho Schröder**

Mitglied des Aufsichtsrats der

- S-Servicepartner Berlin GmbH, Berlin

### Wiedergabe des Bestätigungsvermerk

Als Ergebnis unserer Prüfung haben wir den folgenden uneingeschränkten Bestätigungsvermerk erteilt:

”

# Bestätigungsvermerk des unabhängigen Abschlussprüfers

An die Landesbank Berlin AG, Berlin

### Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts

#### Prüfungsurteile

Wir haben den Jahresabschluss der Landesbank Berlin AG, Berlin – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2017 und der Gewinn- und Verlustrechnung, der Kapitalflussrechnung und dem Eigenkapitalpiegel für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der Landesbank Berlin AG, Berlin, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 geprüft. Die Erklärung zur Unternehmensführung, die in Abschnitt „Wirtschaftsbericht“ im Unterabschnitt „Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen und Männern an Füh-

rungspositionen“ im Lagebericht enthalten ist, haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

– entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2017 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 und

– vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf die Inhalte der oben genannten Erklärung zur Unternehmensführung.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

#### **Grundlage für die Prüfungsurteile**

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden „EU-APrVO“) unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt „Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts“ unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausrei-

chend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

#### **Besonders wichtige Prüfungssachverhalte in der Prüfung des Jahresabschlusses**

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2017 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

#### *Bewertung von Rückstellungen für Restrukturierung und Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds*

Ausführungen zur Bewertung von Rückstellungen sind im Anhang in Abschnitt „Angaben zu Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden“ im Unterabschnitt „Rückstellungen“ enthalten. Weitere Angaben zu den Rückstellungen finden sich in den Textziffern 15 und 28 im Anhang.

#### *Das Risiko für den Abschluss*

Die Bank hat zum 31. Dezember 2017 Rückstellungen für Restrukturierung und für Ankaufsverpflichtungen aus Immobilienfonds in Höhe von EUR 236,2 Mio (i. Vj. EUR 272,1 Mio) gebildet. Diese Rückstellungen betreffen neben Personalmaßnahmen im Wesentlichen drohende Verluste aus Untermietverhältnissen und aus Leerständen bei nicht mehr benötigten Gebäuden bzw. Gebäudeteilen sowie aus Fondszeichnern gewährten Andienungsrechten. Die nicht die Personalmaßnahmen betreffenden Sachverhalte resultieren im Wesentlichen aus einem verringerten

ten Flächenbedarf und dem Immobiliendienstleistungsgeschäft der ehemaligen Bankgesellschaft Berlin AG, Rechtsvorgängerin der Landesbank Berlin AG, das zwischenzeitlich in dieser Form nicht mehr betrieben wird.

Für Restrukturierungsmaßnahmen sind bei Vorliegen der allgemeinen sowie konkretisierenden Ansatzvoraussetzungen der einschlägigen Vorschriften entsprechende Rückstellungen zu bilden. Die Bewertung der betragsmäßig bedeutsamen Rückstellungen ist dabei in hohem Maße von Schätzungen und Annahmen der Bank abhängig. Für Personalmaßnahmen betreffen die Schätzungen und Annahmen die Anzahl der Mitarbeiter, den voraussichtlichen Zeitpunkt der Kontrahierung und die voraussichtlichen Aufwendungen im Einzelfall. In Bezug auf die Leerstände sind Annahmen insbesondere hinsichtlich einer potenziellen Neuvermietung und den daraus zu erwartenden Mietzinsen zu treffen. Bei den Ankaufspflichten aus Immobilienfonds sind Annahmen über die mögliche Inanspruchnahme durch die Fondszeichner und den Wert der Fondsanteile im Zeitpunkt der Ausübung erforderlich.

Es besteht das Risiko für den Jahresabschluss, dass die Rückstellungen unzutreffend bewertet wurden, da nicht sachgerechte Annahmen und Schätzungen getroffen werden.

*Unsere Vorgehensweise in der Prüfung*  
Wir haben auf Basis unseres erlangten Prozessverständnisses die Einrichtung, Ausgestaltung und Funktionsfähigkeit identifizierter interner Kontrollen bezüglich der Ermittlung drohender Verluste aus den Mietzinsdifferenzen und den Andienungsrechten beurteilt. Hierbei wurden für die drohenden Verluste aus Mietzinsdifferenzen insbesondere die Kontrollen zur Aktualisierung des Vermietungsstandes sowie der

Überprüfung der Annahmen zu Leerständen bzw. potenziellen Neuvermietungen beurteilt. Die Kontrolle zu den Andienungsrechten stellt zum einen die Durchführung der jährlichen Bewertung des andienbaren Fondsvermögens sowie die Überprüfung der Annahmen zur Ausübung der Andienungsrechte durch die Anleger sicher. Zum anderen erfolgt eine unabhängige inhaltliche Beurteilung der ermittelten Ergebnisse. Bezüglich der Personalmaßnahmen haben wir insbesondere beurteilt, ob ein detaillierter, formaler Restrukturierungsplan vorlag und mit der Umsetzung begonnen wurde.

Anschließend haben wir uns die der Bewertung der Rückstellungen zugrunde gelegten Annahmen zu den einzelnen Sachverhalten erläutern lassen. Wir haben die Konsistenz der Annahmen für die Personalmaßnahmen mit den detaillierten, formalen Restrukturierungsplänen beurteilt, insbesondere ob die Annahmen zu den Kosten je Personalmaßnahme in Abhängigkeit von der Art der Maßnahme sachgerecht aus den Personaldaten abgeleitet wurden. Für die Leerstände haben wir die Konsistenz der Annahmen zu erwarteten Neuvermietungen und Mietpreisen mit Mietspiegeln und Objektunterlagen beurteilt. Außerdem haben wir die Angemessenheit der Annahmen durch einen Vergleich mit in der Vergangenheit geschlossenen Mietverträgen kritisch gewürdigt. Für die Ankaufspflichten aus Immobilienfonds haben wir die Bewertung der Fondsanteile anhand von Abschlüssen und Bewertungen für die von dem jeweiligen Fonds gehaltenen Immobilien nachvollzogen, die Angemessenheit der Inputparameter anhand von öffentlich verfügbaren Daten gewürdigt sowie die Annahmen zu den Andienungsquoten anhand in der Vergangenheit vorzeitig ausgeübter Andienungsrechte beurteilt.

*Unsere Schlussfolgerungen*

Die der Bewertung zugrunde liegenden Annahmen und Schätzungen sind sachgerecht abgeleitet und im Einklang mit den Rechnungslegungsgrundlagen verwendet worden.

**Sonstige Informationen**

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen:

- die Erklärung zur Unternehmensführung und
- die übrigen Teile des Geschäftsberichts, mit Ausnahme des geprüften Jahresabschlusses und Lageberichts sowie unseres Bestätigungsvermerks.

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zum Lagebericht oder unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

**Verantwortung der gesetzlichen Vertreter und des Aufsichtsrats für den Jahresabschluss und den Lagebericht**

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen, für Institute geltenden handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger

Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

### **Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts**

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – falschen Darstellungen ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-AprVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus Verstößen oder Unrichtigkeiten resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher – beabsichtigter oder unbeabsichtigter – falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass wesentliche falsche Darstellungen nicht aufgedeckt werden, ist bei Verstößen höher, als bei Unrichtigkeiten, da Verstöße betrügerisches Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- gewinnen wir ein Verständnis von dem für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollsystem und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Systeme der Gesellschaft abzugeben.
- beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.

- ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutende Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
  - beurteilen wir die Gesamtdarstellung, den Aufbau und den Inhalt des Jahresabschlusses einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
  - beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage des Unternehmens.
  - führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.
- Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger Mängel im internen Kontrollsystem, die wir während unserer Prüfung feststellen.
- Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und die hierzu getroffenen Schutzmaßnahmen. Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind.



Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

**Sonstige gesetzliche und andere rechtliche Anforderungen**

**Übrige Angaben gemäß Artikel 10 EU-APrVO**

Wir wurden von der Hauptversammlung am 24. April 2017 als Jahresabschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 22. November 2017 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2016 als Jahresabschlussprüfer der Landesbank Berlin AG, Berlin, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

**Verantwortlicher Wirtschaftsprüfer**

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Herr Jörg Kügler.

Berlin, den 20. Februar 2018

KPMG AG  
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez. Kügler	gez. Protze
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

# Bericht des Aufsichtsrats der Landesbank Berlin AG

Der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse haben sich regelmäßig, zeitnah und umfassend, schriftlich wie mündlich mit der Lage und der Geschäftsentwicklung der Landesbank Berlin AG (LBB) und ihrer Tochtergesellschaften befasst und die Geschäftsführung des Vorstands laufend überwacht.

Der Aufsichtsrat hat sich vom Vorstand über die beabsichtigte Geschäftspolitik und andere grundsätzliche Fragen der Unternehmensplanung, insbesondere über die Finanz-, Investitions- und Personalplanung, über die Risikosituation und die Compliance informieren lassen, alle in diesem Zusammenhang angefallenen Aspekte beraten und gegebenenfalls Empfehlungen ausgesprochen. Aktuelle Einzelthemen wurden zwischen dem Vorstandsvorsitzenden und dem Vorsitzenden des Aufsichtsrats erörtert.

Ferner haben der Aufsichtsrat und seine Ausschüsse über die ihnen vorgelegten Geschäftsvorfälle und weitere Angelegenheiten, die nach der Geschäftsordnung und den zusätzlich erlassenen Regelungen der Entscheidung dieser Gremien bedürfen, Beschluss gefasst.

Gegenstand der Sitzungen war die Information durch den Vorstand zur aktuellen Geschäftsentwicklung und den Ergebnissen der Strategischen Geschäftsfelder, zur aktuellen Lage, zur Regulatorik und zur Governance. Regelmäßig erfolgte zudem eine intensive Erörterung der Liquiditäts- und Risikosituation sowie der Entwicklungen im

Vertrieb mit dem Vorstand der LBB. Der Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben sich ferner mit dem vom Vorstand erstmalig erstellten gesonderten nichtfinanziellen Bericht 2017 befasst.

Der vorliegende Jahresabschluss der LBB mit dem Lagebericht für das Geschäftsjahr 2017 wurde durch die von der Hauptversammlung zum Abschlussprüfer bestellte KPMG AG Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Berlin, unter Beachtung der vom Aufsichtsrat festgelegten Prüfungsschwerpunkte geprüft und mit einem uneingeschränkten Bestätigungsvermerk versehen. Hinsichtlich des gesonderten nichtfinanziellen Berichts hat der Abschlussprüfer eine Prüfung zur Erlangung begrenzter Sicherheit durchgeführt und dabei keinen Anlass für Beanstandungen gesehen. Der Aufsichtsrat hat die über die Prüfungen erstellten Berichte des Abschlussprüfers zur Kenntnis genommen und hatte nach seiner Prüfung keine Einwendungen.

An den Bilanzsitzungen des Prüfungsausschusses und des Kreditausschusses wie auch an der Bilanzsitzung des Plenums nahmen die Vertreter des Abschlussprüfers teil. Der Abschlussprüfer berichtete dabei über die wesentlichen Ergebnisse seiner Prüfungen sowie darüber, dass die Gesellschaft über eine ordnungsgemäße Geschäftsorganisation mit einem angemessenen und wirksamen Risikomanagement verfügt.

Der Prüfungsausschuss und der Aufsichtsrat haben den Abschluss und den Lagebericht ebenfalls geprüft. Gegen die Prüfungsergebnisse des Abschlussprüfers ergaben sich keine Einwendungen. Der Aufsichtsrat hat den vom Vorstand aufgestellten Jahresabschluss der LBB zum 31. Dezember 2017 daher in seiner Sitzung vom 26. März 2018 gebilligt; er ist damit gemäß § 172 AktG festgestellt.

Frau Bärbel Wulff legte mit Ablauf des 30. Juni 2017 ihr Mandat und den stellvertretenden Vorsitz im Aufsichtsrat nieder. Den stellvertretenden Vorsitz übernahm zum 1. Juli 2017 Herr Frank Wolf; Herr Lutz Goldbeck übernahm zum gleichen Datum das Aufsichtsratsmandat. Herr Georg Fahrenschon legte den Vorsitz des Aufsichtsrats mit Ablauf des 24. November 2017 nieder und schied mit Ablauf des 30. November 2017 aus dem Aufsichtsrat aus. Am 27. November 2017 wurde Herr Thomas Mang vom Aufsichtsrat zu seinem Nachfolger als Aufsichtsratsvorsitzender gewählt. Frau Dr. Eva Lohse schied mit Ablauf des 31. Dezember 2017 aus dem Aufsichtsrat aus.

Mit großem Bedauern nahm der Aufsichtsrat die Nachricht vom Tode von Herrn René Jacobs zur Kenntnis, der am 10. Januar 2018 verstarb. Für Herrn Jacobs rückte mit Wirkung vom 11. Januar 2018 Herr Karl-Heinz Link in den Aufsichtsrat nach. Nachdem Herr Mang am 26. März 2018 den Aufsichtsratsvorsitz niedergelegt hat, wurde Herr Helmut Schleweis am selben Tage vom Aufsichtsrat zum Nachfolger von Herrn Mang als Aufsichtsratsvorsitzender gewählt.

Der Aufsichtsrat dankt den Mitgliedern des Vorstands sowie allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die im Geschäftsjahr 2017 erbrachten Leistungen.

Berlin, im März 2018

Der Aufsichtsrat

**Helmut Schleweis**  
Vorsitzender

# Impressum

**Herausgeber:**

Landesbank Berlin AG  
Berliner Sparkasse  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030 869 801  
[info@berliner-sparkasse.de](mailto:info@berliner-sparkasse.de)  
[www.berliner-sparkasse.de](http://www.berliner-sparkasse.de)

**Gestaltung:**

Heimrich & Hannot GmbH  
Stralauer Allee 2  
10245 Berlin  
Telefon: 030 308780-0  
[www.heimrich-hannot.de](http://www.heimrich-hannot.de)

**Druck:**

Format Druck und Medienservice GmbH  
Xantener Str. 14  
10707 Berlin  
Telefon: 030 74731040  
[www.arnoldgroup.de](http://www.arnoldgroup.de)



Landesbank Berlin AG  
Berliner Sparkasse  
Alexanderplatz 2  
10178 Berlin  
Telefon: 030/869 801  
[info@berliner-sparkasse.de](mailto:info@berliner-sparkasse.de)